

Oberschlesien

Das Werden des Industriegebietes

Land der Gegensätze

Kein Maler — und vermöchte er ein Kolossalgemälde in glühendsten Farben zu schaffen — wäre imstande, einen Eindruck von jenem Oberschlesien zu vermitteln, wie es vor reichlich mehr als einem Jahrhundert ausgesehen hat. Fast schon ins Legendäre entrückt erscheinen sogar Schilderungen, die Landschaft und Menschen in dieser jäh emporschießenden Industrierwirklichkeit vor 150 Jahren nachzeichnen. Krasser Reichtum, unsagbare Not, zwischendrin noch rührende Idyllen, mächtig gewordene Industriekönige, plötzlich zu Millionären aufgestiegene Bauern, Kraftprotze, Säuferhelden, Elendsgestalten — sie alle stehen unvermittelt nebeneinander. Selbsterlebtes aus jenen Jahren ist deshalb so interessant, weil es am Vorabend außergewöhnlicher Umwandlungen zugleich auch die dabei evident werdenden sozialen und gesellschaftspolitischen Problemstellungen sichtbar macht.

Noch im Jahre 1905 kann Julius Bruhns in einem Aufsatz „Der oberschlesische Industriebezirk“ berichten:

„Es ist immer noch ein unbekanntes Land, das längliche Dreieck Tarnowitz, Gleiwitz, Myslowitz, das den oft genannten oberschlesischen Industriebezirk umfaßt, an der äußersten Südostecke des Deutschen Reiches liegt und einer Pfeilspitze gleich in das Gebiet Rußlands und Österreichs sich hineinbohrt. Mit seinem wirren Gemisch von Industriestädten und Dörfern, deren rußige, einförmig häßliche Rotziegelhäuser in engen, oft entsetzlich schmutzigen Wohnungen eine Million Menschen beherbergen, mit seiner jedes landschaftlichen Reizes beraubten, durch Unterwühlung wild zerklüfteten Oberfläche, seinen Wäldern von Schloten, Rädern und Gestängen, seinem rastlosen Schaffen und Treiben, dem bunten Grenzverkehr mit dem benachbarten Rußland und Österreich und mit hundert anderen Eigenarten bietet dieses fernab vom Leben des übrigen Deutschen Reiches gelegene Land schier unerschöpflichen Stoff zu immer neuen Betrachtungen. Es gleicht den wallenden Dämpfen und glühenden Gasen, die seine zahllosen Schlotte in die Lüfte senden.“

Die geologischen Voraussetzungen

Die Bedeutung des oberschlesischen Industriegebietes basiert auf seinen Steinkohlenvorkommen. Über einem flözführenden Karbongebirge sind Schichten von Trias und Jura gelagert. Die Gesamtfläche dieses Gebietes beträgt rund 5 690 qkm. Von dieser entfiel vor 1914 rund die Hälfte, nämlich 3 025 qkm, auf Deutschland, 2 225 qkm gehörten zu Österreich und 440 qkm zu Rußland.

Da meist mehrere Flöze übereinander liegen, wenn auch in wechselnden Richtungen, können mit der Niederbringung eines Schachtes mehrere Kohlenschichten angeschnitten werden, was für die Rentabilität der Gruben von größ-

ter Bedeutung ist. Auf dem sogenannten Gleiwitz-Myslowitzer Rücken ziehen sich von Gleiwitz über Hindenburg und Königshütte mächtige Sattelflöze nach Polen hinein, die Kohlenschichten von vier bis zwölf Meter Durchmesser aufweisen, also besonders abbauwürdig sind. Gleiwitz, Hindenburg, Königshütte, Laurahütte und Beuthen wuchsen zu Industriestädten heran, weil sie über Sattelflözen stehen.

Über der Karbonschicht liegt Trias, deren Schicht sich von Krappitz an der Oder bis Olkusz in Polen erstreckt, während sich bei Tarnowitz ein nördlicher Gang abzweigt. In der Triasformation liegt eine untere Muschelkalkschicht, die z. T. dolomitisch ausgebildet ist. Der Dolomit enthält wiederum wertvolle Erzlager von Bleiglanz, Zinkblende, Galmei und Markasit, die häufig in zwei übereinanderliegenden Lagen vorkommen. In der Tarnowitzer Mulde herrschen Bleierze, in der Beuthener Zinkerze vor. In höheren Schichten, in denen eine stärkere Grundwasserzirkulation herrscht, werden die schwefligen Zinkerze durch Oxydation in Zinkkarbonate und Zinksilikate umgewandelt, sogenannte rote und weiße Galmei, auf die der Bergbau zuerst stieß. An die Trias sind auch die oberschlesischen Brauneisenvorkommen gebunden, die Einsprengsel von Galmei, Bleiglanz und Weißbleierz enthalten¹.

Die historische Entwicklung des Industriegebietes

Als Oberschlesien nach dem Ersten Schlesischen Kriege zu Preußen kam, war es ein verhältnismäßig wertloses und dünnbesiedeltes Gebiet, das nicht mit Mittel- oder Niederschlesien zu vergleichen war. Land- und Forstwirtschaft waren die einzigen Erwerbsquellen, der im Mittelalter blühende Bergbau war eingegangen.

Am 22. November 1704 hatte der Breslauer Großkaufmann Georg von Giese vom Kaiser ein Privileg erhalten, für zwanzig Jahre in ganz Schlesien Galmei graben zu lassen. Der Kaufherr war ein wagemutiger und unternehmender Mann. Er errichtete in Deutsch-Piekar, in Brobrek und bei Wieschowa Galmeigräbereien und ließ die Ausbeute auf der Oder verschiffen.

Friedrich der Große erkannte, daß die Förderung der Mineralien Oberschlesien auf eine neue gesunde wirtschaftliche Basis stellen könnte und ließ nach dem Siebenjährigen Kriege den Bergbau mit Staatsmitteln aufnehmen. Der preußische Staat ist bis 1945 mit seinen fiskalischen Gruben und Hüttenwerken einer der bedeutendsten Unternehmer im Industriegebiet geblieben.

Am 5. Juni 1769 erließ der König eine revidierte Bergordnung für das Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz, die in ihren Grundzügen bis 1945 Gültigkeit hatte. Sie bestimmte, daß eine Gewerkschaft, die damals übliche Unternehmensform für Bergwerksbetriebe, 132 Kuxe (Anteil am Bergwerk) haben müsse, von denen 122 den Mitgliedern der Gewerkschaft, zwei dem Grundeigentümer, unter dessen Boden der Abbau stattfindet, und je zwei weitere

¹ Geisenheimer, Paul: Das Berg- und Hüttenwesen des oberschlesischen Industriebezirks. In: Die deutsche Ostmark. Lissa 1913. S. 360—391. Hier S. 361—364.

Kuxe der Kirche, der Schule, der Knappschafts- und der Armenkasse gehören sollten².

Damit trat von vornherein mit dem Bergbau die soziale Fürsorge der in ihm beschäftigten Arbeitnehmer in die Geschichte des oberschlesischen Industriegebietes ein. Der König wußte, daß mit der Errichtung von Bergwerken oder Hüttenbetrieben in einem bislang dünnbesiedelten Raume neue Dörfer und Städte entstehen würden. Es mußte also Kapital für Kirchen- und Schulbauten angesammelt werden. Die Gemeinden benötigten leistungsfähige Armenkassen, weil unter diesen Begriff alles fiel, was man damals an Sozialfürsorge kannte und deren Umfang ausschließlich von der Höhe des Vermögens der Armenkasse abhing, da man nur die Zinsen des Kapitals verausgabte, nicht aber dieses selbst.

Entscheidend für die Zukunft des deutschen Bergwesens war die gesetzliche Verankerung der Knappschaftskassen. Im Harz waren die Bergknappen längst daran gewöhnt, freiwillige Beiträge zu ihrer privaten Invaliden- und Altersversorgung zu leisten, weshalb diese auch den Namen Knappschaftskasse führt. Friedrich versuchte, statt der freiwilligen Beiträge der Bergleute eine Kapitalbildung der Knappschaftskasse aus den Gewinnen der Grube zu ermöglichen, was einer Frühform der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer gleichkam. Auf Dauer gesehen konnte dieses Prinzip nicht durchgehalten werden, weil auf Gewinne in Industrieunternehmen nicht sicher zu rechnen ist. Die oberschlesischen Knappen zahlten daher weiterhin ihre Beiträge in die Knappschaftskasse, während die Erträge der Kuxe, die bis zum Schluß im Besitz der Knappschaften blieben, erhebliche, wenn auch nicht sichere Sondereinnahmen bildeten. Die oberschlesischen Knappschaften wurden daher weit kapitalstärker als die des Ruhrgebietes, welches keine Kuxe an seine Knappschaften ausgeben mußte³.

Im Jahre 1784 begann die Ausbeute des Bleilagers bei Tarnowitz, 1788 wurde dort die erste Dampfmaschine auf dem europäischen Kontinent in Betrieb gesetzt, die jenes kleine Städtchen zu einem Treffpunkt der Bergbaubeamten, Techniker und Unternehmer jener Zeit werden ließ. Zu den Besuchern gehörte auch der sachsen-weimar-eisenachische Minister v. Goethe.

Der Berghauptmann Frhr. v. Reden (später in den Grafenstand erhoben) bemühte sich auch, die Eisengewinnung zu fördern. Seit 1778 arbeitete der erste Stahlerzeuger, Koulhaas, bei Tarnowitz, dem es 1789 gelang, Stahl mit Steinkohlen zu raffinieren. Reden nannte dies in seinem Glückwunschsreiben ein ewiges Verdienst um die Stahldarstellung⁴.

Damit war die Bahn für eine moderne Hüttenindustrie frei, denn bislang hatte man Schmelzöfen mit Holz beschicken müssen, was im Harz bereits zur Vernichtung großer Waldbestände geführt hatte. Oberschlesien hätte nie sein Industriegebiet entwickeln können, wenn es die Frischfeuer, Hochöfen gab es

² ebenda, S. 367.

³ S. Geisenheimer, S. 371 ff.

⁴ Perlick, Alfons: Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Kitzingen 1953. Hier S. 75.

noch nicht, mit Holz hätte heizen müssen. Der nunmehr beginnende Steinkohlenabbau brachte einen Aufschwung, den niemand vorher gesehen hatte. Kohlenbergwerke entstanden, in ihrer Nähe siedelten sich die Hütten an, weil es von je vorteilhafter war, die Erze zum Feuerungsmaterial zu fahren als umgekehrt.

Die ersten Gruben und Hochofenwerke waren staatlich, so die 1790 bei dem späteren Hindenburg eröffnete Luisengrube, die im folgenden Jahr in Betrieb genommene Königsgrube bei Chorzow, der im gleichen Jahr angestochene erste Kokshochofen bei Gleiwitz, die 1802 gegründete Königshütte, auch die 1806 in Gleiwitz eröffnete Maschinenfabrik waren staatliche Unternehmen⁵.

Da Berg- und Hüttenleute fehlten, mußte Friedrich der Große diese aus anderen Gebieten heranziehen, indem er ihnen erhebliche Vorteile zusicherte, die sie in den bisherigen Wohngebieten nicht besaßen. Der König mußte versuchen, die im Harzer Bergbau üblichen Einrichtungen zu übertreffen, um einen Anreiz zu schaffen, sich in Oberschlesien niederzulassen. Befreiung vom Militärdienst und steuerliche Erleichterungen, aber auch soziale Besserstellung dienten als Anreiz. Die finanzielle Sicherung bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit, mochte sie durch einen Betriebsunfall oder durch das Alter bedingt sein, die durch die Bergordnung vom 5. Juni 1769 gesetzlich verankert worden war, wirkte bei den Bergleuten, die bei den damaligen primitiven technischen Einrichtungen in dauernder Lebensgefahr schwebten, anziehend.

Als der englische Ingenieur Stephenson eine Grubenlampe erfand, die nicht mehr eine offene Flamme zeigte, wurde sie in Preußen von dem Berggrat Alexander von Humboldt zu einer Sicherheitslampe weiterentwickelt, die durch Verfärben des Leuchtkopfes explosive Gasgemische anzeigte. Erst diese Sicherung ermöglichte den Ausbau des ober-schlesischen Bergreviers⁶.

Private Unternehmer begannen erst später eine Rolle in Oberschlesien zu spielen, weil ohne einen Stab von privat angestellten Ingenieuren kein Berg- oder Hüttenbetrieb im Oberschlesischen betrieben werden konnte, und die mußten erst herangebildet werden. Die alten Bergbaugebiete lagen in Berggegenden, wo die technischen Bedingungen wesentlich einfacher gewesen waren, z. B. Seitenstollen ins Freie führten und so für Luftzufuhr und Entwässerung sorgen konnten.

Erst nach den Befreiungskriegen setzte im Zeitalter des Frühkapitalismus eine stärkere Hinwendung der Unternehmer zum Bergbau ein. Aber auch jetzt noch galt es, erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Preußen kannte wohl Börsen, aber noch keine Aktien. Staatsanleihen und Pfandbriefe waren die einzigen Wertpapiere. Erst mit dem Eisenbahnbau kamen die ersten Spekulationspapiere auf den Anlagemarkt, den sie auch fast ein Vierteljahrhundert beherrschten.

⁵ Geisenheimer, S. 367—68.

⁶ Stephenson wurde später der Erfinder der Dampflokomotive, während Alexander von Humboldt aus dem Bergfach in die naturwissenschaftliche Forschung überwechselte. Seine Weltberühmtheit ließ die Erfindung der Grubensicherheitslampe in Vergessenheit geraten.

Bergbauaktien heutiger Art gab es nicht, weil man von dem seit Jahrhunderten bewährten Kux nicht abgehen wollte. Es konnten also in Oberschlesien zunächst nur Großgrundbesitzer unternehmerisch tätig werden, die noch aus der österreichischen Zeit stammende und von Preußen respektierte Schürfrechte besaßen. Das für die Anlage von Bergwerken benötigte Geld konnten sie sich durch Belegung ihres Grundbesitzes mit Hypotheken beschaffen⁷.

Einige der Großgrundbesitzer hatten bereits Erfahrungen auf dem Gebiete der Montanindustrie gesammelt, so die Henckel v. Donnersmarck und v. Stechow in Schlesien, die Herzöge von Anhalt-Köthen im Ostharz. Die Grafen Renard und Ballestrem gehörten zu denen, die ihre Schürfrechte durch die Mobilisierung ihres Grundbesitzes in Berg- und Hüttenbetrieben auszunutzen begannen.

Manche der Großgrundbesitzer besaßen zu wenig technische Kenntnisse, um ein Bergwerks- und Hüttenunternehmen selbst zu leiten. Aus den Reihen ihrer Bevollmächtigten und Direktoren kam eine Anzahl von Industriellen. Zu nennen wäre hier der Zinkkönig Karl Godulla (1781—1848), der Bevollmächtigter des Grafen Ballestrem wurde, in dieser Stellung die ersten Kuxe erwarb und dann binnen zwanzig Jahren ein eigenes Großunternehmen aufbaute⁸. Als ein weiteres Beispiel, das für viele stehen mag, ist August Borsig (1804—1854) zu nennen, ein gebürtiger Schlesier, der sich in Berlin ein Industrieunternehmen aufbaute und sein dort erarbeitetes Vermögen in ober-schlesischen Hütten und Gruben anlegte⁹. Mit dem Tode Borsigs ging ein Zeitabschnitt zu Ende, der eine Reihe von Unternehmerpersönlichkeiten verschiedenster Herkunft, vom regierenden souveränen Herzog von Anhalt-Köthen bis zum ehemaligen Zimmergesellen hervorgebracht hat.

Alle diese frühkapitalistischen Betriebe hatten eines gemeinsam: Sie waren persönliches Eigentum des Besitzers. Weder ein Aufsichtsrat noch ein Geldgeber hatten ein Mitspracherecht. Von keinem Werk gab es Aktien auf dem Geldmarkt, während diese Industriellen umgekehrt als Aktionäre auftraten und den Bahnbau in Oberschlesien finanzierten.

Eine weitere Besonderheit schied ihre Werke von den älteren. Preußen war durch die Einführung der Dampfmaschine, der Eisenbahn und anderer technischer Neuerungen gezwungen worden, im Jahre 1842 eine neue Bergordnung für Schlesien einzuführen, die das dort geltende Bergrecht dem im preußischen Teil des Harzes, dem rheinischen und dem westfälischen anglich. Die soziale Sicherung der auf den alten fiskalischen Gruben arbeitenden Bergleute blieb bestehen, für alle Neugründungen galt aber das rheinische und westfälische Bergrecht, das Sozialleistungen nicht als gesetzliche Auflage, sondern nur als freiwillige Leistung kannte.

Damit war ein Riß in der ober-schlesischen Industrie entstanden, den erst die neue Sozialgesetzgebung nach 1919 schloß. Die Leiter der nach dem alten Recht

⁷ Perlick, Alfons: Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Kitzingen 1953. Hier S. 31—32.

⁸ ebenda, S. 58—59.

⁹ ebenda, S. 61—62.

arbeitenden Gruben klagten vor 1914, daß die Erträge der Freikuxe für Schule, Kirche, Knappschafts- und Armenkasse und, falls noch vorhanden, des Grundbesitzers ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Gruben mit neuem Recht verschlechtere, weil die zehn Freikuxe automatisch den Gesteinpreis um acht v. H. verteuerten. Auf der anderen Seite waren die Arbeitnehmer der nach der neuen Bergordnung arbeitenden Betriebe wesentlich schlechter gestellt, weil die Unternehmer nicht die Pflichtbeiträge zu den Sozialkassen in Form der Freikuxe zu leisten brauchten¹⁰. Beide Aufstellungen waren rechnerisch richtig.

Lohnkämpfe der Arbeiterschaft und Maßnahmen der Unternehmer, die im Konkurrenzkampf überleben wollten, waren das Ergebnis dieser Regelung und überschatteten die Entwicklung des oberschlesischen Industriegebietes. Der preußische Staat dachte nie daran, die Bergordnung Friedrichs des Großen außer Kraft zu setzen. Diesbezügliche Eingaben wurden stets ablehnend beantwortet. Die Arbeiter der nach der alten Bergordnung von 1769 betriebenen Gruben standen sich zweifellos besser. Dies zwang aber die Unternehmer der nach der Bergordnung von 1842 arbeitenden Betriebe zu erheblichen freiwilligen sozialen Leistungen, die den finanziellen Wert der Freikuxe weit übertrafen. Der Wettbewerb um die bessere betriebliche Sozialleistung kam der Arbeiterschaft in vollem Maße zugute. Sie glichen aber auch die Wettbewerbsvorteile der nach der neuen Bergordnung arbeitenden Betriebe in der Praxis aus, mochte es auch auf dem Papier anders aussehen. Der preußische Staat sah keine Veranlassung, gesetzgeberisch einzugreifen.

Dennoch handelte der Staat falsch, wie man rückblickend feststellen muß. Konnte auch die Gesteinskostenbelastung durch die freiwilligen Sozialleistungen ausgeglichen werden, eine Schwierigkeit wurde im Fortschreiten der Industrialisierung ständig größer statt kleiner, die Transportkostenbelastung. Das oberschlesische Industriegebiet lag an der Grenze Preußens und mußte seine Erzeugnisse weite Strecken transportieren lassen, bevor sie verkauft werden konnten. Solange auf der Oder Frachtkähne den Wind als Antriebskraft benutzten, machte das nicht viel aus, sobald aber die Eisenbahn als Transportmittel verwandt wurde, schlugen die Frachttarife erheblich zu Buche. Die Unternehmer mußten daher ihre Produktionskosten in einer Höhe halten, die es ihnen erlaubte, mit dem Ruhrgebiet, das bis 1945 zum übermächtigen Rivalen wurde, zu konkurrieren. Der Unkostenfaktor, der nach ihrer Meinung am leichtesten zu senken war, waren die Arbeiterlöhne.

Die Entstehung der oberschlesischen Industriearbeiterschaft

Oberschlesien war dünn bevölkert, als es 1740 preußisch wurde. Im Jahre 1816 hatte der gesamte Regierungsbezirk Oppeln, zu dem das oberschlesische Industriegebiet gehörte, 524 784 Einwohner¹¹. Bis zum Jahre 1910 hatte sich

¹⁰ Geisenheimer, S. 371.

¹¹ Rogmann, S. 13.

die Zahl mehr als vervierfacht und betrug 2 207 981¹². Umgerechnet auf den Quadratkilometer wohnten 1816 dort 40 und 1910 167 Menschen¹³. Eine solche Bevölkerungszunahme hat kein anderer ostdeutscher Regierungsbezirk zu verzeichnen gehabt.

Das Industriegebiet war auf echte Zuwanderung angewiesen. Eine einfache Umschichtung vom Land zum Industrieproletariat konnte nicht stattfinden. Selbstverständlich verschlangen die sich ausbreitenden Industriebetriebe auch Bauernhöfe, aber deren Besitzer wurden sogenannte „Millionenbauern“, die sich von dem erhaltenen Gelde woanders weit größere Höfe kauften, wenn sie es nicht vorzogen, von den Zinsen ihres Vermögens zu leben.

Friedrich der Große hatte Harzer Bergleute ins Land geholt, der Herzog von Anhalt-Köthen folgte seinem Beispiel. Der Harz konnte aber nicht mehr als einen Arbeiterstamm und das Aufsichtspersonal abgeben, die Masse der Belegschaften kam aus dem niederschlesischen Bergland, unter ihnen Tausende ehemaliger Handwerker, Sudetendeutsche, Erzgebirgler aus Sachsen, Polen, Tschechen und Galizier. Das Industriegebiet wurde zu einem Schmelztiegel, in dem der oberschlesische Industriearbeiter entstand, der mit seiner Heimat verwuchs, dessen Großeltern durchaus drei verschiedene Sprachen gesprochen haben konnten.

Die neu ins Industriegebiet kommenden Arbeitskräfte mußten von den Unternehmern untergebracht werden. Es wurde nötig, Wohnsiedlungen neben den Betrieben zu errichten, die den Werken gehörten. Da die kleinen Dörfer, neben denen plötzlich Hochofenanlagen und Fördertürme aus der Erde wuchsen, oft nur über einen kleinen Kaufladen und ein Wirtshaus verfügten, war es außerdem unumgänglich, Kaufleute und Handwerker heranzuziehen. Die Unternehmer kamen hier in vielen Fällen in die Lage des Stadtgründers, was viel dazu beitrug, daß sich die materielle Lage des oberschlesischen Bergmanns und Hüttenarbeiters wesentlich von der des Ruhrkumpels unterschied.

Die Großgrundbesitzer, welche Industriebetriebe errichteten, kamen aus der Landwirtschaft und übertrugen viel von dem in ihr üblichen Entlohnungssystem auf die Industriearbeiter.

So bekam jeder Bergmann oder Hüttenarbeiter außer seiner Deputatkohle zum privaten Feuerungsbedarf ein Stück Ackerland zum Anbau seines Kartoffelbedarfes für die Familie und das von den meisten noch gefütterte Mastschwein. Auf den Abraumhalden und dem Odland um die Betriebe durften die „Bergmannskühe“ die Ziegen, weiden. Selbstverständlich war in den Wohnsiedlungen die Kleintierhaltung erlaubt, so daß sie denen der Landarbeiter glichen. Eine Reihe von Unternehmern gründete sogar für ihre Werkangehörigen Ziegen- und Geflügelzuchtvereine und übertrugen so den Gedanken der Rasse- und Herdbuchzucht auf die Zwerglandwirtschaften ihrer Industriearbeiter¹⁴.

¹² ebenda, S. 195.

¹³ ebenda, S. 203.

¹⁴ Geisenheimer, S. 390—91.

In Oberschlesien entstand so eine soziologisch interessante Übergangsform zwischen dem Landarbeiter und dem Berg- und Hüttenmann. Dieser Lebenszuschnitt macht es aber fast unmöglich, Vergleiche zwischen der Lage des ober-schlesischen und des rheinisch-westfälischen Bergmanns zu ziehen. Waren in Oberschlesien die Barlöhne erheblich niedriger, hatten die Arbeiter im Ruhrgebiet keine Möglichkeit, nebenher eine kleine Landwirtschaft zu betreiben.

Fast unvorstellbar erscheint es uns, daß Frauen und selbst Kinder unter Tage arbeiteten und die „Hunde“ schoben, niedrige Förderloren zum Transport des gewonnenen Erzes oder der Kohle. Oder sie zerschlugen mit Hämmern das Gestein, um das erzhaltige vom tauben zu trennen, das dann nicht erst nach oben befördert zu werden brauchte, sondern dazu dienen konnte, abgebaute Stollen zu verfüllen, damit sie nicht einsackten. Frauen- und Kinderarbeit war aber damals eine Selbstverständlichkeit. Ein Knabe von zwölf Jahren mußte sein Brot selbst verdienen können. Es galt als großer Fortschritt, als Schulen für die in Fabriken arbeitenden Kinder gefordert und eingerichtet wurden.

Nach dem Ende der großen Gewerbeausstellung in Berlin bildete sich dort auf Anregung des Geheimrates Beuth am 8. Oktober 1844 ein „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“, der auch in Oberschlesien sofort tätig wurde. Sein Programm umfaßte folgende Punkte ¹⁵:

1. Besserung der sittlichen und materiellen Lage der Arbeiter,
2. Gründung von Arbeiter-Sparkassen mit Prämien für eifrige Sparer,
3. Kranken-, Sterbe-, Unterstützungs- und Pensionskassen für Arbeitnehmer, die in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern aufgebaut werden mußten,
4. Gründung von Schulen für die in den Fabriken arbeitenden Kinder,
5. Bewahrungsanstalten für die noch nicht schulpflichtigen Kinder der Arbeiter,
6. Weiterbildung der Arbeitnehmer in Spezialschulen,
7. Bau von Arbeiterwohnungen,
8. Erwerb von Ländereien für Gärten, in denen sich Arbeiter ihren Gemüsebedarf selbst ziehen und Kleintiere halten könnten und
9. Errichtung von Gewerbeschulen zur Ausbildung des technischen Nachwuchses.

Dieses Programm nahm einige Punkte auf, die in Oberschlesien bereits verwirklicht waren (besonders die unter 7 und 8 aufgeführten).

Bereits im nächsten Jahr setzte der Arbeiterwohnungsbau verstärkt ein ¹⁶.

Auf den Rat Harzer Bergfachleute gingen die nichtstaatlichen ober-schlesischen Gruben zu einer neuen Art der Entlohnung über. Es war in jenem alten Industriegebiet üblich, daß der Bergmann in einer Uniform vor Ort arbeitete. Er bekam sie vom Betrieb gestellt. Sie wurde in kleinen Raten vom Lohn abge-

¹⁵ „Preußische Allgemeine Zeitung“ vom 10. und „Hannoversche Zeitung“ vom 12. Oktober 1844 brachten das Sozialprogramm wörtlich.

¹⁶ Die ersten zwanzig Jahre des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Berlin 1865.

zogen und ging so in sein Eigentum über. Zu ihrer Instandhaltung bekam er Kleidergeld. Verbrauchte er es nicht ganz, so war der Überschuß sein Nebenverdienst. Genauso bekam er Licht- und Pulvergeld. Die Bergmannslampe wurde gestellt, aber das Leuchtöl mußte selbst gekauft werden. Wer sparsam mit ihm umging, erzielte hierbei ebenfalls einen Überschuß. Die wichtigste Nebeneinnahme bildete die Pulverkasse. Gesprengt wurde im Berg mit Schwarzpulver. Der Bergmann bekam eine Geldsumme für seinen Wochenbedarf an Sprengmaterial. Verbrauchte er weniger, blieb der Überschuß ebenfalls sein Verdienst¹⁷.

Die Einrichtung der Pulverkasse bei den Grubenverwaltungen bedeutete eine wesentliche Besserung im Abbau vor Ort. Sprengungen mit losem Schwarzpulver verlangten eine sorgfältige Abmessung der benötigten Menge. Die meisten Bergwerksunglücke entstanden, weil der Sprengsatz zu stark war oder durch Unachtsamkeit Pulverkörner auf den Boden fielen, versehentlich entzündet wurden und so die Sprengladung vorzeitig hochjagten. Seitdem der Bergmann das Pulver selbst bezahlen mußte, ging er sorgsam und sparsam mit ihm um, was die Zahl der Bergwerksunglücke schnell senkte. Die im Harz als positiv empfundenen Auswirkungen der neuen Regelung sollten sich auch in Oberschlesien bewähren.

Hatte der Bergmann Talent zur sparsamen Wirtschaft und nutzte er die ihm gebotenen freiwilligen Sozialleistungen, konnte er für damalige Verhältnisse einen zufriedenstellenden Lebensstandard erarbeiten.

Die Grube bot ihm für geringe Miete eine Wohnung und Gartenland gegen ein billiges Pachtgeld, und er konnte in dem betriebseigenen Kaufladen soviel Brot zu verbilligtem Preise kaufen, wie er für sich und seine Familie benötigte. Aber auch Heringe und andere Lebensmittel wurden in den meisten Fällen zum Selbstkostenpreis abgegeben. Diese Läden hatten den Vorteil, daß man auch einmal bei ihnen anschreiben lassen konnte.

Eine Gefahr barg dieses System in sich: Es war nur für fleißige und sparsame Arbeiter geeignet, die gut rechnen und wirtschaften konnten, sonst kamen sie aus den Schulden nicht heraus. Besonders die Wirtschaft mit mehreren Konten fiel den meisten schwer. War das Uniformkonto überzogen, mehr Licht und Sprengmaterial verbraucht, sowie im Laden einiges auf Anschreiben geholt worden, konnte am Zahltag ein empfindlicher Abzug vom Lohne stattfinden. Wenn dann die üblichen Abzüge hinzutraten, also Wohnungsmiete, Ackerpacht und Beitrag zur Knappschaftskasse, blieb zum Leben oft sehr wenig. Es wurden also neue Schulden gemacht, und schließlich mußte der Betroffene nur noch für die Abtragung der Schulden arbeiten.

In dem oberschlesischen Industriegebiet nahmen vor 1848 die Schattenseiten dieses Entlohnungssystems solche Ausmaße an, daß oft geringschätzig gesagt

¹⁷ F. Günther: Der Harz. Clausthal-Zellerfeld, 1885.

wurde, der Oberschlesier könne nicht wirtschaften. Besonders der erfahrene Beuthener Landrat Solger verteidigte die Oberschlesier gegen diese Vorwürfe¹⁸.

Selbstverständlich erkannten auch die Unternehmer, daß das Harzer Entlohningssystem nicht so einfach zu übernehmen war und sorgten für Abhilfe.

Beispielgebend ging der Oberhüttenverwalter der fiskalischen Betriebe Johann Christian Reil (1792–1858) voran, der von 1819 bis kurz vor seinem Tode sein Amt umsichtig verwaltete. Mit der ständigen Modernisierung der Betriebe ging ein Aufbau sozialer Einrichtungen Hand in Hand. Er gründete Werkschulen für die arbeitenden Kinder und verbesserte sie, baute Arbeiter- und Angestelltenwohnungen und bemühte sich, die Entlohnung der Arbeiter weniger kompliziert zu regeln. Reil kann auch als einer der Begründer des Kantinenwesens angesehen werden¹⁹.

Friedrich Wilhelm Grundmann (1804–1887) darf als Gegenpol Reils in den Privatbetrieben bezeichnet werden. Er war der Sohn eines Steigers, begann den Bergbetrieb von der Pike auf zu lernen, wurde Steiger, Schichtmeister und übernahm bereits 1839 die Verwaltung der Berg- und Hüttenwerke der Familie von Tiele-Winckler. Erfahrungen, die er während seiner Tätigkeit in staatlichen Betrieben gesammelt hatte, übertrug er auf den privaten Sektor. Bereits im Jahre 1840 gründete er für die Tiele-Wincklerschen Betriebe eine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse, der 1845 eine solche für die Gruben- und Hüttenbeamten folgte, wie man damals die Angestellten nannte. Energisch förderte er den Ausbau der Knappschaften für Arbeitnehmer privater Gruben²⁰.

Er stellte den Brotverkauf in betriebseigenen Läden ein und gründete in Ober-Heiduck eine Knappschaftsbäckerei, die zum Selbstkostenpreis den Mitgliedern Brot lieferte²¹. Damit war eine ständige Quelle der Unzufriedenheit beseitigt, denn die Knappschaft schrieb nicht an.

Am 15. April 1848 gründete er die erste Darlehnskasse im oberschlesischen Industriegebiet²². Jeder Berg- und Hüttenmann und alle Angestellten konnten Mitglieder werden. Die Tiele-Wincklersche Verwaltung zahlte eine Prämie für Sparanlagen, die einen weiteren Anreiz schufen, denn hier bekam der Bergmann fünf Prozent Zinsen, während die Kreis- und Stadtparkassen nur drei geben konnten. Diese Regelung wurde von allen Privatunternehmern übernommen und bis 1914 beibehalten²³.

¹⁸ W. Majowski: Kreis Kattowitz. Salzgitter Bad 1964, S. 85 ff. Hieraus Stimmen zur Verteidigung der Oberschlesier. Vergl. auch Geisenheimer, S. 391.

¹⁹ Nekrolog auf Reil, in: Der Bergwerksfreund. Eisleben 1859, Nr. 29.

²⁰ Grundmann, Günther: Friedrich Wilhelm Grundmann, ein Begründer der oberschlesischen Großindustrie. Monographie aus der oberschlesischen Gründerzeit. Kitzingen 1953.

²¹ Majowski, S. 33. Vier Fabrikbesitzer beteiligten sich sofort an der Bäckerei.

²² Grundmann, a. a. O.

²³ Zeitschrift des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Jg. 26, 1887, S. 251–52. Vergl. auch Geisenheimer, S. 391.

Grundmann hatte noch ein Verdienst, das zwar herausragte, aber nicht vereinzelt war, er nahm entscheidenden Anteil an der Entwicklung eines Ortes zur Stadt. Wie er aber dabei vorging, machte seine Leistung aus, die ihrer Zeit vorauslief. Er entwarf den Bebauungsplan von Kattowitz, das damals noch ein Dorf war, und verbesserte ihn mit Hilfe des Sanitätsrates Dr. Holtze als wohnungshygienischem Berater. Eingearbeitet wurden ganze Straßenzüge mit Arbeiterwohnungen, große Flächen wurden für Gärten reserviert und so ein Stadtbild geschaffen, das in jenen Jahren die bestmögliche Lösung darstellte²⁴.

Aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Verdienste wurde Grundmann 1853 zum Ökonomierat ernannt, weiterhin wurde er Ehrenbürger von Kattowitz und ins Preußische Herrenhaus berufen, wo er seiner Kenntnisse wegen als sachkundiger Vertreter der Beschäftigten des Bergbaus von allen Fraktionen anerkannt wurde²⁵.

Grundmann übernahm noch zwei weitere Ämter, die für die Entwicklung der Lage der Bergleute von größter Tragweite wurden. Er trug entscheidend dazu bei, daß sich die Knappschaften des Reviers zum oberschlesischen Knappschaftsverein zusammenschlossen, dessen Vorsitzender er wurde. Gleichzeitig war er auch Vorsitzender des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, also der Unternehmerorganisation. Damit trat der seltene Fall ein, daß beide Tarifpartner ihren Interessenvertreter in der gleichen Persönlichkeit sahen²⁶. Es war dadurch möglich, in den für das deutsche Sozialwesen so entscheidenden Jahrzehnten zwischen 1850 und 1871, in denen die Grundlagen der späteren Sozialgesetzgebung in der Praxis erarbeitet wurden, die Partner an einen Tisch zu bringen und einen Ausgleich zu finden. Grundmann hat hier zur Zufriedenheit beider Seiten gearbeitet, denn erst als er 1872 seine Ämter niederlegte und in den Ruhestand trat, begannen im oberschlesischen Industriegebiet Lohnkämpfe.

Die Entwicklung bis zum Auftreten der Arbeiterbewegung

Mit dem Wirken Reils und Grundmanns begann eine neue Phase in der Geschichte der oberschlesischen Industrie. Beide riefen Selbsthilfeorganisationen ins Leben wie Raiffeisen für die Landwirte und Schulze-Delitzsch für die Gewerbetreibenden. Die Idee von Hirsch und Duncker baute sich in wichtigen Teilabschnitten auf ihren Arbeiten auf²⁷.

Die zweite Phase wurde dadurch eingeleitet, daß es in der Zeit der Revolution von 1848/49 im oberschlesischen Industriegebiet verhältnismäßig ruhig blieb. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst des Leiters des oberschlesischen Oberbergamtes, des Berghauptmanns Karl Freiherr von Oeynhausen, der diese Behörde

²⁴ Hoffmann: Geschichte der Stadt Kattowitz. Kattowitz 1895, S. 85—95.

²⁵ Zeitschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins 1887, S. 252.

²⁶ Kania, J.: Die oberschlesischen Fugger (Winkler, Grundmann, Godulla). In: Schlesien 4, 1910/11, S. 437—442. Vergl. auch Springer, R.: Oberschlesische Bergmanns-Poesie und Prosa, 1914, S. 120—129 und Perlick, Alfons, Landeskunde Oberschlesiens. 1943, hier S. 390—393.

²⁷ So sagte Dr. Hirsch selbst auf der Verbandstagung in Danzig im Juni 1872.

von 1847 bis 1855 leitete. Seiner Besonnenheit und der guten Zusammenarbeit zwischen ihm, Reil und Grundmann ist es zu danken, daß Erschütterungen vermieden und die sozialen Spannungen abgebaut wurden²⁸.

Einige der Großgrundbesitzer, die über Berg- und Hüttenwerke verfügten, folgten in den Revolutionsjahren den Beispielen Reils und Grundmanns. Hier wären Carl Wolfgang Graf von Ballestrem (1801—1879) und sein Sohn Franz (1834—1910) zu nennen, die für ihre Besitzungen eine freiwillige soziale Betreuung des Arbeitnehmers schufen, wie sie nicht nur für Oberschlesien, sondern für alle deutschen Unternehmen beispielgebend waren. Ihre besondere Aufmerksamkeit galt der Entwicklung der Betriebssparkassen und der gesundheitlichen Betreuung der Arbeitnehmer²⁹. Graf Franz v. Ballestrem war 1876 bis 1906 Mitglied des Reichstages und 1898 bis 1906 dessen Präsident.

Der dritte der Unternehmer, die hier zu nennen waren, ist Hans Heinrich XI. Fürst v. Pleß (1833—1907). Seit 1855 leitete er die Verwaltung seiner Ständeherrschaft und des Privatvermögens. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Schwerpunkt des schlesischen Bergbaus sich aus dem Waldenburger in das oberschlesische Revier verlagerte. Durch seine geschickten finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen ist er zum reichsten Mann Deutschlands vor 1914 geworden. Viel tat er für die sozialen Belange. Der Knappschaft seiner Betriebe schenkte er eine beachtliche Summe als Grundstock ihres Vermögens, errichtete Arbeitersiedlungen, damals Kolonien genannt, Schulen, Warenhäuser für seine Arbeiter und Schlafhäuser für unverheiratete Arbeiter, die hier eine billige Unterkunft fanden³⁰.

Erwähnt sei an dieser Stelle noch Albert Borsig (1829—1878), der nach dem Tode seines Vaters 1854 begann, dessen oberschlesische Pläne durchzuführen und dort die Kohle und die Halbfertigfabrikate zu erzeugen, die im Berliner Hauptwerk weiterverarbeitet werden sollten, eines der frühesten deutschen Beispiele für eine Verbundwirtschaft über weitere Entfernung. Albert Borsig hat mit der Errichtung der Industriebetriebe in Oberschlesien sofort mit dem Bau von Arbeitersiedlungen begonnen, wobei er wie sein Vater grundsätzlich dem Einfamilienhaus mit Garten und Kleintierstall den Vorzug gab. Er gründete auch eine Betriebssparkasse und unterstützte die Knappschaft, wie die Borsigs dem Selbsthilfegedanken in der Arbeitnehmerschaft stets bejahend und fördernd gegenübergestanden haben³¹.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen ein positives Bild der Entwicklung im Industriegebiet. Es bestanden hier soziale klare Fronten zwischen dem Unternehmer, mochte es der Staat, ein Großgrundbesitzer oder eine aus irgendwelchen bürgerlichen Berufen emporgestiegene Persönlichkeit sein, auf der

²⁸ Liesenhoff, A.: Freiherr Karl v. Oeynhausen. Ein Lebensbild. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Jg. 43, 1895, S. 107—167.

²⁹ Franz, Graf von Ballestrem. In: Schlesische Lebensbilder, Bd. I, 1922, S. 247—251. Vergl. auch Ehren, H.: Graf Franz von Ballestrem. Ein Lebensbild. Breslau 1935.

³⁰ Zivier, Ezechiel: Hans Heinrich XI., Herzog von Pleß. In: Oberschlesien, Jg. 6, 1907, S. 309—318.

³¹ Festschrift „75 Jahre Borsigwerk“. Hindenburg 1929.

einen und dem Arbeitnehmer auf der anderen Seite. Die sozialen Aufgaben waren mit der Bergordnung Friedrichs des Großen umrissen worden.

In den fünfziger Jahren setzte aber eine Entwicklung ein, die diese ungeachtet aller Schwächen stabilen Fronten zum Einsturz brachte. Dieses geschah durch die Einführung der Aktie an den preußischen Börsen.

Die vor 1848 übliche Eisenbahnaktie ähnelte ihrer Zinsgarantie wegen stark der heutigen Wandelanleihe und war, wie es beim damaligen Stand des Bankwesens nicht anders möglich sein konnte, ein Inhaberpapier. Zufällig liefen alle Zinsgarantien um 1848 ab, so daß es nahe lag, als die Aktie ein Börsenpapier moderner Form wurde, sie gleichzeitig zu einem Spekulationspapier zu machen, das schnell den der Geschäftsleitung nicht namentlich bekannten Besitzer wechseln konnte.

Diese Neuregelung war die einzige Möglichkeit, um neues Kapital für die sich erweiternden Industriebetriebe flüssig zu machen, denn die Beleihungsfähigkeit des Grund und Bodens genügte nicht mehr zur Deckung des Geldbedarfs, was es namentlich den Unternehmern, die nicht über Landbesitz verfügten, schwer, wenn nicht unmöglich machte, die benötigten Betriebsmittel zu bekommen.

Eine Schwierigkeit entstand freilich, die bis heute nicht beseitigt werden konnte, das Aktienkapital wurde anonym. Der Arbeitnehmer stand statt einer bestimmten Persönlichkeit, die er kannte und sah, wenn sie im Betrieb anwesend war, einer unbestimmten Zahl von Kapitalanlegern gegenüber, die von den Forderungen und Sorgen des Arbeitnehmers keine Ahnung hatten, das Werk nur aus den Börsennachrichten kannten und hauptsächlich an einer hohen Rendite interessiert waren. Diese wurden leicht vom Arbeiter als Ausbeuter angesehen.

In den Jahren von 1853 bis 1856 entstand eine Reihe von privaten Aktienbanken, die sich ihrerseits um die Finanzierung von Industrieunternehmen bemühten. In diesen wenigen Jahren wurden Aktien im Neuwert von 400 Millionen Talern in den Börsenverkehr gebracht, während von 1857 bis 1870 nur die gleiche Menge emittiert wurde³².

Von entscheidender Bedeutung sollte für Oberschlesien die Wirtschaftskrise des Jahres 1857 werden, die den Spekulationstaukel der vorhergegangenen Hausse beendet. Eine Reihe großer Zusammenbrüche erfolgte im Rheinland und in Westfalen, sehr viel weniger wurden die oberschlesischen Aktiengesellschaften in das Verderben gerissen³³. Es waren hier doch größtenteils gesunde Unternehmen gegründet worden. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß Spekulanten, die nur auf ihren eigenen Gewinn bedacht waren, auch in Oberschlesien neben verantwortungsbewußte Unternehmer getreten waren, wengleich nicht zu vergessen ist, daß es später unter den Generaldirektoren der großen Aktien-

³² A. Sartorius von Waltershausen: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815—1914. 2. Aufl. Jena 1923. Hier S. 189.

³³ ebenda, S. 193—194.

gesellschaften Leute von großem sozialen Pflichtgefühl gegeben hat. Aber die ersten 25 Jahre des Aktienwesens regierte weitgehend das Streben nach Profit.

Als Frankreich die Kriegsentschädigung im Sommer 1871 zu zahlen begann, lösten die deutschen Bundesstaaten, soweit sie Schulden hatten, mit ihr alle Staatsanleihen und sonstigen Verpflichtungen ein. Dies bedeutete zwar eine erhebliche Entlastung der Etats, aber es war dem Sparer völlig unmöglich, auf den Pfandbriefmarkt auszuweichen, weil dieser nicht in der Lage war, mehrere zusätzliche Milliarden aufzunehmen.

Der Kapitalanleger blieb also auf die Aktie angewiesen. Es ist nicht zu verkennen, daß man viel Kapital benötigte, weil die gewonnene Reichseinheit die Rentabilität von Unternehmen ermöglichte, die vorher keine ausreichende Basis gefunden hatten. Neben diesen schossen Schwindelunternehmen aus dem Boden, deren Aktien dank einer geschickten Propaganda schnell einen hohen Kursstand erreichten. In den Großstädten beteiligte sich vom Geheimrat bis zum Droschkenkutscher alles am Börsenspiel³⁴. Vor Kriegsausbruch 1870 bestanden in Deutschland 276 Aktiengesellschaften, vom Juni 1871 bis zum 1. April 1873 wurden 726 gegründet³⁵. Im April 1873 gaben die Kurse zunächst in Wien nach, und am 9. Mai kam es dort zu dem großen Börsenkrach, der sich sofort auf Deutschland ausdehnte³⁶. Binnen weniger Wochen brachen über 300 Aktiengesellschaften zusammen. Die Wertpapiere sanken auf die Hälfte und erreichten im Jahre 1879 ihren Tiefpunkt. Erst dann ging es langsam aufwärts³⁷.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß in den sogenannten Gründerjahren, wie man den Zeitraum vom Friedensschluß 1871 bis zum großen Wiener Börsenkrach nannte, das deutsche Volk etwa die Hälfte seiner Ersparnisse verloren hat. Die von Frankreich als Kriegsentschädigung gezahlten Milliarden waren alles andere als ein Gewinn für Deutschland.

Die Reichsregierung zog die Konsequenzen aus dem Börsenkrach. In den folgenden Jahren erschien eine Reihe von Gesetzen, welche das Aktienrecht und die Verwaltung solcher Gesellschaften auf eine Basis stellten, die bis heute nur ergänzt, aber nicht entscheidend geändert ist. Auch die Vorstände und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften entstanden damals, und die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenverkehr wurde wesentlich erschwert³⁸.

Auch Oberschlesien wurde von dem großen Börsenkrach betroffen. Eine Reihe von unseriösen Aktiengesellschaften brach zusammen, als in Breslau 1873 und 1874 vier Maklerbanken die Schalter schließen mußten³⁹. Die Spekulationswut der Gründerjahre hatte selbstverständlich auch die oberschlesischen Werte

³⁴ Glagau, Otto: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Deutschland. Berlin 1877.

³⁵ F. Perrot: Der Bank-, Börsen- und Aktienschwindel. Ohne Ort 1873.

³⁶ Neuwirth, Joseph: Die Spekulationskrisis von 1873/74. Wien 1875.

³⁷ Sartorius v. Waltershausen, s. 285.

³⁸ Poschinger, H. von: Bankwesen und Bankpolitik in Preußen 1878/79. Berlin 1880.

³⁹ Jahresbericht des Bankhauses Mendelsohn, Berlin, für 1874.

ergriffen. Die Möglichkeit zu kaufen, hat eine Reihe von Unternehmen veranlaßt, Aktienpakete der dortigen Berg- und Hüttenwerke zu erwerben. Damit begann die Verschachtelung der oberschlesischen Montanindustrie mit der anderer Industriegebiete, worunter damals österreichisch-ungarische und mitteldeutsche zu verstehen waren, während die Beteiligung rheinischer oder westfälischer Werke an oberschlesischen Betrieben noch nicht üblich war.

Die Gründerjahre haben die weitere Entwicklung des oberschlesischen Industriegebietes erheblich beeinflußt und in neue Bahnen gelenkt. In den aufstrebenden Städten des Reviers entstand eine Reihe von Banken, die Zubringerindustrie organisierte sich, und Verkaufsorganisationen für Kohle und Stahl wurden gebildet.

Interessant ist es, daß damals eine Baubank entstand, die es sich zur Aufgabe machte, die Finanzierung von Arbeiterwohnungen zu übernehmen⁴⁰.

Am Ende der langwierigen Börsenkrise stand ein Bankzusammenbruch, der die oberschlesische Industrie letzten Endes doch positiv beeinflussen sollte. In Großbritannien brach die hochangesehene City-of-Glasgow-Bank zusammen, die namentlich mit zahlreichen großen Stahlproduzenten zusammengearbeitet hatte⁴¹. Der englische Stahlmarkt wurde dadurch in eine Krise gerissen, die Auswirkungen an allen Börsen des Inselreiches hatte. Schuld war der Verfall der Stahlpreise infolge der Anwendung moderner Gewinnungsverfahren wie Bessemerbirnen oder Martinöfen. Hierdurch geriet die Stahlindustrie weltweit in Schwierigkeiten, die in England zu der großen Krise führten⁴².

Gleichzeitig setzte in Deutschland eine Entwicklung ein, die von größter Wichtigkeit wurde. Bismarck begann, unterstützt von dem späteren Minister Maybach, die Verstaatlichung der Eisenbahnen voranzutreiben. Das preußische Eisenbahngesetz von 1838 bot hierzu eine Handhabe. Friedrich Wilhelm III. hatte damals festgelegt, daß Eisenbahnkonzessionen nur auf dreißig Jahre gelten sollten. Danach habe der Staat das Recht, die Linie zu einem Preise anzukaufen, der das Fünfundzwanzigfache der durchschnittlichen Dividende der letzten fünf Jahre betragen solle⁴³. Die so zu errechnende Summe galt in der Praxis nur als Verhandlungsbasis, war aber eine gute Grundlage. Nach 1871 liefen die Konzessionen ab. Längst waren die Eisenbahnen zu denkbar rentablen Unternehmen geworden, die zweifellos noch höhere Gewinne abwerfen konnten, wenn einheitliche Tarife, durchgehende Züge, Fortfall von Konkurrenzstrecken und -bahnhöfen Rationalisierungen erlaubten⁴⁴.

Die Privatbahnen hatten bislang Material und Kohle aus England bevorzugt. Maybach stellte 1878, sofort nach seiner Ernennung zum Minister, die Bahnen

⁴⁰ ebenda.

⁴¹ Sartorius v. Waltershausen, S. 285.

⁴² Martin, Robert: Die Eisenindustrie in ihrem Kampf um den Absatzmarkt. Bochum 1904.

⁴³ Denkschrift über die preußischen Eisenbahnen. Drucksachen des Hauses der Abgeordneten 1879/81, Bd. I Nr. 5.

⁴⁴ Perrot, F.: Die deutschen Eisenbahnen. Berlin 1876.

auf deutsche Kohle um, mit Ausnahme der Küstengebiete, wo englische Kohle noch lange billiger blieb. Ebenso wurden, um der vom Gründungsschwindel angeschlagenen Industrie aufzuhelfen, nur noch in Deutschland hergestellte Maschinen, Wagen und Schienen verwandt.

Für oberschlesische Kohle und Stahlerzeugnisse wurde damit ein wichtiger Inlandsmarkt erschlossen. Als Maybach 1882 verbilligte Tarife für die oberschlesische Kohle einführte, wurde diese auch für die Ostseehäfen und die nordostdeutschen Bahnen interessant. Allmählich konnte sie hier die englische Kohle verdrängen.

Das Aufkommen der Arbeiterbewegung

Die Kathedersozialisten

Bei der sozialen Entwicklung des oberschlesischen Industriegebietes haben die sogenannten Kathedersozialisten eine weit größere Rolle als anderswo gespielt. Hier lagen die Verhältnisse anders, weil durch die Bergordnung Friedrichs d. Gr. die Pflicht des Unternehmers zur sozialen Betreuung der Arbeiter mit zwingender Gesetzeskraft den Weg gewiesen hatte. Als die Privatunternehmer sich dem Vorbild des Staates anschlossen, war die Erarbeitung eines umfassenden Sozialprogramms der nächste Schritt, der mit den Bestrebungen des Geheimrates Beuth eingeleitet wurde.

Hinzu kam, daß namhafte Gelehrte in den Jahren um 1848 eine Reihe von wirtschafts- und sozialhistorischen Untersuchungen vorlegten. Hier seien nur die Namen Rodbertus (Nationalökonomie der Antike), von Schönberg (Mittelalterliches Zunftwesen und Stadtwirtschaft) und Hanssen (Agrargeschichte) genannt. Neue Überlegungen brachten zur Zeit der Gründerjahre Wagner, Rösler und Schmoller. Diese verstanden auch den Liberalismus nur als eines unter mehreren möglichen Wirtschaftssystemen und wollten aus historischen Einzeluntersuchungen die Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Entwicklungen ergründen. Die Gründerjahre legten es ja nahe, ähnliche Ereignisse früherer Zeiten zum Vergleich heranzuziehen.

Im Jahre 1872 erfolgte in Eisenach die Gründung des Vereins für Sozialpolitik. Schmoller, der zum führenden Kopf dieses Verbandes wurde, hatte das Programm entworfen, das heute sehr modern erscheint.

Schmoller sah es als eine Pflicht des Staates an, in die Einkommensverteilung lenkend einzugreifen, wodurch eine Vermögensbildung auf breiter Grundlage für jeden sparsamen Bürger ermöglicht werden sollte. Hand in Hand sollte damit eine Beschneidung der ökonomischen Auswüchse gehen, um sowohl unmäßige Gewinne des Unternehmers wie auch die Ausbeutung des Arbeiters unmöglich zu machen, indem ein Teil der Gewinne dem Arbeitnehmer als Prämien, Sparbonus u. a. zugute kommen sollte. Gefordert wurde eine Industriegesetzgebung, die einen größeren Einfluß des Arbeiters auf den Abschluß

von Arbeitsverträgen sichere. Dem Wohnungs- und Eigenheimbau für Arbeiter müsse große Aufmerksamkeit gewidmet werden⁴⁵.

Da die führenden Köpfe dieser neuen Richtung in den meisten Fällen Universitätsprofessoren waren, wurden sie etwas spöttisch Kathedersozialisten genannt. Auf kein deutsches Industriegebiet haben sie einen so starken Einfluß ausgeübt wie auf Oberschlesien.

Die Beziehungen waren mehrschichtig. Schmoller war der bedeutende Erforscher der Geschichte der Verwaltung und Wirtschaft des Staates Friedrichs des Großen. Mit seinem Namen ist untrennbar die Reihe der Aktenpublikationen aus den preußischen Staatsarchiven „Acta Borussica“ verbunden. Schmoller stieß bei seinen Arbeiten selbstverständlich auf die sozialen Pläne und Gedanken des Königs, die seiner Zeit weit vorausseilten und zu seinen Lebzeiten nur zum Bruchteil verwirklicht werden konnten.

Die sozialen Punkte der friderizianischen Bergordnung für Schlesien von 1769 nahmen den Gedanken der Mitbeteiligung der Arbeiter am Gewinn des Unternehmens voraus. Wenn man das große Wohnungsbauprogramm des Königs für die Berg- und Hüttenarbeiter, die Freikuxe für Kirche und Schule hinzunimmt, liegt hierin bereits ein erheblicher Teil der Forderungen der Kathedersozialisten. Was sie neu formulierten, war in Oberschlesien bereits hundert Jahre früher zur Tatsache geworden. Die Kathedersozialisten jagten also keinen Utopien nach. Die gerade beendete Zeit des Frühkapitalismus war weit unsozialer gewesen als die absolutistisch-merkantilistische des großen Königs. Nichts lag näher, als die bewährte Einrichtung der Freikuxe auf die im Entstehen befindliche gesetzliche Regelung der Aktiengesellschaften zu übertragen.

Da diese Überlegungen wiederum mit dem übereinstimmten, was die großen oberschlesischen Privatunternehmer wie Ballestrem, Tiele-Winckler, Henckel von Donnermark und andere erkannt hatten und bereits praktizierten, sah das oberschlesische Industriegebiet in der ersten Phase der Arbeiterbewegung eine Verstärkung der Sozialleistungen von der Unternehmenseite ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Unterstützt wurden die Kathedersozialisten von kirchlicher Seite. Zu nennen wären aus dem Raum des Protestantismus der „Vater der Inneren Mission“, Johann Hinrich Wichern, und der Berliner Oberhofprediger Stöcker, von katholischer Seite wären Bischof Frhr. von Ketteler in Mainz und der Domkapitular Moufang hervorzuheben⁴⁶.

In Oberschlesien fanden die Gedanken der christlichen Sozialreform nicht nur deshalb schnell Eingang und Anhänger, weil die Bevölkerung zu über 90 v. H. katholisch war, sondern weil viele der von ihnen aufgestellten Forderungen den im hiesigen Industriegebiet zur Lösung heranreifenden Problemen entsprachen.

⁴⁵ Schmoller, Gustav: Über einige Grundfragen des Rechtes und der Volkswirtschaft. Berlin 1875.

⁴⁶ Ketteler, Frhr. von: Entwurf zu einem politischen Programm für die Katholiken im Deutschen Reich. Mainz 1873 (5. Aufl.).

Derselbe: Die Arbeiterfrage und das Christentum. 4. Aufl. Mainz 1890.

Dazu gehörte die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Beaufsichtigung der Arbeitslokale und staatliche Unterstützung von Produktivgenossenschaften, welche die Arbeiter selbständig machen sollten.

Die Forderungen der kirchlichen Würdenträger ergänzten also die der Kathedersozialisten, hatten aber den großen Vorteil, viel volkstümlicher und verständlicher abgefaßt zu sein und dadurch die Verbreitung in der Arbeitnehmerschaft zu finden, die den Schriften der Universitätslehrer versagt blieb.

Die Stellungnahmen Kettlers und seiner Mitarbeiter haben in entscheidender Weise den Siegeslauf der christlichen Gewerkschaften durch Oberschlesien vorbereitet.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine

Die von Dr. Hirsch und Duncker gegründeten Gewerkvereine sind Kinder der ersten Zeit der Aktiengesellschaften, deren überwiegend unsoziales Verhalten zur Schaffung von Selbsthilfeorganisationen der Arbeitnehmer zwang. Dr. Max Hirsch wandte das alte Harzer Prinzip der Selbsthilfe durch Zahlung in eine freiwillige Knappschaft auf die gesamte Industriearbeiterschaft an. Hilfskassen sollten in Fällen von Arbeitsunfällen, Altersinvalidität und Tod den Arbeitnehmer und seine Familie vor Not schützen. Den Fonds hierzu brachten die Arbeiter durch Zahlung von ihrem Lohn selbst auf. Im Grunde genommen war es also kein neuer Weg, der beschritten werden mußte⁴⁷.

Erleichtert wurde diese Gründung dadurch, daß sich gleichzeitig Unfall- und Lebensversicherungsgesellschaften bildeten, mit denen die Gewerkvereine wiederum Rückversicherungen abschließen konnten.

In Oberschlesien liefen die Hirsch-Dunckerschen Bestrebungen offene Türen ein, denn sie waren die Organisationsform, die man in den Betrieben der Aktiengesellschaften brauchte⁴⁸. Die Unternehmen versprachen sich von ihnen Hilfe, weil sie den Streik als Mittel des Arbeitskampfes ablehnten und ihre Ziele auf dem Wege der Verhandlungen erreichen wollten.

Die Struktur der Arbeiterbevölkerung

Die schnelle Ausdehnung des Verbrauchs an Kohle, Stahl, Zink und Blei brachte es mit sich, daß die im Industriegebiet ansässige Bevölkerung sich durch den ständigen Zuzug von Arbeitskräften schnell vermehrte. In der Zeit von 1816 bis 1864 stieg die Bevölkerung des Regierungsbezirkes Oppeln um 57,3 v. H. und diese Zahl vergrößerte sich von 1867 bis 1910 um nochmals 78,7 v. H.⁴⁹. Die benötigten Arbeitskräfte konnten nur durch den Zustrom

⁴⁷ Hirsch, Dr. Max: Die gegenseitigen Hilfskassen. 1876.

⁴⁸ Referat über die Entwicklung der Bewegung, gehalten von Dr. Max Hirsch auf der Tagung des Zentralverbandes der Gewerkvereine in Danzig im Juni 1872.

⁴⁹ Rogmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung im preussischen Osten in den letzten hundert Jahren. Berlin 1937. Hier S. 14—15.

aus dem Ausland, namentlich aus Österreich-Ungarn und Russisch-Polen gewonnen werden. Hierdurch erhöhte sich aber laufend die Zahl der Arbeitnehmer nichtdeutscher Muttersprache, die zu groß war, um von der deutschsprachigen Bevölkerung aufgesogen zu werden. Erst mit der Industrialisierung Schlesiens bildete sich also die starke nichtdeutschsprachige Minderheit. Genaue Zahlen lassen sich darüber nicht ermitteln, da die Behörden nur registrierten, daß der Neuankömmling der Staatszugehörigkeit nach z. B. aus Österreich-Ungarn kam, aber welcher der Nationalitäten dieses Vielvölkerstaates er angehörte, war damals belanglos.

Festzuhalten ist, daß im oberschlesischen Industriegebiet kein entwurzeltes Kleinbauern- oder Landarbeiterproletariat in die Werke ging. Nicht zuletzt der Kleinbauernstand blieb dadurch in Oberschlesien besonders leistungsfähig, weil der Mann halbtags auf der Hütte oder im Bergwerk arbeitete und daneben seine kleine Landwirtschaft behielt. Der Industrielohn ermöglichte den Ausbau des Hofes und die Arbeitskollegen waren nur zu gern bereit, Wurst, Eier, Fleisch und Butter direkt beim Bauern billiger als im Geschäft zu kaufen. Der kleinbäuerliche Betrieb wurde dadurch eng an die Industrie herangezogen. Seine Erhaltung lag im Interesse beider Seiten.

Die Wirtschaftskrisen von 1857 und 1873 hatten bewiesen, daß der Arbeiter, der noch über Ackerwirtschaft und Vieh verfügte, gegen wirtschaftliche Schwankungen wesentlich unempfindlicher war als der nur auf den Lohn angewiesene. Deshalb legte man bis zum Zweiten Weltkrieg den größten Wert darauf, die Verbundenheit des Arbeiters mit dem Lande zu erhalten. Ziegen-, Kaninchen- und Geflügelzuchtvereine wurden abweichend von allen anderen deutschen Industriegebieten von den Werken und nicht von Privatleuten gegründet⁵⁰.

Das ostoberschlesische Revier wurde auch nach den Gründerjahren allmählich zu dem Industriegebiet mit den wenigsten Mietskasernen.

Waren die Übergänge zwischen dem Landwirt und dem Industriearbeiter fließend, so waren sie innerhalb einer Belegschaft nicht vorhanden. Es gab nicht nur Unterschiede zwischen Berg- und Hüttenleuten, sondern hier standen die einzelnen Arbeitszweige scharf getrennt nebeneinander. Jeder hatte einen eigenen Lohn, abgestufte Schmutz- oder Gefahrenzulagen und damit auch einen verschiedenen Wertungsgrad im sozialen Ansehen. Den ersten Platz nahmen die Schacht- und Schichtmeister ein, unter den Facharbeitern die Anstecher, die den Hochofen so anzustechen hatten, daß sich das flüssige Metall in die bereitstehenden Gießformen ergoß, eine Aufgabe, die die höchste Genauigkeit erforderte. Auf der untersten Stufe der sozialen Leiter standen die Aschezieher, die die Rückstände der Hochöfen vor der neuen Beschickung abzufahren hatten, eine Schufferei in der Gluthölle unter den Hochofenanlagen, zu der sich trotz der guten Bezahlung nur verkrachte Existenzen hergaben.

⁵⁰ Geisenheimer, S. 390.

Erlebnisberichte aus der Zeit um 1870

In seinem 1911 erschienenen Buch berichtet Oskar Klaußmann über das Leben im oberschlesischen Revier zwischen 1865 und 1870⁵¹:

„Man lebte im Industriebezirk und richtete sich natürlich nach der Zeiteinteilung der Industrie, und ich möchte wohl hören, was die Mitglieder des heutigen Antilärmvereins sagen würden, wenn sie in damaliger Zeit im oberschlesischen Industriebezirk gelebt hätten. Wenn auf der Verladestelle meines Vaters nachts Zink von der Wilhelminenhütte verladen wurde, so hörte man das kilometerweit von der Verladestelle her. Die Verladung fand immer nachts statt, weil am Tage der Platz von den Kohlenwagen eingenommen wurde.“

An anderer Stelle schreibt der Verfasser:

„So recht ruhig wurde es in der Nacht überhaupt nicht. Wenn viele Bestellungen da waren, wurden auch nachts die Kohlenzüge von den Bergwerken nach der Verladestelle gefahren oder die Zinkhütte mit Kohlen versorgt. Während auf den Bergwerken die Glocken zum Schichtwechsel früh und abends um halb sechs und dann mittags um ein Uhr geläutet wurden, läuteten sie in dem Hüttenwerk auch noch um ein Uhr nachts, weil in dieser Zeit der Wechsel der Schmelzer vor den Ofen stattfand. Früh um fünf Uhr gingen die Bergarbeiter mit ihren Lampen nach dem Zechenhaus, und um Mitternacht kehrten die Hauer, nachdem sie die Sprengschüsse vor Ort herausgebracht hatten, wieder von der Arbeit zurück. Wenn man im Bett lag, sah man den Widerschein der offenen Grubenlampen an der Decke und an den Wänden des Zimmers entlang tanzen.“

Professor Perlick schreibt zum Nebeneinander von Landwirtschaft und Industrie⁵²:

„Die Hütten mit ihren umfangreichen und grotesken An- und Aufbauten, mit ihrem Dröhnen und Hämmern, mit ihrem Farbenrausch in der Dampf- und Rauchentwicklung, ihren Abstichen, die sich in der Nacht weithin glutrot leuchtend von den Wolken des Reviers abzeichnen, stellen den Prototyp des Werkstattcharakters dieses Raumes dar. Im Gegensatz zu den Anhäufungen stehen viele Anlagen, besonders einzelne Gruben- und Wetterschächte, abseits in der Landschaft oder vom Wald umklammert einsam da und wirken beinahe wie vergessen. Andere werden von bestelltem Land umgeben, in dem sie gleichsam wie Inseln liegen.“

Die Wanderung der Arbeitskräfte

Nach den Gründerjahren kam ein neues Problem auf das Industriegebiet zu, die Abwanderung der Arbeitskräfte nach dem Westen. Oberschlesien wurde zu einer Durchgangsstation. Aus Österreich-Ungarn und Russisch-Polen gekommene Kräfte erlernten die Arbeit in den Bergwerken und Hütten und gleichzeitig die deutsche Sprache. Nach einigen Jahren gingen sie ins Ruhrgebiet.

Zu einer Solidarisierung der Arbeiter kam es damals nur im Rahmen der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, die, wie es bei ihrer Struktur nicht anders möglich war, die strengen sozialen Unterschiede beibehielten, also in ihren Mitgliederlisten des Eisen- und Zinkhüttengewerbes zwischen Schmelzern, Auf-

⁵¹ Klaußmann, Oskar: Oberschlesien vor 55 Jahren, und wie ich es wiederfand. 1911.

⁵² Perlick, Alfons: Das oberschlesische Revier. In: Schlesisches Panorama. München 1966. Hier S. 44 f.

gebern, Gichtenziehern, Erz- und Schlackenläufern, Maschinenwärtern, Maschinenschürern, Formern und ihren Gehilfen, Kokern, Köhlern, Schichtern, Feuerofenarbeitern, Kalksteinpochern, Puddlern, Hammerschmieden und Vorder- und Hintermännern unterschieden.

Hatten die angelernten Kräfte aber ihren neuen Beruf erlernt, lockte hauptsächlich das Ruhrgebiet, weniger die mitteldeutsche Industrie. Die Anziehungskraft der Ruhr bestand darin, daß im dortigen Revier außer dem Kohledeputat für Heizzwecke und der werkseigenen Wohnung keine Naturalleistungen gegeben wurden. Der ausbezahlte Lohn wirkte also, wenn man den Wert des Deputats nicht berücksichtigte, höher. Einen Vorteil hatte das Ruhrrevier freilich Oberschlesien voraus, das von Napoleon I. 1810 erlassene Gesetz über die Versorgung der bei Betriebsunfällen beschädigten Arbeiter galt auch im rechtsrheinischen Gebiet weiter, bis es vom Gesetz über Unfallrenten der Bismarckschen Sozialgesetzgebung abgelöst wurde. Hier trug der Unternehmer allein die finanzielle Last⁵³.

Bei der mehrschichtigen Struktur der ober-schlesischen Industrie, in der drei Bergrechtsformen nebeneinander standen, blieb es nicht aus, daß Gebiete mit einheitlichem Recht für die Arbeitnehmer anziehend wirken mußten.

Auswirkungen der Sozialistengesetze auf das Industriegebiet

Wenn man nach den Auswirkungen fragt, die durch den Erlaß der Sozialistengesetze in Oberschlesien sichtbar wurden, muß man feststellen, daß es keine gab, weil es keine geben konnte. Die Gesetze berührten nur die sozialdemokratische Parteiorganisation, die es in Oberschlesien noch nicht gab, die Hirsch-Dunckerschen Vereine durften ausdrücklich weiterbestehen und alle sozialen Hilfskassen der Arbeiter wurden nicht angetastet. Sie brauchten übrigens nicht einmal nach Schaffung der Sozialgesetzgebung in den Alters- und Invalidenkassen aufzugehen.

Dies führte natürlich dazu, daß sich die Lage der ober-schlesischen Arbeitnehmer schlagartig wesentlich verbesserte, als die neuen Sozialgesetze ihre Alters-, Invaliditäts- und Unfallsicherung gewährleistete. Weil die gesetzlich festgelegten Leistungen aus der Bergordnung Friedrichs d. Gr. und die freiwillig geleisteten der Unternehmen ebenso bestehen blieben, wie die der Hilfskassen der Arbeiter, waren diese sicher, zu ihrer gesetzlichen Rente weitere Zulagen zu bekommen, wenn die Arbeitsunfähigkeit eintreten sollte.

Aufgehoben wurden die Unterschiede in der knappschaftlichen Sicherung. Jeder unter Tage Arbeitende mußte jetzt in einer Knappschaftskasse sein.

Um so krasser traten aber die Abstände zwischen den vom Staat und den von Privaten bewirtschafteten Betrieben und denen der Aktiengesellschaften hervor, deren Arbeiter keine Zulagen zur gesetzlichen Rente bekamen. In dem sich anspinnenden Kampf der Gewerkschaften waren die Angriffspunkte diese Betriebe.

⁵³ Sartorius von Waltershausen, S. 349.

Die gewerkschaftliche Arbeit

Der große Streik von 1889

Einen Beweis für die oben gemachten Ausführungen liefert der Bergarbeiterstreik von 1889. Nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. erhoffte man von seinem liberal geltenden Nachfolger eine nachdrückliche Förderung der Wirtschaft. Von 1888 bis 1890 kam es zu einer schnellen Aufwärtsentwicklung der Börse. Die Aktien der Berg- und Hüttenbetriebe stiegen schnell, für Ersparnisse wurden Anlagen gesucht.

In diese Aufwärtsentwicklung hinein brach ein Streik los, der das Ruhrgebiet und das oberschlesische Revier erfaßte. Er war, wie die Behörden sehr bald feststellten, nicht organisiert und in allen Fällen spontan entstanden. Die oberschlesischen Arbeiter verhielten sich dabei sehr diszipliniert. So konnte eine im späteren Hindenburg auf freiem Felde zusammengekommene Versammlung von über 30 000 Mann von zwei Gendarmen aufgelöst werden.

Es ist aber auffallend, daß sich fast ausschließlich die Arbeitnehmer von Aktiengesellschaften an dem Streik beteiligten. Die anderen bekundeten wohl ihre Sympathie mit den Streikenden, arbeiteten aber weiter. Der junge Kaiser Wilhelm II. beauftragte Generale, die Streitigkeiten zu schlichten, in diesem Fall insofern richtig, weil es sich um Unparteiische handelte, die von der militärischen Beschwerdeordnung her gewohnt waren, den einfachen Mann zu hören. Die Offiziere fällten vernichtende Urteile über die mangelnde soziale Bereitschaft der oberschlesischen Aktiengesellschaften⁵⁴. Dies trug wesentlich dazu bei, neue Gesetze sozialer Art vorzubereiten und die sozialen Leistungen der staatlichen Betriebe wesentlich zu verbessern, um der Industrie beispielgebend voranzugehen.

Der Streik, der von den Arbeitern nach unbedeutenden Erfolgen abgebrochen werden mußte, weil keine gewerkschaftlichen Hilfskassen zur Verfügung standen, hat so indirekt doch positive Folgen für die Arbeitnehmerschaft gehabt.

Gründung des Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins

Die wichtigste direkte Auswirkung des Streiks war aber, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter geweckt wurde. Kurz nach seiner Beendigung entstand in Beuthen der „Oberschlesische christliche Arbeiter-Verein gegenseitiger Hilfe“. In einem Rückblick heißt es⁵⁵:

⁵⁴ Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Akten des Preußischen Ministeriums des Inneren, „Streike im Bergbau und Hüttenwesen 1889“, Bericht des Generalkommandos VI. Armeekorps an den Kaiser v. 8. Juni 1889.

⁵⁵ Der Oberschlesische christliche Arbeiter-Verein gegenseitiger Hilfe zu Beuthen, OS. Sein Entstehen, seine Entwicklung und seine Tätigkeit in den ersten 10 Jahren 1889—1899, Beuthen 1899.

„ . . . Der große oberschlesische Streik im Mai 1889 überzeugte sehr viele Arbeiter von der unerläßlichen Notwendigkeit einer Organisation, da ohne eine solche keine Hoffnung auf dauernde, ausreichende Verbesserung der Lage der Arbeiter ist. Es war auch einleuchtend, daß nur eine einzige große, über ganz Oberschlesien sich ausbreitende Organisation aller Arbeiter wirksame Hilfe bringen konnte. Kleine Arbeitervereine, lokale oder parochiale, bestanden schon vor 1889, aber sie beschäftigten sich mit Lohnangelegenheiten oder Rechtsschutz nicht“ . . .

Der „Oberschlesische christliche Arbeiter-Verein gegenseitiger Hilfe“ konnte melden, es sei

„am 15. Januar 1890 in Beuthen die erste Vereinskanzlei eröffnet, in der den Mitgliedern Rath und Hilfe in allen ihren Angelegenheiten ertheilt und Schriftstücke angefertigt werden.“

Der Verein zählte im Jahre 1892 bereits 4 000 Mitglieder und konnte eine zweite Kanzlei in Kattowitz, 1893 eine weitere in Schwientochlowitz einrichten. Im Jahre 1895 zählte er nahezu 10 000 Mitglieder.

Seit 1893 war eine steigende Konkurrenz des „Westfälischen alten Verbandes deutscher Berg- und Hüttenleute“ zu spüren. Diese Organisation mit dem Hauptsitz in Bochum hatte 1894 bereits 4 000 Mitglieder und wurde auch für die oberschlesischen Bergleute zur Hauptorganisation.

Nach dem Streik von 1889 organisierten sich auch die polnischen Arbeiter, die eigene Vereine gründeten, aus denen sich die polnischen Gewerkschaften entwickelten. In der schon erwähnten Festschrift des christlichen Arbeiter-Vereins heißt es darüber:

„In den von den Arbeitern gelesenen polnischen Zeitungen erschienen vom Mai 1889 ab Artikel, welche die Nothwendigkeit einer Organisation betrieben. Der damalige Redakteur des ‚Katolik‘, Adam Napieralski, brachte es zu Wege, daß für den 25. August 1889 in den Schießhaussaal zu Beuthen O-S eine Arbeiter-versammlung einberufen und der Verein begründet wurde.“

Von ca. 2 000 anwesenden Besuchern wurde der Vorsitzende des Zabrzer Lokalvereins, der Schneidermeister Josef Gonsier, zum Versammlungsleiter gewählt. Aus alledem ging der genannte Verein hervor,

„in den Vorsitz wählte man die Bergleute Syderczyk aus Roßberg und Dzialach aus Koslowagorc, Obersteiger a. D. Duda aus Scharley und Steiger a. D. Suchlich aus Beuthen O-S, Kaufleute Paul aus Kasf und Sotzcy aus Beuthen O-S, beide frühere Arbeiter.“

Die Gründung der Freien Gewerkschaften

Ende der achtziger Jahre existierte in Beuthen eine Zahlstelle der Tischler, die aber bald wieder einging. Diese Gewerkschaft ist vom Sozialistengesetz am wenigstens betroffen worden und hat, da sie eine Unfall-, Kranken- und Sterbe-

kasse besaß, weiterarbeiten können. Offensichtlich fand sie aber nicht genügend Anhänger in Oberschlesien.

Ende 1889 wurden die ersten Mitglieder für den freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband gewonnen. Als frühe Organisatoren werden Purkopp, Kaffczyk und Hassa genannt. Sie wurden dabei aber verfolgt, so daß Purkopp nach England und Kaffczyk in die USA auswanderten. Die ersten Zusammenkünfte fanden „unauffällig in den Privatwohnungen der Mitglieder oder versteckt im Walde“ statt. 1893 und 1894 wurden erneut Versuche unternommen, die oberschlesischen Bergarbeiter zu organisieren. Dabei taten sich besonders Tusker, Borys und Kandziora hervor. Doch auch diese Zahlstellen wurden wieder zerschlagen, nur Laurahütte konnte sich seit 1893 ununterbrochen halten.

Vom Jahre 1895 hören wir von der Gründung eines Gewerkschaftskartells durch Eduard Tucker in Beuthen, 1898 wurde ein Rechtsschutzbüro geschaffen, dem 1898 das Arbeitersekretariat folgte, in dem 1898/99 insgesamt 1 452 Besucher beraten wurden. Im Jahre 1898 hat Carl Legien von der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ auf Agitationstour in Oberschlesien gewelt.

Am 1. November 1898 konnten die Freien Gewerkschaften in Beuthen ein Arbeitersekretariat gründen, von dessen Tätigkeit gemeldet wurde⁵⁶:

„hat sich von Woche zu Woche in günstiger Weise fortentwickelt. Das Heer der in Oberschlesien geradezu schmarotzerhaft wuchernden Volksanwälte und Schreiber witterte in dem Sekretariat einen Konkurrenten und bekämpfte es deshalb.“

Allein im Januar 1899 wurden hier 142 Besucher beraten und 71 Schriftsätze angefertigt; die Ratsuchenden — Deutsche sowie polnisch Sprechende — kamen nicht nur aus Beuthen, sondern auch aus Lublinitz, Gleiwitz, Pleß, Ratibor, Leobschütz und Neustadt.

In einem 1929 erschienenen Artikel über die Anfangszeit der gewerkschaftlichen Arbeit heißt es⁵⁷:

„Es muß leider gesagt werden, daß es wohl nirgends einen schwierigeren Organisationsboden zu beackern gab, als hier im örtlichen Gebiet. Mittel schikanösester und brutalster Art wurden angewandt, um das Eindringen des Verbandes unmöglich zu machen. Da gab es zwischen Bergwerkbesitzern und Behörden keinen Unterschied. Beide arbeiteten Hand in Hand. Auch von den Kanzeln wurde unser Verband als der rote Schrecken bezeichnet.“

Alle Richtungen der Gewerkschaftsbewegung klagten über den Mangel an Versammlungslokalen, der allerdings z. T. darauf zurückzuführen war, daß in den im schnellen Wachstum befindlichen jungen Städten noch keine Säle gebaut worden waren. Alle beschwerten sich aber auch über behördliche Schikanen, die

⁵⁶ Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 9. Jg. Nr. 7 vom 20. Februar 1899.

⁵⁷ Bergbau-Industrie. Wochenzeitung der Freien Bergarbeiter-Gewerkschaft. Nr. 33 vom 17. August 1929.

bis zum Verbot reichten. Carl Legien schilderte 1897 in einem Artikel das „Abtreiben“ von Lokalen⁵⁸ in Beuthen und Poremba bei Zabrze⁵⁹.

Im folgenden Jahre stellte ein weiterer Bericht, der in dem scharfen klassenkämpferischen Stil jener Zeit abgefaßt war, fest⁶⁰:

„Der oberschlesische Industriebezirk ist heute noch das Eldorado des Unternehmertums. Die Mehrheit der Arbeiter befindet sich im Bann des Pfaffentums, zeigt Unterwürfigkeit gegenüber dem zahlreichen Beamtenheer der riesenhaften industriellen Werke und wagt aus Furcht vor Maßregelung selbst außerhalb der Betriebe kein freies Wort zu sprechen.“

Noch im Jahre 1905 beleuchtete Bruhns die Verhältnisse im Industriegebiet, wenn er über die Möglichkeiten, gewerkschaftliche Versammlungen abzuhalten, sagte⁶¹:

„Was will es heißen, daß im ganzen Industriebezirk mit seinen 200 000 männlichen Arbeitern seit reichlich einem Jahre ein einziges kleines Versammlungslokal in Kattowitz vorhanden ist, das etwa 300 Personen faßt,“

Es ist nicht verwunderlich, daß diese Schwierigkeiten auch die Solidarisierung der Arbeiterschaft lange verhinderten. Nach Klaußmanns Angaben war es noch um 1880 folgendermaßen gewesen⁶²:

„Der Arbeiter auf der Zinkhütte stand nach der Wertschätzung unter dem Bergmann . . . Die Hüttenarbeiter lebten noch unsolider als die Bergleute und hatten wohl die primitivste Art der Lebensführung . . . Ein Zinkmeister galt nur für tüchtig, wenn er seine Schmelzer in bestimmten Zeiträumen barbarisch mit dem Stocke durchprügelte; nur so konnte er gute Ausbeute aus dem Ofen herausbringen.“

Die christlichen Gewerkschaften

Die Hirsch-Dunckerschen Vereine und die Freien Gewerkschaften stießen bald auf einen neuen Gegner, die christlichen Gewerkschaften, die in Oberschlesien

⁵⁸ Abtreiben war ein damals üblicher Polizeiausdruck. Man verstand hierunter eine Überwachung von Lokalen, deren Wirte Säle oder Zimmer der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellten. Gesdiah dies mehrmals, wurde, falls die Stadt Garnison war, Soldaten der Besuch jener Gaststätten verboten. Sie wurden dann auch nicht mehr von nationalen Vereinen für Mitgliederversammlungen oder öffentliche Veranstaltungen aufgesucht. Nach dem damals geltenden Versammlungsrecht war ein Polizeibeamter zugegen, der aber nicht nur für den ruhigen Ablauf der Veranstaltung verantwortlich war, sondern berechtigt war, die Veranstaltung aufzulösen, wenn nach seiner Meinung eine politische Straftat geschah, etwa eine Majestätsbeleidigung durch den Redner. Selbstverständlich konnte die Versammlungsleitung gegen die Auflösung Beschwerde einlegen, was aber diese nicht verhindern konnte. Ein Weitergehen galt dann als Widerstand gegen die Staatsgewalt. Besonders junge Polizeibeamte gingen hier oft mit ungerechtfertigter Härte vor. Keineswegs wurden aber nur sozialdemokratische Versammlungen aufgelöst, weit häufiger geschah dies bei solchen der hannoverschen Welfenpartei und regelmäßig wurden Zusammenkünfte der Turn- und Schützenvereine überwacht. Für die Gastwirte konnte ein solches Abtreiben schwere geschäftliche Schädigungen nach sich ziehen.

⁵⁹ Legien, Carl: Die Polizeibehörden in Oberschlesien im Kampf für Sitte und Ordnung. In: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 7. Jg. Nr. 51 vom 20. Dezember 1897.

⁶⁰ ders.: Aus Oberschlesien. In: Correspondenzblatt usw. 8. Jg., Nr. 39 vom 26. September 1898.

⁶¹ Bruhns, Julius: Der oberschlesische Industriebezirk. In: Die neue Zeit, 23. Jg. II. Bd. Stuttgart 1905.

⁶² Klaußmann, Oskar: Oberschlesien vor 55 Jahren und wie ich es wiederfand. 1911 o. O. Hier S. 218/19.

schr geschickt taktierten. Sie ließen alle christlichen Arbeitervereine ihre Arbeit fortsetzen, wobei sie sich bemühten ihnen keine Konkurrenz zu machen, und boten den Arbeitern das, was ihnen jene nicht geben konnten, nämlich Unterstützung bei Lohnkämpfen und Rechtsschutz. Deshalb haben vielerorts Funktionäre von Vereinen für den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften gewonnen.

Dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, den Kongreßberichten des „Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, den Protokollen ihrer Berufsverbände ist zu entnehmen, wie früh sich die christliche Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien entwickelt hat.

Ein Einblick in die Tätigkeit der örtlichen Gewerkschaftskartelle sowie eine Durchsicht der Anschriftenverzeichnisse beweisen bedeutende Mitgliederstärke sowie wachsenden Einfluß im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben. Auch die christlichen Gewerkschaften hatten sich, wie diese Berichte bekunden, gegen polizeiliche Schikanen, Saalabtreibungen und Behinderungen beim Gebrauch der polnischen Sprache ihrer Mitglieder zu wehren.

Nach dem furchtbaren Brandunglück vom 4. März 1896, als auf der Kleophasgrube über 100 Bergleute erstickten, traten Forderungen nach Sicherheitsrevisionen, besserer Entlohnung, Abschaffung von Frauenarbeit u. a. m. in den Vordergrund. Während anfänglich ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen christlichen und freien Gewerkschaftseinrichtungen — sogar bis zur Austragung vor Gerichten — geführt wurde, normalisierte sich mit der Zeit das Verhältnis infolge vielfacher Gleichartigkeit der Bestrebungen.

Neben den christlichen Gewerkschaften existierten zahlreiche katholische Arbeitervereine. Es gab in Oberschlesien einen „Diözesanverband der katholischen Arbeiter- und Männervereine Schlesiens“ mit Sitz in Neisse, dessen Verbandspräses Pfarrer Dr. Gerigk war. Auf evangelischer Seite — freilich in Oberschlesien mit seiner überwiegend katholischen Bevölkerung ziemlich unbedeutend — bestand ein „Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands“ mit Sitz in Elberfeld und angeschlossenen Provinzialverbänden, einem speziellen schlesischen Verband in Breslau, der u. a. ein Organ „Der Arbeiter“ herausbrachte und in einigen Orten festangestellte „Berufsarbeiter“, häufig junge Pfarrer, hatte.

Zwischen diesen Gruppierungen sollte es um die Jahrhundertwende zu einem Konflikt über die Frage kommen, ob katholische Arbeitervereine eine ausreichende Vertretung christlicher Arbeiterinteressen oder ob „echte“ Gewerkschaften die Zukunftsform seien, um den Abmarsch der sich nun bewußter regenden Proletarier in das sozialistische Lager zu verhindern. In der Bibliothek des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ in Mönchengladbach befinden sich zahlreiche Publikationen aus der Zeit nach der Wende zu unserem Jahrhundert, deren Titel allein schon zeigen, um welche Konfrontation es sich handelt. Da schreibt Franz Kempel über „Die ‚christliche‘ und die ‚neutrale‘ Gewerkvereins-Bewegung, beurteilt an Hand des Rundschreibens ‚Rerum novarum‘ des Papstes

Leo XIII. vom 17. Mai 1891 und das Hirtenschreiben der preußischen Bischöfe an ihre Geistlichkeit vom 22. August 1900“. Rhenanus (d. i. Heinrich Brauns) formuliert seine Aufklärungsschrift „Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen?“, Johann Giesberts schreibt über „Frieden im Gewerkschaftsstreik? Kritisches und Antikritisches zum Streit über die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften“. Schließlich wurden Köpfe wie Adam Stegerwald auf den Plan gerufen, Karl Sonnenschein verfaßte eine Flugschrift „Der sittliche Wert der gewerkschaftlichen Arbeit“.

Die Entwicklung der politischen Parteien von 1871 bis 1914

Konservative und Zentrum

Oberschlesien war wie alle östlichen Grenzgebiete Preußens konservativ bestimmt gewesen. Nach der Reichseinigung spalteten sich die Freikonservativen ab, aus denen sich die Reichspartei bildete, eine Partei, die ebenfalls konservativ war, aber nicht Preußen, sondern das gesamte Reich in ihrer Anschauung einbezogen wissen wollte. Durch die Spaltung trat natürlich eine erhebliche Schwächung des konservativen Lagers ein, die bei dem damaligen Wahlsystem Auswirkungen zeigen mußte. Ein Reichstagskandidat galt gewählt, wenn er entweder im ersten Wahlgang mehr als 50 v. H. aller Stimmen auf sich vereinte oder, falls dies keinem Kandidaten gelang, in der Stichwahl die meisten Stimmen bekam. Spaltete sich also eine Partei, so war für gewöhnlich eine dritte ihr Erbe.

In Oberschlesien war dies die 1870 gegründete katholische Zentrumsparterie, welche unter dem Eindruck der Auflösung des Kirchenstaates durch Italien entstanden war und bis 1933 konsequent die politischen Interessen des katholischen Bevölkerungsteils vertrat. Sie wurde dabei in vielen Fällen von den Kanzeln in so massiver Form unterstützt, was in keinem Landesteil so viele aktive Wahlanfechtungsklagen im Gefolge hatte wie in Oberschlesien.

Was man damals dem Wählervolk zumuten konnte, ist aus einem Bericht des Wahlprüfungsausschusses des Reichstages vom 1. Mai 1872 zu ersehen. Dort wurde unter stürmischer Heiterkeit vorgetragen, daß der Pfarrer von Loslau in der Kirche zu Marklowitz in folgender Weise für die Wahl Eduard Müllers eingetreten sei⁶³:

„Meine lieben Kinder, ich bin Euch allen herzlich gut. Wählt aber niemand anders, als den Rat Müller in Berlin! Das ist ein Mann von Gott geschickt. Ich kenne ihn persönlich, denn ich habe mit ihm studiert. Er liegt in der größten Armut in einem finstern Kämmerlein, hat in der großen Kälte keine Kleider zum Anziehen, und wenn sich jemand über ihn erbarmt und schenkt ihm einen alten Pelz, so gibt er denselben den Armen. Er hat kein Bett, keinen Ofen in der Stube, nagt am Hungertuche und entbehrt aller menschlichen Bedürfnisse.

⁶³ Diese Rede ging durch die ganze deutsche Presse, so z. B. „Göttinger Zeitung“ vom 3. Mai 1872.

Schon jetzt ist er ein halber Heiliger. Dem gebt Eure Stimme und keinem anderen!"

Es wird berichtet, daß Eduard Müller, der im Wahlkreis Rybnik-Pleß dem Herzog von Ratibor das Mandat abnahm, weder im Reichstag, noch in seinem Wahlkreis je eine Rede gehalten hat und doch zwanzig Jahre hindurch wiedergewählt wurde. Dennoch ging für das Zentrum allmählich die Zeit der parlamentarischen Sinekuren zu Ende, es mußte die Auswahl seiner Kandidaten sehr überlegen, konnte doch die katholische „Schlesische Volkszeitung“ ausrufen:

„Die Grandenherrschaft in Oberschlesien ist gestürzt, das übermütige Magnatentum völlig aufs Haupt geschlagen, der Staatskatholizismus der freikonservativen Grandseigneurs und ihres geistlichen Appendix Dr. Künzer gerichtet. Wir haben den stolzen in den oberschlesischen Industriebezirken mit der Geldaristokratie liierten Adel der Geburt, welcher zum Dogma des allein seligmachenden Staates schwört, glänzend aus dem Felde geschlagen.“

Nun tauchen auf den Kandidatenlisten des Zentrums zunehmend „Bürgerliche“ und bald auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften oder katholischer Arbeitervereine auf.

Die Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratische Partei hatte in Oberschlesien eine äußerst ungünstige Ausgangsposition, weil sie sich in ihren Wahlkämpfen bis zur Jahrhundertwende nicht auf befreundete Organisationen stützen konnte.

Auf die Kandidaten, die sich 1884 und 1887 den Wählern stellten, entfielen geradezu klägliche Stimmanteile. Erst 1893 konnten in elf von den zwölf Wahlkreisen Bewerber aufgestellt werden. Die nachstehende Liste verdeutlicht die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1883 bis 1912:

SPD-Reichstags-Wahlergebnisse in Oberschlesien

Wahlkreis	1884	1887	1890	1893	1907	1912	Bemerkungen
1. Kreuzberg-Rosenberg	—	—	121	223	72	344	—
2. Oppeln	—	173	552	471	1 105	2 285	1893 = Thiel
3. Groß Strehlitz-Kosel	—	—	—	—	451	1 247	—
4. Lublinitz-Tost-Gleiwitz	—	—	—	149	1 397	2 219	1893 = Wollny
5. Beuthen-Tarnowitz	—	—	52	258	5 974	11 534 (21,8 %)	1893 = Thiel
6. Kattowitz-Zabrze	—	—	—	646	5 665	14 904 (25,1 %)	1893 = Merkowski
7. Pleß-Rybnik	—	—	—	66	347	2 420	1893 = Andrzejewski

Wahlkreis	1884	1887	1890	1893	1907	1912	Bemerkungen
8. Ratibor	27	32	627	6 359	1 294	2 418	1893 = Robote = 5 749 Bebel = 610
9. Leobschütz	—	—	901	466	429	899	1890 = 2 Kandid. 853+48 1893 = Hennig
10. Neustadt O.S.	—	61	1 251	893	1 196	2 182	1893 = Hennig
11. Falkenberg-Grottkau	—	—	62	387	220	560	1893 = Bebel
12. Neiße	—	28	410	810	677	1 480	1893 = Bebel
insgesamt:	27	294	3 976	10 728	18 827	42 492	= 6,5 % = 14,0 %

Als Kandidaten hatte die SPD in den oberschlesischen Wahlkreisen 1912 aufgestellt:

1. Schlich, Arbeitersekretär, Kosel, 2. Mieczkowski, Redakteur, Kattowitz, 3. Bialdya, Expedient, Beuthen, 4. Timm, Gew.-Schr., Kattowitz, 5. Hörsing, Part.-Schr., Beuthen, 6. Binißkiewicz, Kattowitz, 7. Ritzmann, Arb.-Schr., Kattowitz, 8. Schwob, Gew.-Schr., Kattowitz, 9. Trappe, Gew.-Schr., Beuthen, 10. Löbe, Redakteur, Breslau, 11. Bebel, Schriftsteller, Berlin, 12. Darf, Redakteur, Breslau.

Im Wahlkreis 5 kam Hörsing nicht in die Stichwahl; eine Pole erhielt das Reichstagsmandat, im Wahlkreis 6 kam Binißkiewicz in die Stichwahl, aber ein Pole erhielt das Reichstagsmandat.

Während Bruhns 1905 die Meinung vertrat: „Ein unbekanntes Land ist der oberschlesische Industriebezirk auch für unsere politische wie gewerkschaftliche Arbeiterbewegung“, forderte Dr. Winter auf Grund der Zunahme sozialdemokratischer Stimmen bei den Reichstagswahlen vom Parteivorstand in Berlin mehr Aufmerksamkeit für Oberschlesien; es sei falsch, diese Landschaft als politisch wenig ergiebig außer acht zu lassen und höchstens mit Zählkandidaten zu begeben. Natürlich müsse man mehr in den Organisationsaufbau investieren, dann werde sich das rasch auszahlen.

Zu den frühen Pionieren der oberschlesischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zählte August Langer aus Falkenberg⁶⁴. Der 1853 in Baucke im Kreis Neiße Geborene hatte auf seiner Wanderschaft durch Süddeutschland 1875 in Baden-Baden Anschluß an die Sozialdemokratie gefunden, war 1876 nach Schlesien zurückgekehrt und hatte in Breslau Kontakte mit führenden Sozial-

⁶⁴ Müller, Theodor: Unser Parteiveteran in Oberschlesien. Lebensbild des Genossen August Langer in Falkenberg O/S. Festgabe zum 50jährigen Parteijubiläum. Breslau 1925.

demokraten geknüpft. Nachdem er sich 1879 in Falkenberg als Klempnermeister niedergelassen hatte, begann er mit der Agitation für seine Ideen. Er holte von 1889 an namhafte Referenten nach Oberschlesien, so z. B. Fritz Kunert, Wilhelm Pfannkuch und wiederholt den jungen Paul Löbe. Oft verfolgt und verhaftet, blieb er bis ins hohe Alter, selbst als er erblindete, ein rastloser Kämpfer der Arbeiterbewegung.

Die polnische Front formiert sich

Bis zur Jahrhundertwende fand die polnischsprachige Bevölkerung Oberschlesiens in den großen deutschen politischen Parteien ihre Heimat, denn sie fühlte sich nur sprachlich als Polen, politisch aber durchaus als Preußen und Deutsche. Die aus dem Ausland hinzugezogenen Industriearbeiter waren aus den verschiedensten Gründen bereit, sich zu assimilieren, sei es auch nur um an dem höheren deutschen Lebensstandard teilnehmen zu können.

Als aber von Posen aus, wo eine polnische Partei mit alter Tradition saß, begonnen wurde, Oberschlesien politisch zu bearbeiten, bildeten sich polnische Gewerkschaften und Parteien.

Die polnische Arbeiterpartei arbeitete eng mit den Sozialdemokraten zusammen, weshalb sie als Unterorganisation der SPD angesehen wurde.

Nur so ist es zu verstehen, daß August Winter in einem Aufsatz über die oberschlesische Arbeiterbewegung außer Klagen über die behördlichen Verfolgungen der Arbeiterbewegung auch von Prozessen gegen Funktionäre der „Polnischen Sozialistischen Partei“ (PPS) berichtet. Es heißt darin⁶⁵:

„Die Namen der Morawski, Haase, Golde-Caspari sind bekannt. Jahrelange Gefängnisstrafen wurden über polnische Sozialisten verhängt; trotzdem hat das der verhaßten Bewegung nicht geschadet. Der bedeutendste der Beuthener Strafprozesse war der im Jahre 1902 gegen den Genossen Morawski, einen bereits bejahrten und gerade auch in Oberschlesien tätig gewesenen Parteiführer, und gegen die junge, hochgebildete und mit Geschick und Energie begabte Frau Golde-Caspari.“

Des weiteren wird von einem Prozeß berichtet gegen den polnischen Genossen Theodor Lukaszcyk, den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, die einen angeblich aufhetzerischen Artikel bei Gelegenheit des vorjährigen Grubenunglücks auf der fiskalischen Kohlengrube „Königin Luise“ gebracht hatte. Ferner wird berichtet, daß „wegen Pfarrerbeleidigung“ zwei Genossen der PPS, nämlich Woiciechowski zu sechs, Trabelski zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden seien.

Bei der seit 1890 erscheinenden „Gazeta Robotnicza“ (= Arbeiter-Zeitung) handelte es sich um ein von Franz Morawski in polnischer Sprache herausgegebenes sozialistisches Organ, das zunächst wöchentlich, seit 1903 zweimal und

⁶⁵ Sozialistische Monatshefte, 8. Jg. 1904.



seit 1907 dreimal in der Woche herauskam. Vom Parteivorstand der SPP in Berlin wurde außerdem die Zeitung „Dziennik Robotnicza“ (= Arbeiter Tageblatt) gefördert, die anfänglich in Berlin, dann ebenfalls in Kattowitz gedruckt wurde, deren Verbreitungsgebiet aber über Oberschlesien nach Ost- und Westdeutschland auch bis ins Rheinland und nach Westfalen reichte. Dieses Organ konnte vom 1. Januar 1913 ab täglich erscheinen. Es wurde „bis 1906 unter schwierigen Verhältnissen von Franz Morawski“ betreut, der am 24. Juni 1906 verstarb. An der Zeitung arbeiteten bedeutende Persönlichkeiten mit wie Stanislaus Prybyszewski, Jan Stróżecki, Ignaz Daszynski, Dr. Golde, Georg Haase⁶⁶.

Auffallend ist, daß schon früh Klagen aller Gewerkschaftsrichtungen über eine beginnende Absonderung im polnischsprechenden Bevölkerungsteil Oberschlesiens auftauchten. Gegenüber dieser Arbeiterschaft hatten die deutschen Gewerkschaften mit ihren fast nur deutschen Mitgliedern einen schweren Stand. August Winter stellt in einem Aufsatz „Die Sozialdemokratie in Oberschlesien“⁶⁷ fest:

„Die Leistungen der Polnischen Sozialistischen Partei Deutschlands, der im großen und ganzen Oberschlesien zu bearbeiten überlassen wurde, schienen die allgemeine Meinung über Oberschlesien zu bestätigen; dasselbe taten die Resultate der Reichstagswahlen, nach denen in einigen fast rein ländlichen, aber deutschen Kreisen unsere Partei bedeutend bessere Aussichten auf Erfolge zu haben schienen, als in fast rein industriellen, aber polnischen Wahlkreisen.“

In der Tat waren die Stimmen für die SPD von 1884 = 27, 1887 = 294, 1890 = 3 970, 1893 = 4 969 und 1898 auf 25 785 gestiegen. Während die Polen in Kattowitz-Zabrze hohe Gewinne erzielten, nahmen die Stimmen für die SPD stark in den Wahlkreisen Lublinitz — Tost — Gleiwitz und Beuthen — Tarnowitz zu. Daraus schloß August Winter, daß es lohnend sei, wenn sich die SPD fortan stärker in Oberschlesien engagiere. Er mußte sich aber auch gegen Konfrontationen, Spaltungsversuche der polnischen Gewerkschaften wenden. Dabei wurde ein auf einer Konferenz gefallener Slogan zitiert: „Das Hemd ist mir Pole und der Sozialismus Jacke“.

Diese Auseinandersetzungen riefen Wilhelm Liebknecht auf den Plan, der in einem Aufsatz unter der Überschrift „Die Sozialdemokratie in Oberschlesien“ August Winter erwiderte⁶⁸:

„Daß das Wachstum zwischen 1890 und 1893 nur ein wenig geringer war, hat eben in nationalen und sonstigen Zänkereien seinen Grund, die später nachgelassen haben.“

Entsprechend seiner internationalen Grundhaltung folgte Wilhelm Liebknecht:

⁶⁶ Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914 Bernatt, Taddäus: Die politische Polenpresse Oberschlesiens. Phil. Diss. Leipzig. Beuthen 1924.

⁶⁷ Sozialistische Monatshefte, 2. Jg. 1898.

⁶⁸ Sozialistische Monatshefte, 2. Jg. 1898.

„Ich hoffe, von deutsch nationalem Sozialismus und deutsch nationalen ‚Reizmitteln‘ werden wir künftig ebensowenig zu hören bekommen, wie von polnisch nationalem Sozialismus oder von polnisch nationalen ‚Reizmitteln‘. Es gibt nur einen Sozialismus, dieser erkennt aber die Gleichberechtigung aller Menschen ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung an.“

Bei den in einigen oberschlesischen Wahlkreisen erforderlich gewordenen Stichwahlen hatte das Zentrum Absprachen mit den Polen getroffen. Dazu stellt Jürgen Bertram⁶⁹ fest:

„Das Eintreten der Freisinnigen für das Zentrum im oberschlesischen Wahlkreis Beuthen war durch den Nationalitätenkampf gegen die Polen bestimmt, wofür das Zentrum Kompensation im niederschlesischen Görlitz versprach. Mit den Polen scheint das Zentrum in einem anderen schlesischen Wahlkreis zu einer Übereinkunft gelangt zu sein, die dahin ging, daß die Polen für die Zentrums-hilfe in Kattowitz die nicht unbedeutende Unterstützung in drei nicht näher bezeichneten Kreisen des Westens, also im Ruhrgebiet, gewähren sollten.“

Damit hatten sich die polnischen Konservativen gegenüber den Nationaldemokraten durchgesetzt, die noch am 16. Januar 1912 gegen Kompensation in Schlesien polnische Wahlhilfe im Ruhrgebiet für die Sozialdemokraten angeregt hatten. Der polnische Vormarsch bei den Reichstagswahlen von 1912 war besonders evident: ein Konservativer, vier Polen, sieben Vertreter des Zentrums zogen als Abgeordnete in den Reichstag ein, die SPD blieb ohne Mandat.

Rosa Luxemburg in Oberschlesien

Die Formierung der polnischen Front vollzog sich unter den Augen der Sozialdemokraten und mit Hilfe der von ihnen gutgläubig den Gesinnungsgenossen gezahlten finanziellen Unterstützungen. Es gab eben niemanden im Vorstand der SPD, der soviel Polnisch konnte, um die polnischen Agitationschriften lesen zu können. August Winter warnte lange vergeblich, bis sich endlich die Parteileitung entschloß, Rosa Luxemburg als Agitatorin nach Oberschlesien zu senden, da sie fließend polnisch und russisch sprach.

Sie hatte, was man in der Parteispitze sehr wohl wußte, ihre eigene Meinung, und es war bekannt, daß sie in ihren Bindungen zur SPD und Verbindungen zur PPS, mit deren Vorstellungen sie keineswegs völlig konform ging, entscheidend von einem sozialistischen Internationalismus bestimmt war⁷⁰.

Ein Autor wie Paul Fröhlich hat Rosa Luxemburgs Antinationalismus mit ihrer sozialen Herkunft aus einer unterprivilegierten Minderheit in Zusammenhang gebracht: „Weder hatte sie für bewußtes Polentum, für bewußtes Deutschtum, noch für bewußtes Judentum etwas übrig.“ Zu Recht stellte Nettl fest: „Rosa Luxemburg war wie niemand sonst bemüht, den marxistischen Klassenbegriff in den Mittelpunkt des sozialen Bezugssystems zu stellen und die alten Schranken der Nation ein für allemal aufzubrechen.“

⁶⁹ Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1912.

⁷⁰ Nettl, Peter: Rosa Luxemburg. Köln 1965. Hier S. 248 ff.

Als sie 1899 mit ihrer Agitation in Oberschlesien begann, traf sie bei der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung auf Menschen, die sich, obwohl sich im Ausgang des 19. Jahrhunderts auch in Russisch-Polen wirtschaftliche Aufwärtsentwicklungen vollzogen, sehr erheblicher Unterschiede bewußt waren. Nettel zeichnet zutreffend ein Bild jener Verhältnisse, die sie vorfand:

„Vom Standpunkt der Parteiarbeit war es der finsterste Winkel Deutschlands. Die Bezirkssekretäre in Breslau und weiter südlich, im Industriegebiet Oberschlesiens, fühlten sich preisgegeben und verlassen wie russische Pioniere in Sibirien. Es war schon schwierig genug, unter den deutschen Textilarbeitern zu agitieren, die wahrscheinlich die schlechtest bezahlten und am wenigsten klassenbewußten im Reich waren und mithin besonders unzugänglich für sozialistische Losungen. Noch hoffnungsloser stand es bei den Polen, die den größten Teil der Arbeitskräfte in den Bergwerken stellten. Da war zunächst die unübersteigbare Sprachenschanke, und außerdem arbeitete die PPS für ihre eigenen Ziele, die mit denen der SPD nicht übereinstimmten, wenn auch der Unterschied nicht so leicht zu erkennen war. Die Ankunft einer erstklassigen Agitatorin, die reden konnte, polnisch sprach und in grundsätzlicher Opposition zu den separatistischen Tendenzen der PPS stand, war in dieser Lage hochwillkommen.

Bruhns, der Parteisekretär in Breslau, wollte sie gleich dabehalten, aber Rosa reiste weiter nach Oberschlesien . . . Dort in Königshütte saß Dr. August Winter, der es sich zur Hauptaufgabe gemacht hatte, polnische Arbeiter für die SPD zu gewinnen, und der deshalb auf einem Posten, den niemand anders haben wollte, für den Parteivorstand von unschätzbarem Wert war. Was Winter anbelangt, so ist er bei ihnen (dem Vorstand) persona grata. Überhaupt ist die polnische Bewegung für sie Winter, von der PPS wissen sie nichts, und sie interessieren sich nicht für sie. Rosa Luxemburg und er schlossen sofort ein Bündnis, und ihre Zusammenarbeit führte nach vielen Rückschlägen und Schwierigkeiten dazu, daß die Integrationspolitik der SPD fünf Jahre später einen fast vollständigen Sieg errang — und die deutsche Partei, sehr zum Ärger der örtlichen PPS-Führer, die SDKPiL als orthodoxe Beraterin in polnischen Angelegenheiten anerkannte.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Winter und Rosa Luxemburg war jedoch rein politischer Natur; von Freundschaft konnte keine Rede sein. Rosa hatte die abschätzenden Bemerkungen Auers über die Polen gut im Gedächtnis behalten. Sie wußte, daß die Deutschen zwischen politischer Integration und völliger Assimilation im Grunde keinen Unterschied machten, und war natürlich entschlossen, dieser Haltung Widerstand zu leisten.“

Rosa Luxemburg erkannte bei ihrer Agitation sehr rasch, daß sie es in Oberschlesien mit vielschichtigen Problemen zu tun hatte, von denen ihre deutschen Parteifreunde in Oberschlesien nur eine ungefähre Ahnung, die in Berlin überhaupt keine hatten. Selbst unter den polnischen Genossen gab es höchst differenzierte Auffassungen. Sie nahm es daher bewußt in Kauf, nur verallgemeinernde Berichte zu geben, in den Details — und vielleicht auch in der Gesamtanschauung über die Ziele sozialdemokratischer Werbung in Oberschlesien — ihre eigene Meinung für sich zu behalten. Dazu stellt Nettel fest:

„Mit Bedacht arbeitete sie darauf hin, daß die SPD-Führung ihr zu Dank verpflichtet war. Diese und spätere Aufenthalte in Oberschlesien bezeichnete sie

stets — mindestens Bekannten wie Kautskys gegenüber — als Frondienst in der Barbarei. Bewußt oder unbewußt schloß sie sich damit der gängigen Meinung in der Partei an. Gewiß mochte ihr die Agitation unter den Polen weniger interessant erscheinen als eine Tätigkeit dicht beim politischen Zentrum der Partei. Aber zugleich begann sie, bald nach ihrer Ankunft in Deutschland jene absichtliche Schizophrenie in deutschen und polnischen Angelegenheiten zu entwickeln, die so viele ihrer Handlungen auf den ersten Blick widerspruchsvoll erscheinen läßt. Zwar blieb sie der polnischen Bewegung immer treu, aber es wurde ihr bald klar, daß die Arbeit für die polnische und die für die deutsche Partei nicht zu einem harmonischen Ganzen zu verbinden waren, sondern möglichst säuberlich getrennt werden mußten. Dieser Entschluß, zwei Leben zu leben, wurde ihr zweifellos zu einem guten Teil durch die Umstände aufgezwungen. Er bedeutete aber, daß sie ihren deutschen Freunden gegenüber ihre polnische Tätigkeit unerwähnt ließ oder darum herumredete.

Die Gründe liegen nahe. Nur indem sie sich mit vollem Herzen der deutschen Bewegung widmete, konnte sie etwas für die Polen tun — die Tatsache, daß sich PPS-Führer in Deutschland wie Berfus zu einem ausschließlich polnischen Standpunkt bekannten, machte ihre Ansichten für die deutsche Führung mehr und mehr wertlos. Wie wir sehen werden, wurde ihre Schizophrenie später sogar dreifach, da sich auch noch russische Probleme in ihren Gesichtskreis drängten. Jedenfalls seufzte sie in ihren Briefen an Jogisches keineswegs über harte und undankbare Arbeit, wie sie es Deutschen gegenüber tat, sondern schrieb ihm im Sommer 1898, daß der Besuch im polnischen Milieu Oberschlesiens für sie wie ein frisches Atemholen sei.“

Sie suchte Jogisches sogar davon zu überzeugen, daß es die ideale Gegend für ihre nächsten gemeinsamen Ferien wäre. Sie schwärmte:

„Den wichtigsten und stärksten Eindruck machte die hiesige Landschaft auf mich, Kornfelder, Wiesen, Wälder, weite Ebene, polnische Sprache, polnische Bauern ringsum. Du hast keine Ahnung, wie mich das alles beglückt. Ich fühle mich wie neugeboren, als wenn ich wieder Boden unter den Füßen hätte . . . Ich habe schon beschlossen, daß ich im Urlaub nicht in die Schweiz fahre, sondern daß Du hierher kommst (dasselbe Geld) und wir in einem schlesischen Dorf wohnen, denn ich bin ganz sicher, daß auch Du hier auflebst und die gleiche Freude haben wirst, wenn Du die bis an den Horizont reichenden riesigen Kornfelder siehst (die Halme sind schon größer als ich!), Wiesen mit Kühen, die ein fünfjähriges barfußiges Kind hütet, und unsere Fichtenwälder. Welch einen Eindruck das alles auf Dich machen würde! Vielleicht einen noch größeren als auf mich — obwohl das fast unmöglich ist.“

Als Agitatorin machte sie großen Eindruck, nicht nur auf die Menschen, zu denen sie sprach, vor allem auch auf die Parteifunktionäre. Und sie gewann Selbstsicherheit:

„Du kannst Dir nicht vorstellen, wie gut meine bisherigen Versuche, in den Versammlungen aufzutreten, auf mich gewirkt haben. Ich hatte doch nicht die geringste Sicherheit in dieser Beziehung, trat wie auf Glatteis. Jetzt bin ich überzeugt, daß ich in einem halben Jahr zu den besten Rednern der Partei gehören werde. Stimme, Freiheit des Ausdrucks, Sprache — alles klappt, und das Wichtigste, ich gehe ganz ruhig auf die Rednertribüne, als träte ich seit mindestens zwanzig Jahren auf, ich habe nicht das geringste Lampenfieber.“

In Oberschlesien hatte Rosa Luxemburg viel mit dem Arbeitersekretär Winter zu tun; bald berichtete sie erfreut:

„Unser Winter ist sehr nett und ein braver Genosse. Für sein weiblich Ehegemahl ist u. a. die Kleinigkeit charakteristisch, daß sie ihm von Berlin aus nach ihrem ersten Besuch bei mir geschrieben hat: Rosa Luxemburg ist ganz menschlich.“

Winter war in Breslau Sombart-Schüler gewesen, hatte promoviert und sich mit außergewöhnlicher Einsatzbereitschaft der Arbeit in Oberschlesien angenommen. 1903 bat er, total erschöpft, um seine Versetzung als Arbeitersekretär nach Stettin, mußte diese Tätigkeit aber aus gesundheitlichen Gründen bereits 1904 aufgeben.

Durch Rosa Luxemburg schärften sich rasch bisher latent schwelende Differenzen zwischen den deutschen und polnischen Genossen. Nettl stellt die komplizierte Sachlage folgendermaßen dar:

„Die SPD hatte ständig zunehmenden Ärger mit der preußischen PPS, die 1893 zwar nicht als völlig unabhängige, separate Partei, aber doch als eine Art polnische Minlaturausgabe der SPD gegründet worden war und von der Ortsgruppe bis zum Parteitag ihre eigenen Organisationen besaß. Für Rosa war sie einfach identisch mit der russisch-polnischen PPS. Die preußische PPS machte sich zunutze, daß die SPD den benachteiligten Polen gegenüber ein schlechtes Gewissen hatte und daß die polnischen politischen Verhältnisse so eigentümlich und schwer zu verstehen waren. Anfangs ging es hauptsächlich um die organisatorische Abgrenzung der beiden Parteien; es sollte erreicht werden, daß sie einander nicht in die Quere kamen. Die preußischen Polen konnten von Anfang an auf den Rat und die moralische Unterstützung Daszynkis jenseits der österreichischen Grenze rechnen; sein Ideal war die österreichische Sozialdemokratie, eine föderativ aufgebaute Partei mit selbständigen nationalen Organisationen. Die preußische PPS erhielt Subventionen von der SPD, besonders für ihre Zeitung „Gazeta Robotnicza“.

Mit dem Erscheinen Rosa Luxemburgs in Deutschland wurde der latente organisatorische Gegensatz akut, und zwar auf Grund der Prinzipienfrage, die sie schon auf zwei internationalen Kongressen in die Debatte geworfen hatte — der Frage der polnischen Unabhängigkeit. Wie die Kontroverse von 1896 gezeigt hatte, schloß sich kein führender deutscher Sozialdemokrat öffentlich ihren theoretischen Auffassungen an, wenn auch manche stillschweigend mit ihr übereinstimmten. Die Ereignisse arbeiteten ihr jedoch in die Hände.

Rosa Luxemburg konnte immer wieder darauf hinweisen, daß weithin unbeachtet eine separate PPS-Organisation neben der deutschen Parteiorganisation heranwuchs und sie zu verdrängen drohte. Damit traf sie die SPD an ihrer empfindlichsten Stelle — das war nicht ideologische, sondern organisatorische Geschlossenheit. Der auf diese Weise empfänglich gemachten SPD-Führung, die von polnischen Angelegenheiten eingestandenermaßen nichts verstand, brachte sie dann allmählich auch ihre prinzipiellen Ideen nahe. Sie tat das mit viel Geduld und großem taktischen Geschick; tatsächlich war es die einzige taktische Kampagne in ihrem ganzen Leben, aus der sie als unbestrittene Siegerin hervorging.“

Auf mehreren Parteitag der SPD haben polnische Probleme sowohl hinsichtlich Oberschlesiens, als auch verstärkt Posens und in gewissem Sinne auch Westpreußens eine Rolle gespielt. Auf dem 5. Parteitag der PPS in Preußen zu Ostern 1900 waren bezüglich der einzuschlagenden Taktik unterschiedliche Auffassungen sichtbar geworden. Als der PPS-Vorstand Rosa Luxemburg aufforderte, sich zu einem unabhängigen Polen zu bekennen, protestierte sie gegen eine solche „sozial-nationalistische Richtung“.

Auf dem vom 17. bis 21. September 1900 in Mainz stattfindenden Parteitag der SPD vertrat Rosa Luxemburg Oberschlesien. Bemerkenswert war ihr Redebeitrag:

„Wir müssen den polnischen Arbeiter lehren, seine nationalen Utopien aufzugeben, und ihm zeigen, daß er nicht in seiner Sonderstellung als Pole, im Anschluß an nationalistische Parteien, sondern als Sozialdemokrat seine Nationalitätsinteressen am besten erledigt.“

Die Differenzen nahmen weiter zu; im Winter 1900 traten SPD- und PPS-Vorstand zusammen; die PPS wurde des zunehmenden Nationalismus beschuldigt. Auf dem Lübecker Parteitag der SPD vom 22. bis 28. September 1901 erreichte der Vorstand die Zustimmung der Delegierten, die finanzielle Unterstützung der „Gazeta Robotnicza“ einzustellen. Als die PPS die deutsche Bruderpartei 1902 durch Aufstellung polnischer Kandidaturen herausgefordert hatte, kam es auf dem Parteitag in München vom 14. bis 20. September 1902 zu heftigen Auseinandersetzungen. Der eigenwillige Ledebour stellte sich schützend vor die Polen und trug fortan den Spitznamen „Ledebourski“. Rosa Luxemburg hatte folgende Resolution eingebracht:

„Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe PPS provozierten Doppelkandidaturen in Oberschlesien und fordert die polnischen Parteigenossen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, auf, dieser demoralisierenden Sonderbündelei baldmöglichst ein Ende zu bereiten.“

Im Oktober 1902 hatte nochmals eine Einigungskonferenz stattgefunden, bei der auf Vorschlag von Rosa Luxemburg beschlossen wurde, die PPS solle sich fortan „Polnische Sozialdemokratie in Deutschland“ nennen. Anfänglich schien alles gut zu gehen, bald aber traten erneut Schwierigkeiten auf. Nettl schreibt:

„Die separatistische Bewegung unter den Polen im Reich war natürlich zu stark, als daß sie auf die Dauer hätte aufgehalten werden können. Das von der PPS vertretene Programm der Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaates besaß große Anziehungskraft; auch der SPD-Vorstand konnte nicht verhindern, daß die PPS von ihrem starken Stützpunkt in Österreichisch-Polen aus ihren Einfluß ausdehnte. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der österreichischen Partei wurden dadurch sehr belastet, und Victor Adler und seine Mitarbeiter glaubten genau zu wissen, wer für die kompromißlose Integrationspolitik der SPD verantwortlich war. In der revolutionären Atmosphäre von 1906 kam eine deutsch-polnische Verständigung — zu den Bedingungen der SPD — zustande, aber 1908 ergingen sich die Polen schon wieder in separatistischer Propaganda und Aktivität. Das Verhältnis von SPD und PPS schwankte in den Jahren 1906 bis 1913 zwischen höflich-kühl und eisig.“

Rosa Luxemburg hatte sich mittlerweile anderen und für sie gewichtigeren Themen zugewandt. Ihre Rolle in Oberschlesien blieb, wenn auch von polnischen Sozialdemokraten nicht unangefochten, dennoch bemerkenswert. Für den Parteivorstand der SPD von Bebel bis Kautsky blieb sie unbestritten Sachkennerin in diesen Fragen. Ihr gewaltsamer Tod im Januar 1919 hat sie daran gehindert, noch einmal zu den brennend gewordenen Problemen Oberschlesiens Stellung zu nehmen. Was hätte sie wohl geantwortet? Ihre Position wird aus einem Beitrag für „Die Rote Fahne“ vom 27. November 1918 sichtbar:

„Die beginnende Streikbewegung ist ein Beweis, daß die politische Revolution in das soziale Fundament der Gesellschaft eingeschlagen hat. Die Revolution besinnt sich auf ihren eigenen Urgrund, sie schiebt die papierne Kulisse von Personalveränderungen und Erlassen, die an dem sozialen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit noch nicht das Allergeringste geändert haben, beiseite und betritt die Bühne der Geschehnisse.“

Der Aufstieg der Gewerkschaften von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkriege

Die christlichen Gewerkschaften

Nach der Jahrhundertwende gingen die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, die schon 1880 ihren Höhepunkt überschritten hatten, stark zurück und sanken zur Bedeutungslosigkeit herab, obwohl sie noch bis 1933 existierten. Sie waren ihrem ganzen Aufbau nach nicht geeignet, ein Instrument des Lohnkampfes zu sein, der unausweichlich auf die Arbeitnehmer zukam.

Die christlichen Gewerkschaften gewannen allmählich an Boden, wobei ihnen die Hilfe der katholischen Arbeitervereine sehr zustatten kam.

Dem „Adressenverzeichnis der Zentralvorstände, der Vorsitzenden der Ortskartelle und der Zahlstellenbevollmächtigten derjenigen Organisationen, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen sind“, ist zu entnehmen, daß sie in zahlreichen Städten Oberschlesiens Stützpunkte hatten.

In Gleiwitz hatten die Bauarbeiter, Bergleute und Metallarbeiter Stützpunkte, in Oppeln die Fabrik- und Transportarbeiter, in Beuthen die Gasthausangestellten, in Neustadt O/S die Landarbeiter und Textilarbeiter, in Kattowitz sowie in Zabrze die Metallarbeiter, in Ratibor die Textilarbeiter. Berufsgruppen wie die Bekleidungsarbeiter, Buchdrucker, Hausangestellten und Heimarbeiterinnen, Holzarbeiter, Gärtner, Maler und Nahrungsmittelarbeiter hatten ihre Zentralen in Breslau.

Gewerkschaftskartelle der christlichen Gewerkschaften in Oberschlesien gab es in Beuthen (Vors. Fluczykonk), Gleiwitz (Vors. Gorzwaski), Zabrze (Vors. Siara), Jauer (Vors. Heinrich), Kattowitz (Vors. Ewert), Neisse (Vors. Losse), Neustadt O/S (Vors. Belda), Ober-Glogau O/S (Vors. Bialek), Oppeln (Vors. Schimmeck), Proskau O/S (Vors. Lichy).

Die Freien Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften hatten es am schwersten: von allem Anfang an waren sie Verfolgungen ausgesetzt. Das „Correspondenzblatt“ berichtet von Schikanen durch Arbeitgeber und Behörden, von Polizeiwilkkür und Saalabtreibungen⁷¹. Immer wieder wird der Mangel an hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten und Arbeitersekretariaten beklagt.

Im Jahre 1904 zählte August Winter, Beuthen, in einem längeren Aufsatz eine Fülle von Unterdrückungsmaßnahmen auf^{72a}:

„Kaum hatte sich im Jahre 1897 wieder eine kleine Anzahl von Bergleuten der Beuthener Gegend zu einer Einzelmitgliedschaft vereinigt, da fuhr die Staatsanwaltschaft dazwischen und konstruierte einen ‚Geheimbundprozeß‘.“

Bei dieser Gelegenheit erfährt man:

„Schon im Jahr 1893 hatten sich über 2 000 polnische Bergarbeiter, die auf der fiscalischen Königin Luise-Grube in Zabrze arbeiteten, zusammengenagt; Purkopp, der jetzt in Schottland seinen früheren Beruf fortsetzt, und Kollegen aus Westfalen leiteten die Bewegung.“

1900 begann in Beuthen „der Kampf der Behörden gegen das Arbeitersekretariat, über das man eine Kontrolle zu erreichen suchte“, da es außer der Beratung auch die Verwaltung gewerkschaftlicher Einzelmitgliedschaften wahrnahm.

„Um den Behörden keine Veranlassung zur Überwachung der Bewegung zu geben, wurden die sich zur Organisation meldenden Arbeiter als Einzelmitglieder aufgenommen.“

Als Schikanen, wie „Verfolgung des Sekretärs wegen der Nichtanmeldung des Sekretariats“ oder aus „baupolizeilichen Gründen“ nichts nützten, suchte man einen anderen Vorwand für die Schließung des Sekretariats.

„Im ersten Drittel des Monats Januar 1903 entstand auf der bei Beuthen liegenden Florentinegrube ein Strike; fast die ganze Belegschaft beteiligte sich an ihm. Unter den Strikenden waren nur wenige, die organisiert waren, im Beuthener christlichen oder im Bochumer Verbände. Zum Beuthener Verbände schienen die Strikenden kein Vertrauen zu haben, wohl aber erwarteten sie von dem Arbeitersekretariat, wo die Mitglieder des Bochumer Verbandes verkehrten, Hilfe. Sie kamen nun zu Hunderten Tag für Tag auf die Straße, an der das Sekretariat, und auf den großen Platz, der unmittelbar daneben lag. Sie waren aber ohne Leitung und wußten nicht, was sie machen sollten. Erst am fünften Tage des Ausstandes kam es zu einem Versuche einiger Strikender, die man als führende Kollegen betrachten konnte, vom Sekretariat Hilfe zu bekommen. Dieses verweigerte sie natürlich nicht. In einigen Minuten war mit den fünf Vertretern auf der Straße vor dem Sekretariat die Angelegenheit besprochen und ein Beschluß gefaßt, 1. dem Generaldirektor der Kattowitzer

⁷¹ 6. Jg./1896, Nr. 40 vom 23. November 1896.

^{72a} Winter, August: Oberschlesische Polizei, oberschlesische Gerichte, oberschlesische Arbeiterbewegung. In: Sozialistische Monatshefte, 8. Jg. 2. Bd. 1904.

Aktiengesellschaft, Williger, die Forderungen der Strikenden mitzuteilen, 2. beim Berggewerbegericht den Antrag zu stellen, eine Einigung durch ein Schiedsgericht zu veranlassen.“

Als alles im besten Gange war, erschien die Polizei, es erfolgte gegen den Sekretär Anzeige beim Amtsgericht. Dieser wurde wegen Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung verurteilt, erst die Revision beim Kammergericht erzielte den Freispruch.

Derartige Maßnahmen richteten sich auch gegen den Beauftragten des Bochumer Bergarbeiterverbandes, den Oberschlesier Scholtysch, der eine Saalbau-genossenschaft ins Leben gerufen hatte. Das Beuthener Gericht lehnte aber die Eintragung in das Genossenschaftsregister ab. Unzutreffend wurde von ihm behauptet, der Zweck der Genossenschaft sei ein politischer, nicht ein wirtschaftlicher. Scholtysch mußte sich in der Folgezeit scharfer polizeilicher Überwachungen, namentlich in Königshütte, „erfreuen“.

Schließlich gab es noch einen großen Prozeß gegen die Angeklagten des Laurahütten-Wahlkrawalles. Hier war nicht einmal die Form, das Handwerkszeug des Gerichtes, in Ordnung: 22 Urteile wurden lediglich aus einem formellen Grund von der Revisionsinstanz aufgehoben.

Noch 1908 klagt der Zentralverband der Maurer in einem Bericht über die Verhältnisse in Oberschlesien: „In einer Reihe von Orten war nicht ein einziges Mitglied zu bewegen, den Posten eines Hilfskassierers zu übernehmen oder sonst etwas für den Verband zu tun . . . Und warum? Weil unsere Vertrauensmänner fortgesetzt Maßregelung befürchteten. Tüchtige Arbeitskräfte werden lediglich deshalb entlassen, weil sie, wenn auch in kaum bemerkbarer Weise, für den Verband wirken . . . Die Gastwirte werden nach wie vor von den Polizeibehörden oder einzelnen Polizeibeamten durch Drohung mit Konzessionsentziehung oder andern Nachteilen so eingeschüchtert, daß sie ihre Lokale den Gewerkschaften nicht zu Versammlungen hergeben.“^{72b}

Diese Vorfälle hatten die Freien Gewerkschaften nicht an ihrer Ausbreitung gehindert. Wenn Oberschlesien auch ein steiniger Boden blieb, die Mitgliederzahl wuchs, das Wirken der Gewerkschaften brachte Erfolge. Freilich war dazu ein jahrelanger Opfergang der Funktionäre, geduldiges Ertragen von persönlicher Unbill und ein hohes Maß an Idealismus erforderlich.

Die Freien Gewerkschaften waren in zahlreiche Industriegruppen unterteilt. Bei dem Baugewerbe gab es beispielsweise zehn Unterteilungen; nämlich Bauarbeiter, Maler, Steinmetzen, Stukkateure, Vergolder, Zimmerer, Dachdecker, Maurer, Steinsetzer, Töpfer und Ziegler. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1897 weist 11 758 Vergolder auf, von denen 1 100 freigewerkschaftlich organisiert waren.

^{72b} Werner, Karl-Gustav: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968. S. 35. Siehe auch: Paeplow, Fritz: Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes. Berlin o. J.

Auch bei der Bekleidungs- und Lederindustrie unterschied man Lohgerber, Glacéhandschuhmacher, Hutmacher, Kürschner, Plätterinnen, Schneider, Sattler und Schuhmacher. Es gab 1893 bei den Schuhmachern 186 901 Beschäftigte bei den Schneidern 126 622. Sie waren gut organisiert und stellten früh zahlreiche Führungskräfte in der Arbeiterbewegung.

In der Holzindustrie unterschied man Bildhauer, Böttcher, Bürstenmacher, Drechsler, Glaser, Holzarbeiter, Korbmacher, Musikinstrumentenarbeiter, Stellmacher, Tapezierer und Tischler. In der Genußmittelindustrie differenzierte man zwischen Tabakarbeitern und Zigarrensortierern, in der Textilindustrie zwischen Posamentierern, Seilern und sonstigen Textilarbeitern. So stark handwerklich verzweigt waren die einzelnen Beschäftigungszweige, die vielfach noch ihre eigenen Krankenkassen, Arbeitsnachweise und Unterstützungskassen hatten. Es bedurfte auch in Oberschlesien eines zähen Aufklärungsprozesses, um daraus eine zentral organisierte Gewerkschaftsbewegung zu machen. Daran hatte der erste Sekretär der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Carl Legien, hervorragenden Anteil, zumal er wiederholt in Oberschlesien gewirkt hat.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Oberschlesien betrug schließlich vor Kriegsausbruch 1914^{72c}:

Freie Gewerkschaften	134 000 Mitglieder
Polnische Berufsvereinigung	120 000 Mitglieder
Christliche Gewerkschaften	50 000 Mitglieder
Hirsch-Dunckersche Gewerksvereine	30 000 Mitglieder

Die Lage der Arbeitnehmer im letzten Friedensjahr 1913

Ungeachtet aller Widerstände gegen die Gewerkschaftsbewegungen war eine Tatsache doch nicht mehr zu leugnen. Sie waren seit den Lohnkonflikten von 1911/12 zu Tarifpartnern geworden.

Das Ziel der Gewerkschaften, die Angleichung der Löhne an die des Ruhrgebietes, war nicht zu erreichen, da die Erzeugnisse des oberschlesischen Reviers durch hohe Transportkosten belastet waren, zum anderen aber die Eisenvorkommen sich erschöpften und nunmehr die Erze aus Schweden, Rußland und Österreich-Ungarn herangeholt werden mußten, was für die Industrie eine verschlechterte Wettbewerbsfähigkeit bedeutete⁷³.

Einen Ausgleich gegen die geringere Barentlohnung versuchte man durch die Verbesserung der freiwilligen Leistungen der Unternehmen zu schaffen. Die nach 1890 in die Posten der Generaldirektoren rückende Generation hatte durchaus ein echtes soziales Verantwortungsgefühl. Beispielgebend ging hier der Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben, Friedrich Bernhardi (1838—1916) voran, der sich auch als Schriftsteller auf sozialem

^{72c} Gewerkschaftssekretär Körwoll/Kattowitz in „Süddeutsche Monatshefte“, 8. Jg. 2. Bd.

⁷³ Geisenheimer, S. 386 ff.

Gebiet einen Namen machte⁷⁴. Sein Nachfolger, Uthemann (1862—1935), baute vor den Toren von Kattowitz die große Arbeiter- und Beamtsiedlung Gieschewald, die modernste und individuellste, die es damals in Deutschland gab⁷⁵.

Der Reichstagspräsident Franz Graf von Ballestrem ließ in seinen Werken vorbildliche Sozialeinrichtungen entstehen, wobei seine Direktoren Vater und Sohn Pieler wertvolle Mitarbeiter waren. Der Generalsekretär des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Dr. Hans Voltz (1861—1916), machte durch seine Arbeiten auf die besonderen sozialen Strukturen des oberschlesischen Industriegebietes aufmerksam und bemühte sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter⁷⁶.

Die Leistungen dieser und anderer Männer konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß alles, was die Unternehmen an freiwilligen Sozialleistungen aufbrachten, freiwillig und ohne gesetzliche Verankerung gegeben wurde, während andere Betriebe nicht gezwungen werden konnten, ihrem Beispiele zu folgen.

Die Abwanderung von Arbeitern in die westdeutschen Industriegebiete war deshalb nicht aufzuhalten und damit nicht der Zustrom nichtdeutscher Hilfskräfte. Im Jahre 1914 arbeiteten in der oberschlesischen Industrie über 30 000 ausländische Arbeiter⁷⁷, die des öfteren als „Lohnbrecher“ bezeichnet wurden.

Die starke Fluktuation der Arbeitskräfte, verbunden mit der Unmöglichkeit, die Unternehmen zu einheitlichem Vorgehen in der sozialen Frage zu veranlassen, machte die Unzufriedenheit eines Teiles der Arbeitnehmer zum Dauerzustand. Licht und Schatten lagen im oberschlesischen Industriegebiet eng beieinander⁷⁸. Konnte man mit Recht hervorheben, daß auf der einen Seite Oberschlesien das Industriegebiet mit den wenigsten Mietskasernen aber meisten Arbeitersiedlungen, -gärten und -konsumvereinen war, so standen auf der anderen Seite die riesigen Baracken für die neugekommenen ausländische Arbeitskräfte, unerfreuliche sanitäre Verhältnisse in den betriebseigenen Wohnhäusern einiger Aktiengesellschaften und die durch nichts zu erschütternde Auffassung der organisierten Arbeiterschaft, daß eine Reihe von Unternehmern versuchte, die deutschen und die fremdsprachigen Arbeiter gegeneinander auszuspielen.

⁷⁴ Friedrich Bernhardt's gesammelte Schriften. Kattowitz 1909.

⁷⁵ Anton Uthemann: Das Leben eines deutschen Industrieführers. In: Oberschlesische Wirtschaft, o. Jg., 1935, S. 527—530.

⁷⁶ Kohle und Erz, Jg. 13, 1916, S. 402. Nachruf auf Dr. Hans Voltz.

⁷⁷ Jahresbericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins für 1914.

⁷⁸ Ein interessantes Beispiel hierfür die Donnersmarkhütte AG., die ein ausgezeichnetes Sozialwesen besaß. So verausgabte sie im Jahre 1905 für ihre Betriebskrankenkasse 79 500 Mark, für die Knappschaftskasse 170 000, die Unfallversicherung 202 000, für ihre Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse 27 000, für die Beamten-Pensionskasse 31 500, für den Fonds für Wohlfahrtszwecke 56 250 und für die Unterstützungskasse für Arbeiter 30 000 Mark, also zusammen 596 250 Goldmark. Diese Summe ist höher als der 1910 aus der Kasse der staatlichen Altersversorgung im ganzen Deutschen Reich ausgezahlte Betrag an Renten. — Deutscher Ostmarken-Kalender 1911, S. 49.

Der Erste Weltkrieg

Beim Ausbruch des Krieges eilten genau so viel Oberschlesier kriegsfreiwillig zu den Fahnen, wie es überall in den Augusttagen geschah. Alle Streitigkeiten und zur Lösung drängende Fragen schienen vergessen.

Der polnische Bevölkerungsteil stellte nicht weniger Kriegsfreiwillige als der deutsche, weil man hier von vornherein damit rechnete, daß Deutschland und Österreich-Ungarn Polen vom russischen Joche befreien würden.

Als aber der Stellungskrieg und der Schrecken der Materialschlachten ständig steigende Verluste verursachten, die übrigens im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg in öffentlichen Verlustlisten bekanntgemacht wurden, und eine schlechtere Versorgung der Bevölkerung einsetzte, verflog die Hochstimmung der ersten Kriegsmonate schnell. Der „Schweinemord“ 1915 und der „Kohlrübenwinter“ 1916/17 erschütterten das innere Gefüge aufs schwerste. Die Parolen vom Durchhalten fruchteten nichts mehr. Die Versorgungsschwierigkeiten in den Industriegebieten nahmen katastrophale Ausmaße an.

Die monatlichen Berichte des Stellvertretenden Generalkommandos VI reden eine eindringliche Sprache und entwerfen ein düsteres Bild der Lage, das grell gerade die Unterschiede in der sozialen Stellung der Arbeiter aufzeigt, die stets von den Gewerkschaften unterstrichen worden waren. Die Militärs stellten fest, daß die Arbeiter, welche in ihren Eigenheimen lebten, Obst und Gemüse aus ihrem Garten hätten und etliche Schlachtkaninchen zur Aufbesserung der Fleischezuteilung verwenden könnten, weit besser daran seien, als ihre Kollegen, die nur auf Geldentlohnung angewiesen seien und auf Grund ihrer Unterernährung die schwere Arbeit unter Tage oder vor den Hochöfen kaum noch verrichten könnten.

Wo die großen Werke noch in den Händen der großen Familien waren, ließen die Magnaten die Erträge ihrer Landwirtschaft, soweit sie nicht ablieferungspflichtig waren, ihren Arbeitern zukommen⁷⁹.

Damit zeigte sich auch hier deutlich, wie schwer es ist, den Wert von Geld- und Naturalentlohnung gegeneinander aufzurechnen. In Notzeiten, die eine Lebensmittelknappheit mit sich bringen, ist der Wert eines Kartoffelackers oder eines Gartens nicht mit einem höheren Geldlohn auszugleichen. In Oberschlesien waren vom Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung die Arbeitnehmer betroffen, die noch nicht solange beschäftigt waren, daß ihnen die Werksleitung das Angebot machte, ein Haus in einer Siedlung zu erwerben, was in sehr starkem Maße eine Treueprämie war, oder in einem Betriebe arbeiteten, der keine Gärten oder Kartoffelland als Deputatlohn ausgab. Geld spielte jetzt nur eine untergeordnete Rolle.

⁷⁹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 77 Tit. 856 O 48, Monatsberichte des Ic des Stellvertretenden Generalkommandos VI.

Am härtesten dürften die zugewanderten nichtdeutschen Arbeiter betroffen gewesen sein, denn von ihrer wachsenden Unzufriedenheit wird immer wieder berichtet. Sie beteiligten sich auch fast alle an den großen Streiks⁸⁰.

Im Jahre 1918 arbeiteten in der oberschlesischen Industrie über 220 000 Arbeiter, davon 73,8 v. H. im Bergbau, 23,3 v. H. in der Hütten- und der Rest in der Koks- und Brikettindustrie⁸¹. Unter ihnen befanden sich 35 000 russische Kriegsgefangene⁸², über 9 000 polnische Zivilarbeiter⁸³ und eine nicht genannte Zahl österreichischer Staatsangehöriger aus Ostgalizien, die 1914 vor der näherrückenden Front geflüchtet waren und in Oberschlesien Arbeit gefunden hatten.

Im Regierungsbezirk Oppeln haben 1916 insgesamt 25 und 1917 insgesamt 51 Streiks stattgefunden. Bei Prozessen in Beuthen wurden hohe Strafen ausgesprochen.

Die Revolution und ihre ersten Auswirkungen auf das Industriegebiet

Die Arbeiter- und Soldatenräte

Am 9. und 10. November 1918 bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte in Gleiwitz, Hindenburg, Kattowitz, Tarnowitz und Rybnik, am 11. in Königshütte und Ratibor. In den nächsten Tagen entstanden sie auch in Miechowitz, Bismarckhütte, Birkenhain, Deutsch-Piskau und Groß Domberowka. Ihnen folgten Volksräte und Volksausschüsse in Leobschütz, Groß Strehlitz, Neustadt, Lublinitz, Kreuzburg und Oppeln.

Über die Rolle der Polen in den Arbeiter- und Soldatenräten Oberschlesiens weiß Günther Meinhardt⁸⁴ zu berichten:

„Vertreter der polnischen Minderheit waren in den Arbeiterräten kleinerer Gemeinden verschiedentlich vertreten. Sie gehörten dann aber für gewöhnlich dem ‚Polnischen Berufsverband‘ an, eine Gewerkschaft, die nur Mitglieder der polnischen Minderheit aufnahm und auch nicht dem ‚Zentralverband der deutschen Gewerkschaften‘ angeschlossen war, oder es handelte sich um Mitglieder der ‚Polnischen Sozialistischen Partei‘, die das polnische Gegenstück der SPD war. So waren in Schwientochlowitz sieben der 26 Mitglieder des Arbeiterrates Angehörige der Polnischen Berufsvereinigung, in Schomberg gehörten von 15 Ratsmitgliedern zwei dieser Gewerkschaft an, in Karf von elf Arbeiterräten zwei der PPS . . . Im Gleiwitzer Rat saßen zwei Polen . . . Auf dem flachen Lande fielen in den gemischtsprachigen Kreisen eine Reihe von Sitzen der Bauernräte an Polen, die meist radikale Richtungen vertraten und sich besonders deutschfeindlich zeigten. Sie wiegelten die Bauern polnischen Volkstums auf,

⁸⁰ ebenda, Berichte vom Juni und Juli 1917 und Juli 1918.

⁸¹ Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins 1918.

⁸² Reichsarbeitsblatt, Berlin 1917, S. 724.

⁸³ wie 85) S. 73.

⁸⁴ Meinhardt, Günther: Oberschlesien 1918/19. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XVI/1971.

ihre Ablieferungspflichten nicht mehr zu erfüllen, was die Versorgung der ober-schlesischen Industriestädte gerade in der Weihnachtszeit 1918 sehr gefährdete. Diese Agitation hat viel dazu beigetragen, die Spannungen zwischen Deutschen und Polen zu verschärfen.“

In dieser Periode einer Doppelherrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten sowie von früher existent gebliebenen Behördeninstanzen, der Unsicherheit, wie dieses Ringen nun auch in Berlin ausgehen würde, in diesem wochenlang anhaltenden höchst gefährlichen Schwebzustand lagen mancherlei Chancen für entschlossen handelnde Dritte. Dazu waren die Kommunisten bereit, die Polen nicht minder, jedoch diese in einer unauffällig geschickten Anpassung an die reale Situation in den einzelnen Teilen Oberschlesiens.

Aus den Protokollen über die Sitzungen der Volksbeauftragten in Berlin⁸⁵, aus den Berichten über die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 25. November 1918 in Berlin⁸⁶ ist zu entnehmen, wie stark manche Vorgänge in Oberschlesien in Berlin eine Rolle gespielt haben. In der Kabinettsitzung vom 21. November 1918⁸⁷ wird im Rahmen der sich allerorts auf-türmenden Probleme bei der Umstellung von Kriegs- in die Friedenswirtschaft eingehend über die Kohleförderung in Oberschlesien gesprochen. In der Kabinettssitzung vom 25. November 1918 kann berichtet werden:

„Die Lage in Oberschlesien heute günstiger als Sonnabend. 4 200 Waggons sind beladen worden, angefordert waren 4 500 Waggons. Im Frieden war die höchste Sommerleistung 12—14 000 Waggons. Freilich sei das ganze Land leer von Kohlen und die Knappheit bedrohlich.“

Diese labile Situation wurde noch durch Teilstreiks, unmäßige Forderungen, Übergriffe, ja durch Mißhandlungen namhafter Persönlichkeiten gefährdet. Aus einer Fülle von Meldungen sei herausgegriffen, daß auf der Kabinettsitzung vom 15. Januar 1919 mitgeteilt wurde⁸⁸, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Gleiwitz „Mitte Dezember den sechsständigen Arbeitstag eingeführt hat“. Schon bei einer Besprechung von Regierungsvertretern mit Mitgliedern des „Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ am 22. November 1918 in Kattowitz war über die „uferlosen und überall verschiedenen Forderungen“ geklagt worden. Es herrschte die Sorge vor, „daß Maschinen zerstört und ganze Gruben vernichtet werden, weil der Schutz der arbeitswilligen Maschinisten und dgl. nicht gesichert ist und dadurch die Hauptgefahr des Versaufens der Gruben vorliegt.“

In diesen aus der Revolutionspsychose und einem mitunter anarchischen Freiheitsgefühl erklärbaren Hin und Her in einzelnen Orten Oberschlesiens traten die Polen als Bewahrer der Ordnung auf. In der Kabinettsitzung vom

⁸⁵ Bundesarchiv Koblenz R 43/I 1324 ff.

⁸⁶ Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966. Vergl. auch: Die Protokolle der 1. Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 25. November 1918 in Berlin.

⁸⁷ Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 1324.

⁸⁸ Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 1326.

28. Dezember 1918 konnte der Vorsitzende Voigt vom Zentralsoldatenrat für Schlesien mitteilen⁸⁹:

„Gerade von den Polen haben wir ganz bestimmte Mitteilungen bekommen, wenn sich die Verhältnisse in Oberschlesien auf den Bergwerken und Gruben weiter in der Weise entwickeln, wie sie vor den Weihnachtstagen anfangen sich zu entwickeln, Sabotage und übertriebene Forderungen der Arbeiter, dann fühlten sich die Polen verpflichtet, in Oberschlesien einzumarschieren, um die Gruben für sich zu retten, die sie unter keinen Umständen ersaufen lassen können und dürfen.“

Besonnene Kräfte übernehmen die Leitung

In diesen Tagen und Wochen der Auflösung und des Übergangs war es ein Glück, daß sich unter den neuen Männern eine Reihe von Persönlichkeiten befanden, die Ansehen bei den aufgeregten Volksmassen besaßen und zu Besonnenheit und Mäßigung raten konnten. Dazu zählt in erster Linie Paul Löbe, der am 20. November 1918 auf einer Sitzung des Volksrates erklären konnte:

„Wir wollen . . . die gesetzmäßige Entwicklung, ohne Gewaltsamkeiten, ohne Bolschewismus und ohne irgend welches Blutvergießen, denn soweit ich die Verhältnisse in Oberschlesien überschauen kann, scheint es sicher zu sein, daß wir uns vor dieser Entwicklung bewahren können durch gemeinschaftliche Kraft.“

Am 6. Dezember 1918 hatte sich in Kattowitz ein „Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat für Oberschlesien“ gebildet. Vorsitzender wurde der 1874 im ostpreussischen Groß Schillingenken geborene Otto Hörsing, der nach beruflichen Wanderjahren als Metallarbeiter, dann als Angestellter seiner Gewerkschaft 1905 Sekretär beim Deutschen Metallarbeiterverband in Kattowitz geworden war. Von 1908 bis 1914 wirkte er als Bezirkssekretär der SPD in Oppeln. Den Krieg 1914/18 hatte er mitgemacht und war Ende 1918 auf Wunsch seiner oberschlesischen Gesinnungsfreunde entlassen worden.

Otto Hörsing war ein energischer, unkomplizierter, mitunter grobschlächtiger Mann. Taktische Feinheiten und diplomatisches Geschick lagen ihm nicht, was sich auch bei seinem Wirken in Oberschlesien mitunter als nachteilig erwies. Was ihn in jenen überaus kritischen Tagen auszeichnete, waren Unerschrockenheit, Mannesmut und die Fähigkeit zu schnellem Handeln. Mit Energie bemühte er sich, Ordnung in die chaotischen Verhältnisse zu bringen und im Hinblick auf die gefährdete Ernährung der Bevölkerung den oftmals unterbrochenen und in seiner Leistung abgesunkenen Arbeitsprozeß zu normalisieren. Das trug ihm im Juni 1919 die Berufung zum Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Posen ein. Auch war er 1919 Mitglied der Nationalversammlung geworden und hat von 1920/21 dem Reichstag, ab 1925 dem preussischen Landtag angehört. In Oberschlesien hat er bis zum Februar 1920 gewirkt, bis er als Oberpräsident der Provinz Sachsen nach Magdeburg berufen wurde.

⁸⁹ Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 1325.



Abb. 22: Nikolaus Osterroth



Abb. 23: Johannes Stelling



Abb. 24: Julius Franz

Erfreulich ist es, noch ein Halbjahrhundert später feststellen zu können, daß sich auch in zeitlicher Distanz in der Beurteilung Hörsings nichts geändert hat. In der Zeitung „Unser Oberschlesien“ sagt Gerhard Webersinn, daß Hörsing „zu jener Zeit der rechte Mann am rechten Platz war“⁹⁰. Günther Meinhardt urteilt^{91a}:

„Rückblickend muß man sagen, daß diese Wahl nicht schlecht war. Hörsing kannte dieses Industriegebiet und seine Arbeiterbevölkerung sehr genau, wobei ihm besonders zugute kam, daß ihm aus seiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär auch die Funktionäre der polnischen Gewerkschaft gut bekannt waren . . . Kompromißlos trat er für den Verbleib des gesamten Oberschlesien bei Deutschland ein.“

Erst im Jahre 1971 ist es gelungen, aus dem Nachlaß des 1937 in Berlin verstorbenen Otto Hörsing wertvolle Dokumente und Materialien zu erwerben. Darunter befinden sich aus seiner Tätigkeit als Parteisekretär in Oberschlesien zahlreiche bedeutsame Unterlagen, die das Verhältnis zwischen SPD und PPS betreffen und die Zeit von 1909 bis 1913 umfassen. Auch Einzelnummern zahlreicher Zeitungen sind vorhanden. Besonders aufschlußreich sind aber die Materialien aus den Jahren 1919/20, die noch mancherlei zur Lagebeurteilung in Schlesien beitragen dürften. Darüber hinaus gibt der Briefwechsel mit namhaften Persönlichkeiten der Weimarer Republik aus der Zeitperiode bis 1933 interessante Aufschlüsse. Von besonderer Pikanterie ist wohl ein handgeschrie-

⁹⁰ 19. Jg. Nr. 8 vom 17. April 1969.

^{91a} Meinhardt, a. a. O. S. 223.

benes Manuskript Hörsings „Lenin als Mensch und Politiker“, das seine Begegnungen mit ihm in den Jahren zwischen 1912 und 1914 darstellt, als Lenin von Krakau aus briefliche Verbindungen nach Rußland über Hörsing und seine politischen Freunde mit Erfolg herzustellen versucht hat^{91b}.

Sachkenntnis und Charakterfestigkeit können auch einem Mann bescheinigt werden, dessen Hauptwirken in den Bereich Schlesien und hier speziell ins Waldenburger Bergrevier fällt. Nikolaus Osterroth — der hernach während der Weimarer Zeit als preußischer Landtagsabgeordneter und (wie wir heute sagen würden) als Holding-Arbeitsdirektor der Preussag eine maßgebliche Rolle spielen sollte —, hat sein Ansehen bei den Bergarbeitern zugunsten Oberschlesiens in die Waagschale geworfen. Man lese einmal seine Berichte — „Der Kampf um Oberschlesien“⁹² oder „Oberschlesische Kohle“⁹³ oder „Oberschlesien und wir“⁹⁴ — nach, um zu erkennen, mit welcher Leidenschaft sich dieser Bergarbeiterführer — der damals schon als Referent im Reichswirtschaftsministerium fungierte — für Oberschlesien eingesetzt hat. Dabei konnte er nicht umhin, auch die Sünden der Vergangenheit anzuprangern, die zu einer so schwierigen Sachlage beigetragen haben und leider auch noch in den Wahlresultaten der Weimarer Zeit zum Ausdruck kamen.

Auch unter den Arbeiter- und Soldatenräten befanden sich neben Zufallserscheinungen und unerfreulichen Elementen Männer, die sich dank ihrer jahrelangen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung Vertrauen erworben hatten. Zu ihnen gehörten in Kattowitz der Bezirksstellenleiter des Bergarbeiterverbandes Franz Danisch, der Angestellte des Zimmererverbandes Joseph Schwob und der Bergarbeitersekretär Heinrich Löffler. Dieser ist zum Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes in Berlin aufgestiegen und hat 1919/20 der Nationalversammlung und dem Deutschen Reichstag angehört.

In Gleiwitz haben Roman Becker (geboren in Lodz, seit 1886 in Gleiwitz lebend, 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags), der Redakteur Karl Okonsky (ebenfalls 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags), in Beuthen Ernst Trappe (Geschäftsführer des Transportarbeiterverbandes für Oberschlesien), in Grottkau der heute in Kempen wirkende Paul Klawisch, in Oppeln der SPD-Sekretär für den Regierungsbezirk Oppeln, Anton Bias (1919/20 Mitglied der Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags), in Hindenburg Julius Franz, der spätere Bürgermeister, eine maßgebliche Rolle gespielt.

Eine ehrenhafte Erwähnung verdienen ferner das Ehepaar Hauke in Kattowitz (Frieda Hauke war 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages) sowie Fritz Voigt (1882—1945), der als Vorsitzender des Zentralen

^{91b} Krüschet, Gunter: Der Nachlaß Otto Hörsing. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 15/April 1972, S. 48—51.

⁹² In: „Die Neue Zeit“, 38. Jg., Nr. 23 vom 10. September 1920.

⁹³ In: „Neue Berliner Zeitung“, 2. Jg., Nr. 174 vom 6. August 1920.

⁹⁴ In: „Vorwärts“, 37. Jg., Nr. 407 vom 16. August 1920.

Soldatenrates für Schlesien viel mit Oberschlesien zu tun hatte. Voigt wurde 1919 Mitglied der Nationalversammlung, dann Polizeipräsident von Breslau und ist am 1. März 1945 im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 hingerichtet worden.

Die Kommunisten organisieren sich

Hatten sich in Oberschlesien bereits seit 1917 radikale Strömungen unter der Industriearbeiterschaft bemerkbar gemacht, so betrieben seit 1918 besonders die Spartakusanhänger ihr politisches Handwerk. In Beuthen wurde am 20. Dezember 1918 ein Spartakusbund für Oberschlesien gebildet, bald trat die KPD in ganz Oberschlesien mit äußerster Aktivität in Erscheinung. Ende April 1919 konnte sie melden, daß sie in 40 Ortsgruppen ca. 20 000 Mitglieder vereint habe.

Auffallend war bei den Streiks, die im Beuthener Revier vom 21. November bis 2. Dezember 1918 mit zunächst durchaus berechtigten gewerkschaftlichen Forderungen auf Anpassung der Löhne an die durch Geldentwertung gestiegenen Lebenshaltungskosten geführt wurden, daß ein Zusammenspiel zwischen kommunistischen und polnischen Kräften beobachtet werden konnte. So hielt z. B. außer dem Gewerkschaftssekretär Anton Jadasch (geb. 1888 in Krapitz O.S., seit 1919 Parteisekretär der KPD und nachfolgend Sekretär einer kommunistisch beeinflussten Gewerkschaft „Union der Hand- und Kopfarbeiter“, 1924—1932 M.d.R.) zusammen mit dem Polen Antoni Czajor eine Ansprache, die der Gründung einer neuen Partei, „wie Lenin sie für Rußland geschaffen habe“, diente. In der Tat wiesen Beuthen und Königshütte schon früh Spartakusgruppen auf, so daß deren Delegierte bereits Ende 1918 am Gründungsparteitag der KPD in Berlin teilnehmen konnten. Es erscheint bezeichnend, daß kommunistische Gruppen gerade in gemischtsprachigen Grenzgebieten, so z. B. in Eichenau, Michalkowitz, Rodzin, Schoppinitz, Myslowitz, Birkenthal, Josefsdorf, Gieschewald, Janow, Antonienhütte und Neuhof entstanden⁹⁵.

Bei Streiks am Jahresbeginn 1919 traten solche Gruppen nicht mehr mit rein gewerkschaftlichen, sondern auch mit politischen Forderungen auf, wie z. B. nach dem Rücktritt Eberts. Nur der besonnenen Haltung der organisierten Gewerkschaftler gelang es, solche Streikversuche rasch zu beenden. Bei einem ähnlichen Anlaß in Miechowitz, Kreis Beuthen, haben bewaffnete kommunistisch eingestellte polnische Arbeiter die Preußengrube besetzt⁹⁶, die dann „mit Maschinengewehren auf jeden schossen, der sich den Eingangstoren näherte“.

Am 12. Februar 1919 hatte „Die Rote Fahne“ in einem Beitrag „Die deutsche Revolution und die polnische Frage“ erklärt⁹⁷, daß die Zugehörigkeit eines

⁹⁵ Meinhardt, S. 218—19.

⁹⁶ ebenda, S. 222.

⁹⁷ „Rote Fahne“, Berlin, Nr. 26 vom 12. Februar 1919.

Gebietes zu diesem oder jenem Staat für Kommunisten gar keine Rolle spiele, es gäbe nur eine Lösung der deutsch-polnischen Frage in Gestalt der Diktatur des Proletariats sowohl in Rußland als auch in Deutschland, wobei Polen eine Brückenfunktion zufalle. In diesem Sinne wurden Verbrüderungstreffen zwischen Siemianowitz und dem Dobrowaer Gebiet versucht und zu beiden Seiten der Grenze Streiks geschürt. Diese brachen jedoch Mitte März und auch im August 1919 zusammen. Bezeichnend erscheint auch, daß auf dem 2. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vom 8. bis 14. April 1919 in Berlin Anton Jadasch die gleichberechtigte Einführung des Polnischen als Amtssprache forderte.

Überraschend ist ferner, wie schnell kommunistische Presseorgane in Oberschlesien begründet werden konnten, z. B. „Der Kommunist“ als zentrales Blatt, aber auch journalistische Eintagsfliegen wie die „Bergfreiheit“ in Oppeln, die „Posaune“ in Hindenburg oder der „Galgen“, sie taten ihre Wirkung. Dem Bergarbeiterstreik im November 1918 folgten laufend Einzelstreiks, die das Arbeitsleben weitgehend lahmlegten und zur Desorganisation führten. Auf einer Vertrauensmänner-Konferenz des Bezirks Oberschlesien des Bergarbeiter-Verbandes mußte sich dieser gegen andauernde wilde Streiks wenden. Die Kommunisten suchten bewußt die Konfrontation und solidarisierten sich mit den Polen. Schließlich kam es am 3. Januar 1919 in Königshütte zu Zusammenstößen, die 20 Tote und 40 Verletzte forderten. Im April 1919 gab es blutige Auseinandersetzungen auch in Gleiwitz und Hindenburg. Hinzu kamen polnische Versuche, nicht erst die Friedensverhandlungen abzuwarten, sondern sich durch vorherige Aufstände ihren Anteil zu sichern.

Wie sah man die Lage in Berlin?

In diesen überaus bewegten Wochen und Monaten eines verfassungsgeschichtlichen Übergangs nach dem Zusammenbruch und dem Ende des Kaiserreiches 1918 bereitete Oberschlesien wiederholt zunehmende Sorgen, die sowohl den Rat der Volksbeauftragten in Berlin als auch die Verantwortlichen in Preußen sowie in der Provinz Schlesien immer häufiger beschäftigten mußten. Im Zusammenhang mit dem politischen Machtwechsel am 9. November 1918 und den sich damit stellenden Problemen einer sozial gerechten Kräfteverteilung handelte es sich keineswegs nur um ökonomische Fragen, die dringend einer Lösung zugeführt werden mußten, sondern gravierend traten Auseinandersetzungen mit dem polnischen Bevölkerungsteil hinzu, der in den Sog des sich erst jetzt in Umrissen bildenden polnischen Staates geriet.

Bereits am 14. November 1918 hatte sich der Rat der Volksbeauftragten unter Vorsitz von Ebert auf einer erweiterten Sitzung unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Preußischen Landesregierung der Versorgungsprobleme annehmen müssen, die u. a. auch infolge von Schwierigkeiten in Oberschlesien entstanden waren. Ebert hatte das Gespräch mit der Bemerkung eingeleitet⁹⁸:

⁹⁸ Bundesarchiv Koblenz R 43/I 1324.

„In Gleiwitz findet morgen eine Versammlung aller oberschlesischen Arbeiter- und Soldatenräte statt, die sich mit der gegenwärtigen Lage dort befaßt. Vertreter von Industrie und Landwirtschaft sowie der Kommunalbehörden sind dazu geladen. Es ist auch gebeten worden, einen Vertreter der Reichsregierung dorthin zu entsenden.“

Anschließend gab der Reichskommissar für die Kohlenverteilung einen Situationsbericht und führte dabei aus:

„Wenn dann auch noch Oberschlesien durch irgend welche polnischen Maßnahmen ausfallen würde, ist Berlin ohne Gas. In Oberschlesien drohen zwei Gefahren, einmal eine Bandengefahr, der man wohl nicht allzu schwer Herr werden könnte, sodann die viel größere Gefahr der Politisierung nach polnischer Richtung innerhalb Oberschlesiens. Es bestehen Andeutungen, daß man versuchen wird, durch eine einfache Abstimmung Oberschlesien zum neuen Königreich Polen hinüber zu eskamotieren. Dann kommen wir in Berlin zu einer furchtbaren Katastrophe.“

In der Aussprache war der Volksbeauftragte Haase dafür eingetreten, noch einmal ein gütliches Gespräch mit den Volksräten und dem polnischen Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty (1873—1939, Beuthen, seit 1905 MdR) zu suchen, damit nicht die Polen und auch die Entente sich anderer Mittel bedienen. Ebert trat ebenfalls für alle Verständigungsmöglichkeiten ein, meinte aber:

„Eine Truppe müssen wir trotzdem schaffen, sonst können wir nicht sichern, was wir absolut brauchen. An dem guten Willen des Ausschusses in Posen und Korfantys zweifle ich nicht, aber man weiß nicht, wie weit sie ihren Willen in die Tat umsetzen können.“

Dem schloß sich auch Staatssekretär Bauer (1870—1944, stellv. Vorsitzender der freien Gewerkschaften, 1918 Staatssekretär, 1919 Reichskanzler, 1921/22 Vizekanzler, seit 1912 MdR) an. Energisch forderte er:

„Es wäre von uns sehr leichtfertig, wollten wir uns friedfertig von den Polen die Kehle zuschnüren lassen. Wenn wir uns dagegen wehren, so kann sich darüber kein Staat der Entente, noch sonst jemand beschweren. Das entspricht durchaus dem Waffenstillstandsvertrag, nach dem wir uns hinter die Grenze von 1914 zurückziehen sollen. Die Entscheidung darüber, welche Gebiete ausscheiden sollen, trifft erst die Friedenskonferenz.“

Um die zukünftige Gestaltung Oberschlesiens

Am 28. Dezember 1918 beschäftigte sich das Reichskabinett wiederum dringlich mit der oberschlesischen Frage. An ihr haben für die Preußische Regierung Minister Hirsch und Breitscheid, für den Volksrat Breslau Assessor Dr. Ollendorff, für den Zentralsoldatenrat für Schlesien Bauarbeitersekretär (späterer Breslauer Polizeipräsident) Voigt, ferner der Breslauer Arzt Dr. Landsberg teilgenommen⁹⁹.

⁹⁹ Bundesarchiv Koblenz, R 43/I 1325.

Haupttagesordnungspunkt war die Lage Oberschlesiens nach den aufgetretenen Autonomiebestrebungen, hatte doch die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz am 22. Dezember und der „Oberschlesische Kurier“ in Königshütte am 20. Dezember 1918 einen Aufruf verbreitet, in dem es u. a. hieß:

„Oberschlesier, gründet einen selbständigen Freistaat! In einem eigenen, selbständigen Freistaat werden die Reichtümer Oberschlesiens zuerst uns zu kommen.“

Nachdem Ebert die Sitzung eröffnet hatte, berichtete Dr. Ollendorff über die Situation in Oberschlesien wie folgt:

„Die Lage in Oberschlesien hat sich in den letzten Wochen verschärft. Die großpolnische Propaganda hat bedeutend um sich gegriffen. Die Haltung des Zentrums ist dadurch sehr schwierig geworden, weil die Erlasse aus Berlin in den letzten Wochen über die Trennung von Staat und Kirche in Oberschlesien sehr stark ausgenutzt worden sind. Die Bestrebungen auf Abtrennung von Oberschlesien gehen zunächst von Kreisen aus, die dem Zentrum nahestehen, sie finden aber auch Unterstützung in Kreisen, die der großpolnischen Bewegung nicht fernstehen und gewinnen auch vielleicht aus den bürgerlichen Lagern einige Mitläufer. Die Parole: ‚Oberschlesien den Oberschlesiern!‘ ist von den Zentrumsblättern in Oberschlesien ausgegeben und durch Flugblätter begründet worden. Man strebt die Bildung einer oberschlesischen Partei an, um eine oberschlesische Republik zu bilden, die durch den polnischen Staat, den tschechischen Staat usw. gesichert ist. Angesichts dieser Gefahr ist der Gedanke der Republik Schlesien in weitere Kreise gedrungen und wird ernstlich erwogen.“

Der Vorsitzende des schlesischen Zentralsoldatenrates, Voigt, schätzte die Lage folgendermaßen ein:

„Die Sozialdemokratie in Schlesien wird sich in ihren Beschlüssen in der Hauptsache von dem Gedanken leiten lassen, Oberschlesien und Schlesien überhaupt dem Reiche zu erhalten. Wenn wir nicht sehr schnell handeln, laufen wir Gefahr, daß uns Oberschlesien schon zum 1. Januar vor eine vollendete Tatsache stellt, und bei der bekannten Machtlosigkeit haben wir kaum Mittel in der Hand, so etwas zu verhindern. Außerdem greifen unter den Bergarbeitern die sehr radikalen Bewegungen immer mehr um sich, es werden Forderungen gestellt, die ganz unmöglich sind, Löhne von 800 bis 1 000 Mark, sonst Niederlegung der Arbeit, die auch schon bei einigen Gruben erfolgt ist. Das sind keine praktisch erfüllbaren Forderungen, sondern sie sind dazu bestimmt, es unter allen Umständen zum Bruche kommen zu lassen. Das ist absolut klar, Nicht so absolut sicher ist uns bekannt, ob diese Bestrebungen und Tendenzen von den Polen nach Oberschlesien hineingetragen worden sind oder von anderer Seite; wir haben das bisher noch nicht absolut sicher feststellen können. Wir müssen aber mit der Möglichkeit rechnen, daß tatsächlich aus diesen Bewegungen heraus letzten Endes eine Selbständigmachung Oberschlesiens sich entwickelt, und dem wollen wir entgegenarbeiten. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß wir das nicht zulassen können und nicht zulassen dürfen. Wir müssen geeignete Schritte tun, möglichst noch vor dem 1. Januar, um das zu verhindern, weil nach uns zugegangenen Mitteilungen der 1. Januar der Zeitpunkt sein wird, wo man mit derartigen Bekanntmachungen hervortritt.“

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung

Die Wahlergebnisse

Am 30. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Innern ein Reichswahlgesetz sowie eine Wahlordnung erlassen, die für die am 19. Januar 1919 durchzuführenden Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung Geltung hatten. Nun begann der Aufmarsch der Parteien. Aus den bisherigen Deutschkonservativen war eine „Deutschnationale Volkspartei“ hervorgegangen, das Zentrum trat als „Christliche Volkspartei (Zentrum)“, in Oberschlesien als „Katholische Volkspartei“, auf. Aus den bürgerlichen Mittelparteien waren eine „Deutsche Volkspartei“ und eine „Deutsche Demokratische Partei“ geworden. Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ fungierte unter ihrem traditionsreichen Namen, sie hatte allerdings als Konkurrenz eine „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ im Nacken. An den Wahlen beteiligten sich nicht die Polen und ebenfalls nicht der Spartakusbund (der Vorläufer der KPD).

In Oberschlesien wurde — wie bisher in den Grenzen des Wahlkreises 10, also des Regierungsbezirks Oppeln, folgendermaßen abgestimmt:

Katholische Volkspartei = 321 334 Stimmen. Gewählt:

Pfarrer Karl Ulitzka in Ratibor-Altendorf, Rechtsanwalt Dr. Johannes Herschel in Breslau, Gewerkschaftssekretär Franz Ehrhardt in Kattowitz, Geheimer Justizrat Joseph Bitta in Breslau, Tischlermeister Konstantin Zawadzki in Beuthen, Rektor Thomas Szczeponek in Myslowitz, Bauerngutsbesitzer Franz Strzoda in Deutsch Müllmen, Tischler Joseph Kubetzko in Gleiwitz.

SPD = 216 970 Stimmen. Gewählt:

Parteisekretär Otto Hörsing in Beuthen, Hausfrau Frieda Hauke in Kattowitz, Gewerkschaftssekretär Heinrich Löffler in Kattowitz, Parteisekretär Anton Bias in Beuthen-Roßburg, Maler Roman Becker in Gleiwitz.

USPD = 32 517 Stimmen. Gewählt: niemand.

DDP = 45 780 Stimmen. Gewählt:

Oberbürgermeister Alexander Pohlmann in Kattowitz.

DNVP = 45 516 Stimmen. Gewählt:

Geh. Sanitätsrat Dr. Rudolf Hartmann in Königshütte-Heiduk.

Bei der 1. Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 wurden im Wahlkreis 1 (Ostpreußen) sowie Wahlkreis 10 (Oppeln) mit Rücksicht auf die vorgesehenen Volksabstimmungen die Wahlen aufgeschoben. Die zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten dieser Wahlkreise galten auch als Mitglieder des 1. Reichstages.

Oberschlesien vor der Nationalversammlung

Am 6. Februar 1919 hatte Friedrich Ebert die „Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation“ eröffnet und dabei erklärt, daß diese Versammlung „der höchste und einzige Souverän in Deutschland“ sei und nach den Provisorien der Revolution nunmehr „der Weg der Gesetzmäßigkeit“ beschritten werde. Nach einer Übersicht über die Tätigkeit der bisherigen provisorischen

Regierung betonte Ebert, es gelte nun, zusammenzustehen und das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen.

Oberschlesien spielte in der 27. Sitzung vom 13. März 1919 hinsichtlich der Frage der zukünftigen Form seiner Wirtschaft, d. h. einer eventuellen Sozialisierung des Bergbaus, eine erhebliche Rolle. Der Abgeordnete Osterroth wandte sich gegen blasse Theoreme von radikaler Seite, allerdings mußte er bei der Schilderung von gegenwärtig unerfreulichen Zuständen auch die Schuld der Unternehmer geißeln. Den Vögler, Thyssen und Hugenberg hielt er vor:

„Hätten sie nur statt Mißhandlungen, statt Verfolgungen zehn Jahre früher das Verständnis bekommen für die segensreiche Mission der Gewerkschaftsbewegung, dann hätten sie sich viel Spartakismus erspart.“

Am 12. Mai 1919 fand eine Kundgebung gegen den beabsichtigten Gewaltfrieden statt¹⁰⁰. Oberschlesien wurde von den Abgeordneten Müller-Breslau (SPD), Bitta-Oppeln (Zentrum) und Löffler-Kattowitz (SPD) sowie Haase-Berlin (USPD) besonders herausgestellt. Bitta gab einen Überblick über Geschichte und Wirtschaft Oberschlesiens und stellte fest: „Für die Abtretung Oberschlesiens fehlt jeder innere und staatsrechtliche Grund.“ Der Abgeordnete Löffler behandelte als Kenner des Saargebiets und Oberschlesiens nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung dieser Landschaften, sondern forderte auch, entsprechend den 14 Punkten Wilsons, das Selbstbestimmungsrecht anzuwenden. Hugo Haase sagte: „Als Ostpreuße weise ich besonders auf die Vergewaltigung hin“, hier wird eine Bevölkerung „einfach durch einen Gewaltakt wie eine leblose Masse an einen anderen Staat verschoben“.

Mit den Problemen einer Neubildung von Ländern innerhalb des Deutschen Reiches und dabei auch in Oberschlesien aufgekommenen Auffassungen beschäftigte sich die Nationalversammlung in ihren Verhandlungen vom 22. und 31. Juli 1919¹⁰¹. Nachdem der Abgeordnete Heinze von der DVP Leistung, Pflichttreue und Selbstentsagung des preußischen Staates hervorgehoben und mancherlei „Härten aus harten Notwendigkeiten“ nicht gelegnet hatte, bat er darum, „die Wünsche einzelner Landschaften zurückzustellen und dessen gedenk zu sein, daß wir ein starkes Staatsgefühl in Deutschland brauchen“. Der hessische Justizminister von Brentano di Tremezzo behandelte in der Debatte „die Bestrebungen von Oberschlesiern, die teilweise unter Führung von hohen preußischen Beamten sich für eine Autonomie, für eine mögliche Selbständigkeit aussprachen in der Absicht, wie sie sagen und was ich auch glaube, dadurch Oberschlesien für das Deutsche Reich und für das deutsche Leben zu bewahren und zu retten“.

Zur „zweckmäßigen Gliederung des Reiches“ nahm der Zentrumsabgeordnete Ulitzka-Ratibor Stellung. Aus seinen Ausführungen ist bemerkenswert:

„Ich möchte bei der Gelegenheit hervorheben, daß gerade Oberschlesien zur Zeit in schwerster Gefahr ist, in einer Gefahr, die täglich riesenhaft wächst,

¹⁰⁰ Protokoll der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung, die in der Neuen Aula der Berliner Universität stattfand.

¹⁰¹ Protokoll der 63. Sitzung vom 22. und der 71. Sitzung vom 31. Juli 1919.

insbesondere dadurch, daß die Staatsregierung diesem Streben nach Gebietsänderung nicht genügend entgegengekommen ist."

Das erregte den Widerspruch des Abgeordneten Hörsing (SPD):

„Die Verhältnisse in Oberschlesien liegen in Bezug auf die Bewegung gerade entgegengesetzt, wie der Herr Abgeordnete Ulitzka hier behauptet hat. Gewiß besteht in Oberschlesien eine Bewegung, aber eine Bewegung, die ganz etwas anderes ist, als das, was Kollege Ulitzka sagte, eine Bewegung, die glatt darauf hinausläuft, Oberschlesien zu einer selbständigen Republik zu machen, es von Preußen und Deutschland loszureißen. Diese Bewegung geht aber nicht etwa von der Masse der Bevölkerung aus, sondern lediglich von einer Handvoll Kapitalisten, Industrieller wie Großgrundbesitzer. Die Masse des Volkes, die Arbeiterschaft und der Mittelstand, haben mit dieser Bewegung nichts zu tun!"

Zum Schluß dieser Debatte nahm der Preußische Minister des Innern, Heine, Stellung:

„Das bringt mich zunächst auf die oberschlesische Frage, die mein Freund Hörsing eben berührt hat. Dieser Ruf nach Sonderrepubliken, angeblich immer innerhalb des Deutschen Reichs — jawohl, angeblich — dieser Ruf nach Sonderrepubliken innerhalb des Deutschen Reichs, gehört zu den Dingen, die so häufig erschallen, daß schließlich die Gefahr besteht, es könnte das Publikum daran glauben als an etwas Unabänderliches. Darum bitte ich Sie, sich einmal konkret und sinnlich vorzustellen, was denn jetzt mit dieser selbständigen Republik Oberschlesien für Folgen verbunden sein würden. Ich erinnere daran, daß als der Gedanke einer selbständigen Republik Oberschlesien aufgetaucht ist, er zunächst auf das entschiedenste von den Oberschlesiern selbst abgelehnt worden ist. Dann kam das Projekt, uns zu bewegen, für Oberschlesien weitgehende Sonderrechte zu gewähren. Die preußische Regierung hat sich dem nicht verschlossen, sondern ist bereit gewesen, soweit das im Verwaltungswege möglich war, den oberschlesischen Wünschen nach Gebrauch ihrer Muttersprache, nach Besonderheiten auf dem Gebiete des Schulwesens und namentlich auch in der Besetzung der Ämter entgegenzukommen.

Dann tauchte das Projekt einer selbständigen Provinz Oberschlesien auf. Die preußische Regierung hat im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform, die ja im großen und ganzen von dem Prinzip der Dezentralisation und der Selbstverwaltung ausgehen will, längst den Plan gehabt, den Provinzen, soweit das mit dem Bestehen einer zentralisierten Verwaltung vereinbar ist, eine Selbstverwaltung und eine weitgehende statutarische Rechtsautonomie einzuräumen. Wir haben bei Gelegenheit der Verhandlungen mit den oberschlesischen Abgeordneten dies öffentlich ausgesprochen, ja wir haben sogar, indem wir ein Stück der Verwaltungsreform vorausnahmen, ein besonderes preußisches Gesetz der Landesversammlung vorgelegt, welches die Autonomie der Provinzialverbände festlegen soll. Jetzt ist das gewissen Kreisen in Oberschlesien wieder nicht genug, sie verlangen sofort die selbständige Provinz Oberschlesien oder sofort den selbständigen Staat Oberschlesien; anderenfalls würden die Oberschlesier bei der Abstimmung für Polen votieren. Das ist die Art, wie man mit der Handgranate in der Hand vor uns hintritt und sagt: Wenn ihr nicht das und das macht, was wir wollen, ja dann geht dies und das betreffende Stück Deutschlands für das Vaterland verloren. In dieser Beziehung haben wir uns starke Nerven und ein dickes Fell angewöhnen müssen."

Alle diese Stellungnahmen und Debatten vermochten aber nicht daran vorbeizukommen, daß bereits die kaiserliche Regierung im Oktober 1918 — aufgeschreckt durch Forderungen polnischer MDR — eine größere Selbständigkeit für Oberschlesien in Erwägung gezogen und auch an Ort und Stelle diesbezügliche Überlegungen angestellt hatte. Da Hörsing als Reichs- und Staatskommissar entsprechend seiner politischen Grundeinstellung von Vorstellungen eines zentralistischen Einheitsstaates erfüllt war, wurden auf sozialdemokratischer Seite derartige Überlegungen nicht fortgesetzt. Das Zentrum aber (in Oberschlesien nach 1918 als „Katholische Volkspartei“ auftretend) sah sich bereits auf seiner Tagung am 10. September 1919 in Kandrzin (umbenannt in Heydebreck) vor die Tatsache gestellt, daß die Mehrheit für eine bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens, einige sogar, wie Dr. Latacz-Loslau, für eine völkerrechtliche Autonomie eintraten; u. a. wurde auch die Besetzung der Beamtenstellen durch Oberschlesier gefordert. Angesichts einer solchen Sachlage schwenkte das Zentrum auf die Linie einer weitgehenden Selbstverwaltung für Oberschlesien ein, da es dadurch „vielleicht möglich sei, durch Gewährung der Provinzialautonomie alle Zentrumskreise zur Mitarbeit zu gewinnen“.

Über diese Strömungen schreibt Ernst Birke¹⁰²:

„Eine kleinere Gruppe ging darin unter der Losung ‚Oberschlesien den Oberschlesiern‘ noch viel weiter, in dem Glauben, mit einer vollständigen Trennung von Preußen und notfalls sogar dem Deutschen Reich die zweisprachige Bevölkerung am besten vor der nationalpolnischen Verführung zu bewahren. Zu diesem Zweck wurde von Männern wie dem Loslauer Dr. Latacz, Kaplan Reginek und dem Generaldirektor Werner der Schaffgotschwerke im Dezember 1918 ein erster Vorstoß beim Breslauer Volksrat unternommen, dann im Januar 1919 der autonomistische ‚Bund der Oberschlesier‘ gegründet und publizistisch eifrig propagiert sowie Verbindung zu den slonsakischen Bestrebungen im benachbarten Teschener Schlesien und zur Prager Regierung gesucht. Jedoch ließen sich die Tschechen in ihrem an der Olsa hart mit den polnischen Ansprüchen zusammenstoßenden Pragmatismus ebensowenig beirren wie die preußische Regierung und der Breslauer Volksrat in ihrer Skepsis gegenüber einer solchen an Landesverrat streifenden Neutralisierung Oberschlesiens.“

Dr. Latacz hat sich später in die Abwehrfront gegen Korfanty eingereiht, während Reginek zu den Polen hinüberwechselte.

Die drei polnischen Aufstände

Die Arbeiterbewegung der Aufstandszeit

Während einer Sachberatung der Nationalversammlung über Postgebühren, Krankenkassen u. a. am 19. August 1919 ergriff plötzlich außerhalb der Tagesordnung Reichskanzler Bauer zu aufsehenerregenden Mitteilungen das Wort¹⁰³:

¹⁰² Birke, Ernst: Schlesien in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 154/155.

¹⁰³ Protokoll der 83. Sitzung. Die Rede wurde am 20. August fast wörtlich von allen größeren deutschen Zeitungen gebracht.

„Während in Berlin im Beisein der Alliierten zwischen Preußen und Polen über eine scheidlich-friedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren einen bewaffneten Aufstand herbeizuführen begonnen. Es sind die verschiedensten und zugleich beunruhigendsten Nachrichten über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreitet. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die Nachrichten zu einem erheblichen Teil übertrieben sind, und daß es wesentlich besser aussieht, als man nach den hier verbreiteten Nachrichten annehmen sollte. Der Regierung ist um 12 Uhr mittags die telefonische Meldung zugegangen, daß das Generalkommando des VI. Armeekorps in Oberschlesien in militärischer Hinsicht Herr der Lage sei. Da, wo polnische Banden eingedrungen waren, sind sie zurückgeworfen oder festgenommen. An einzelnen Stellen sind die militärischen Maßnahmen noch im Gange. Die einzige am 18. August abends noch nicht von Polen gesäuberte Gegend war das Gebiet östlich der Linie Beuthen-Tarnowitz. Dort halten sich noch polnische Banden auf, die noch nicht gefaßt wurden. Außer den 100 angetroffenen Legionären, die sicher auf eigene Faust operiert haben, sind reguläre polnische Truppen auf deutschem Boden nicht angetroffen.“

Bereits in der Kabinettsitzung vom 3. Januar 1919 hatte der Volksbeauftragte Landsberg eine telefonische Meldung des SPD-Büros Kattowitz (Hauke) bekannt gegeben, in der es hieß¹⁰⁴:

„Heute früh ist in Neudorf, Antonienhütte, die Absetzung des Arbeiterrates von einer Menge erzwungen worden. Die Menge hat weiterhin eine drohende Haltung eingenommen. Wir glauben, daß diese Vorgänge von polnischer Seite inspiriert sind. In Königshütte haben heute früh gleichfalls Volksversammlungen stattgefunden. Die Menge hat gleichfalls eine drohende Haltung gegenüber Mitgliedern des Arbeiterrates eingenommen. Mitglieder des Arbeiterrates sind mißhandelt worden, ebenso Parteisekretär Hörsing.“

Bei diesen Aufläufen hatte es elf Tote und sechs Verwundete gegeben; Übergriffe und Bedrohungen blieben auch weiterhin nicht aus. Ehe für einen militärisch ausreichenden Schutz der Bevölkerung in dieser Übergangszeit gesorgt werden konnte, leisteten viele Arbeiter- und Soldatenräte staatspolitisch wertvolle Hilfe. Ebert hat in der Kabinettsitzung vom 21. Januar 1919 festgestellt: „Der Zentralrat Schlesiens hat uns glänzende Dienste geleistet.“

Landsberg anerkannte:

„Die Soldatenräte haben doch auch viel genützt, zwar hat die politische Revolution eine große Menge von Narren in die Arena gebracht, aber die Urteile über die Arbeiter- und Soldatenräte im allgemeinen sind nicht gültig. Ohne ihre Autorität hätten wir das Staatsschiff nicht retten können.“

Bei dem seit dem 11. August 1919 deutlich werdenden Versuch, mit Hilfe radikalierter Gruppen durch einen Generalstreik die Aufhebung des verhängten Belagerungszustandes und damit einen günstigeren Boden für ihr Vorgehen zu erreichen, scheiterten die Polen dank der energischen Haltung von Hörsing. In wenigen Tagen war dem ersten Aufstand ein Garaus bereitet worden. Unter den gegen deutsche Geiseln ausgetauschten polnischen Ge-

¹⁰⁴ Bundesarchiv R 43/I. 1326.

fangenen wurden reguläre Soldaten und Angehörige der in Frankreich aufgestellten und nach Polen zurückgekehrten Haller-Armee festgestellt. Zwar trat eine vorübergehende Beruhigung ein, aber Überfälle und Bedrohungen der Bevölkerung waren weiterhin an der Tagesordnung. Von polnischer Seite wurde die Zwischenzeit zur gründlichen Vorbereitung für Aufstände benutzt, die im August 1920 und im Mai 1921 großes Ausmaß annehmen sollten.

Neuorientierung der Arbeit bei den Parteien und Gewerkschaften

In den unruhigen Monaten nach der Revolution spielte die Zugehörigkeit der Arbeiterschaft zu verschiedenen Parteien und zu unterschiedlich orientierten Gewerkschaften eine große Rolle.

Im Zentrum konnte der Flügel der Christlichen Gewerkschaften in der Zersplitterung des sozialistischen Lagers echte eigene Chancen sehen. Er benützte die günstige Gelegenheit, energische Forderungen zu stellen, damit ihm die entschieden auftretenden Freien Gewerkschaften trotz ihrer durch die Absplitterungen geschwächten Basis nicht den Rang bei den Arbeitnehmern ablaufen konnten. Außerdem gab es in Zentrumskreisen differierende Auffassungen hinsichtlich der künftigen staatlichen Organisation Oberschlesiens.

Die Sozialdemokratie erfuhr nach vorerst unverhofftem Mitgliederaufschwung erhebliche Rückschläge durch die radikalere USPD, was sich auch in dem schlechten Abschneiden bei den im November 1919 zu früh angesetzten Kommunalwahlen ausdrückte. Deshalb und wegen anderer Fehlentscheidungen hat Otto Hörsing nach anfänglich sehr positiver Beurteilung späterhin erhebliche Vorwürfe hinnehmen müssen, die zu seiner Abberufung nach Magdeburg beigetragen haben.

Aus den wenigen Spartakisten war inzwischen eine straff organisierte und von landfremden Kommandostellen gelenkte KPD geworden, die in kritischen Situationen jeden Konflikt schürend aufgriff. Aber auch sie hatte den Spaltpilz in ihren Reihen: neben nationalkommunistischen Gruppen, die von entwurzelten konservativen Kreisen und nationalistischen Freikorpsführern unterstützt wurden, gab es Grüppchen mit anarcho-kommunistischen Putschplänen, die häufig mit den Polen in einer Einheitsfront zusammenarbeiteten.

Ein Spiegelbild der Schwankungen und Wirrnisse war der oberschlesische Bezirksparteitag der SPD vom 25. April 1920 in Hindenburg, über den der „Volkswille“ in seiner Ausgabe vom 28. April auf zwei Zeitungsseiten eingehend berichtet. Allein schon die Überschriften wie „Die Einigungsfrage“ und „Demokratie oder Diktatur?“ verraten in Verbindung mit den geäußerten Ansichten der Redner, wieweit Unklarheit und Unsicherheit über sozialdemokratische Positionen bestand in einer Zeit, die klare Entscheidungen verlangte.

Auf diesem oberschlesischen Bezirksparteitag der SPD, der von Lauschner eröffnet und von Trappe geschlossen wurde, waren 75 Delegierte, darunter 43 aus den Wahlkreisen, anwesend. Zur „politischen Lage und Einigungsfrage“ gab es zwei Referate, nämlich von Hauke und Franz. Über die bevorstehenden

Wahlen berichtete Okonsky, zur Reichskonferenz nahm Lauschner Stellung. In der vielstündigen Aussprache haben u. a. Jörß-Zaborze, Kubik-Kattowitz, Becker-Gleiwitz, Brisch-Hindenburg, Hartwig-Neiße, Wegner-Domb, Bernard-Kattowitz, Frau Hauke-Kattowitz und als Sprecher des Parteivorstandes in Berlin Nikolaus Osterroth das Wort ergriffen.

Natürlich erwies sich die Frage einer Einigung zwischen SPD und USPD als verfrüht, ebenso waren Abweichungen vom demokratischen Weg bald ad acta gelegt worden. Bemerkenswert blieb, daß „eine Sonderorganisation für Oberschlesien“ glatt abgelehnt wurde. In dem Bericht heißt es:

„Solche gefährlichen Experimente haben zu unterbleiben, wir machen da nicht mit . . . Es müssen Sicherungen getroffen werden gegen Extratouren einzelner führender Genossen der USP. Eine Verbindung mit der PPS wäre sehr erwünscht. Leider bestehen hierfür z. Zt. noch wenig Aussichten. Die Verbindung mit der nationalpolnischen Partei verleitet die PPS augenblicklich zu den wildesten chauvinistischen Tänzen und entfremdet sie dem Klassenkampf. Ihr Parteitag im Mai muß Klarheit darüber bringen, ob sie künftig mit den Nationalisten oder den Sozialisten zusammengehen will. Die fortwährende Spaltung bei den Kommunisten leistet einer wilden Revolutionsromantik erheblichen Vorschub und verleitet sie, in vielen Grüppchen eigene Thesen der jeweiligen Führer zu verfechten.“

Speziell zur Autonomiefrage nahm Brisch-Hindenburg das Wort:

„Das Zentrum habe seine Haltung noch nicht revidiert, und es wäre verfehlt, diese Liebe nur für eine platonische zu halten. Starke kapitalistische Einflüsse sind auch heute noch nach dieser Richtung hin tätig, und die Polen haben diesen Gedanken zum Teil auch aufgegriffen. Auch halte er die USP nicht für ganz stubenrein, und das Streben nach der Sonderorganisation passe völlig in diesen Rahmen. Klarheit herrsche auch wohl darüber, daß die Autonomie Oberschlesiens nur eine verschleierte Angliederung an Polen bedeutet.“

Als Nikolaus Osterroth namens des Parteivorstandes das Wort ergriff, konnte er sich mit den rasch Vertrauen gewinnenden Worten einführen:

„Als alter Bergmann glaube ich mich in die Seele des oberschlesischen Volkes besonders gut hineinfinden zu können, und dann ist mir Oberschlesien kein ganz fremdes Land. Schon während des sogenannten ‚Buttermilchstreiks‘ der polnischen Berufsvereinigung war ich hier mehrere Monate zur Agitation und bin somit in allen größeren Orten des Industriegebiets mit der Bevölkerung in Berührung gekommen.“

Osterroth umriß überzeugend die Bedeutung Oberschlesiens für die deutsche Wirtschaft. U. a. sagte er:

„Die Autonomie Oberschlesiens ist ein Unding. Unser Zeitalter verlangt möglichst große einheitliche Wirtschaftsgebiete, und Kleinstaaterei bedeutet politische und wirtschaftliche Ohnmacht.“

Schließlich hatte sich dieser Bezirksparteitag noch mit der beabsichtigten Verschiebung der Reichstagswahlen für Oberschlesien zu beschäftigen. Dazu nahm er einstimmig folgende EntschlieÙung an:

„Der am 24. April in Hindenburg versammelte Bezirkstag der SPD verwahrt sich entschieden dagegen, daß die Ententekommission der oberschlesischen Bevölkerung die Wahlen zum Deutschen Reichstag verbieten will. Noch gehört Oberschlesien zum Deutschen Reiche, und die Arbeiter sind nicht gesonnen, sich ihre verfassungsmäßigen Rechte beschneiden zu lassen.“

Damit war die zukünftige Position der Sozialdemokratie in Oberschlesien festgelegt. Sie ist von ihr auch in den kommenden, politisch kritischer werdenden Jahren nicht abgewichen. Das mußte allerdings mit schweren Opfern bezahlt werden; bei allen kommenden Wahlen folgte in der Wählergunst nach einem übermächtigen Zentrum zuerst die KPD und — in auffallendem Unterschied zu den schlesischen Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz — dann erst die SPD an dritter Stelle.

Autonomiebestrebungen

Um in Oberschlesien nicht nur die deutsche, sondern auch die gemischt-sprachige und eventuell Teile der polnisch sprechenden, jedoch sich aus unterschiedlichen Gründen zum deutschen Reichsverband hingezogenen Bevölkerung zu gewinnen, waren um die Wende der Jahre 1918/19 Überlegungen hinsichtlich einer Abgrenzung Oberschlesiens vom übrigen Schlesien erfolgt.

Die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung beschloß dann am 14. Oktober 1919 ein Gesetz, das verkündete: „Aus der Provinz Schlesien werden die beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien gebildet.“ Nach der Volksabstimmung und dem sich daran anschließenden Beschluß einer Völkerbundscommission vom 12. Oktober waren späterhin Neuabgrenzungen erforderlich. Sie konnten erst durch Gesetz vom 5. Januar 1927 erfolgen. Danach umfaßte die Provinz Oberschlesien bis 1939 folgende 20 Kreise: 1. Beuthen-Stadt, 2. Beuthen-Tarnowitz, 3. Falkenberg, 4. Gleiwitz-Stadt, 5. Gleiwitz-Land (Tost-Gleiwitz), 6. Grottkau, 7. Guttentag (mit dem bei Deutschland gebliebenen Teil des Kreises Lublinitz), 8. Hindenburg, 9. Kosel, 10. Kreuzburg, 11. Leobschütz, 12. Neisse-Stadt, 13. Neisse-Land, 14. Neustadt, 15. Oppeln-Stadt, 16. Oppeln-Land, 17. Ratibor-Stadt, 18. Ratibor-Land, 19. Rosenberg, 20. Groß Strehlitz.

Nachdem das „Gesetz betreffend die Errichtung einer Provinz Oberschlesien“ (mit den Stimmen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei Stimmenthaltung aller übrigen Parteien) Realität geworden war, wurde der Breslauer Rechtsanwalt und Zentrumsabgeordnete Joseph Bitta zum Regierungspräsidenten von Oppeln und Ersten kommissarischen Oberpräsidenten ernannt. Freilich übernahm bereits am 11. Februar 1920 eine interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission die Gewalt; Oberpräsident und Regierungspräsident mußten das Abstimmungsgebiet verlassen.

Diese staatliche Neugestaltung Oberschlesiens hatte keineswegs überall Zustimmung gefunden; auch in den politischen Parteien war sie umstritten. Der heute in München als grand old man des Journalismus an der „Süddeutschen Zeitung“ wirkende Immanuel Birnbaum hat daran aus seiner Tätigkeit in

Breslau als Chefredakteur der „Volkswacht“ in den 20er Jahren noch deutliche Erinnerungen. Er schrieb darüber dem Verfasser:

„Das Zentrum wünschte die Verselbständigung der oberschlesischen Provinz, soweit sie bei Preußen und Deutschland geblieben war, teilweise aus parteipolitischen Gründen. In Oberschlesien hatte es die sichere Aussicht, das Amt des Oberpräsidenten zu erhalten, in Niederschlesien lag die Führung dagegen bei der SPD. Trotzdem war ein Teil der oberschlesischen Sozialdemokraten ebenfalls für die Verselbständigung der Provinz, und zwar im Hinblick auf die erweiterte Autonomie der polnischen Wojewodschaft Schlesien. Diesen Gesichtspunkt fand auch ich entscheidend, und so machte ich mich zum Befürworter der Provinzialautonomie Oberschlesiens, und zwar in einem weiteren Umfang als bei anderen Provinzen üblich. Auf dem Parteitag für Mittelschlesien, der die Haltung der Gesamtpartei maßgebend beeinflussen mußte, hielt der Landtagsabgeordnete und Bezirkssekretär Gustav Scholich, selbst gebürtiger Oberschlesier, ein Referat für die Ablehnung des Autonomieprojektes. Ich wurde zum Korreferenten bestimmt, empfahl die Annahme der Autonomie im oben angedeuteten Umfang und gewann dafür eine Mehrheit. Das Ergebnis war, daß auch die preußische Landtagsfraktion der Autonomie nicht mehr widersprach, wenn sie auch nicht geschlossen dafür eintrat.

Oberpräsident von Oberschlesien wurde der linke und entschieden demokratische Zentrumsmann Hans Lukaschek. Er vermochte tatsächlich ein politisches Gegengewicht zu der Tätigkeit des polnischen Wojwoden Grazynski in Kattowitz zu bilden. Dazu trug auch bei, daß Lukaschek sich auf eine Koalition aus Zentrum, SPD und den in Oberschlesien sehr schwachen bürgerlichen Demokraten stützen konnte, während sein polnischer Gegenspieler sich dauernd mit den Christdemokraten seines parteipolitischen Feindes Korfanty auseinandersetzen mußte.

Auf meine Einstellung hatte der Umstand Einfluß, daß ich aktiv am Abstimmungskampf teilgenommen hatte, übrigens in enger Zusammenarbeit mit Lukaschek, während vorher die niederschlesische SPD sich darin sehr zurückgehalten hatte, weil sie den nationalistischen Einschlag dieses Kampfes kritisch beurteilte. Ich hielt diesen Gesichtspunkt nicht für entscheidend und kam auch in der Partei darüber hinweg, indem ich mehrmals nach Krakau fuhr und mit den dortigen polnischen sozialistischen Führern eine gewisse Dämpfung des Abstimmungskampfes vereinbarte, wenn auch nur in Form eines mündlichen Gentleman-Abkommens. Dafür hatte ich die Zustimmung der schlesischen Parteiführer mit Einschluß von Scholich. Diese Abmachungen waren dann auch die moralische Grundlage dafür, daß mein Freund Johann Kowoll später im polnischen Teil Oberschlesiens eine ‚Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei‘ am Leben halten konnte, die auch eine eigene sozialistische Tageszeitung ‚Volkswille‘ unterhielt. Kowoll war übrigens in der ganzen Zeit meiner Redaktionsführung in Breslau Korrespondent meiner Zeitung, die vorher keinen Korrespondenten im polnischen Teil Schlesiens gehabt hatte. Er ist dann im Krieg nach Rußland geflüchtet und dort in einem Flüchtlingslager durch Hunger umgekommen.

Vielleicht sollte ich noch nachtragen, daß meine Kontrahenten auf polnischer Seite in den Krakauer Gesprächen der Chefredakteur des dortigen Parteiblattes, Emil Haecker, und der Gewerkschaftsführer und Abgeordnete im Warschauer Parlament Zygmunt Zulawski waren. Der letztere setzte nach 1945 einsam die

Politik der Selbständigkeit der Sozialisten gegenüber den Kommunisten im Parlament fort. Haecker, ein Mann des rechten Flügels der polnischen Partei, wurde der Meister seines Hilfsredakteurs Cyrankiewicz, des späteren Staatspräsidenten. Dieser war übrigens mein Übersetzer bei einigen Vorträgen in der sogenannten Arbeiteruniversität (Sozialistischen Volkshochschule) in Krakau, Tarnow und anderen Orten, dies aber erst in der zweiten Hälfte der 20er Jahre.“

Die Volksabstimmung

Die vorbereitende Arbeit

Nach Artikel 88 des Versailler Vertrages sollten die Bewohner eines Teiles von Oberschlesien, nämlich hauptsächlich des Berg- und Hüttenreviers, „durch Abstimmung entscheiden, ob sie zu Deutschland oder zu Polen zu gehören wünschten“. Schon im Sommer 1919 waren überwiegend französische, zu kleineren Teilen auch italienische und englische Kontingente unter dem Oberbefehl des französischen Generals Le Rond nach Oberschlesien gekommen. Am 11. Februar 1920 nahm eine Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission ihre Tätigkeit auf. Die ihr zur Verfügung stehenden Truppen, namentlich Franzosen, wurden auf ca. 15 000 Mann verstärkt.

Man muß dazu feststellen, daß nach übereinstimmenden objektiven Berichten General Le Rond eine einseitige Sympathie zugunsten der Polen entwickelte und auch die französischen Truppen überwiegend die Polen begünstigten, ja sogar mit ihnen fraternisierten. Das deutsche Militär räumte das Abstimmungsgebiet, auch die preußische Sicherheitspolizei wurde aufgelöst. An ihre Stelle trat eine Abstimmungspolizei, die von Deutschen und Polen gestellt wurde, sich jedoch infolge der zweideutigen Haltung ihrer polnischen Mitglieder kein Vertrauen erwerben konnte.

Deutscherseits war man nicht untätig geblieben. Am 11. Dezember 1918 wurde eine „Freie Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens“ gegründet, die Ende 1919 in die „Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier“ umgebildet wurde¹⁰⁵. Ein im Dezember 1919 in Breslau geschaffener „Schlesischer Ausschuß“ kümmerte sich um die Erfassung abstimmungsberechtigter Oberschlesier, die im übrigen Reichsgebiet lebten. Eine deutsche Plebiszit-Kommission unter Leitung von Dr. Urbanek begann mit der Werbung von Kattowitz aus, während ebendort für Polen Korfanty tätig wurde¹⁰⁶.

Merkwürdig ist die Doppelrolle, welche der Pole Korfanty spielen konnte. Er war Plebiszitkommissar, betrieb aber gleichzeitig die Vorbereitung der Aufstände. Diese Haltung wird von neuesten polnischen Untersuchungen nicht geleugnet¹⁰⁷.

¹⁰⁵ Laubert, Manfred: Die oberschlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung heimatreuer Oberschlesier 1918—1921. Breslau 1938.

¹⁰⁶ Urbanek, Kurt: Plebiszitkommissar in Oberschlesien. In: Leben in Schlesien. München 1962, S. 29 ff.

¹⁰⁷ Jan Przewlocki: „Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oberschlesien 1920—1922“, Breslau, 1970.

Mithilfe der Presse

Neben die im oberschlesischen Bereich verbreiteten auflagestarken Generalanzeigerorgane konservativer oder katholischer Prägung sowie die in den größeren Städten seit langem eingeführten Lokalzeitungen trat in diesen Jahren eine große Zahl von weiteren Presseorganen.

Da gab es in Beuthen die „Ostdeutsche Morgenpost“ und die „Oberschlesische Grenzzeitung“, Gleiwitz hatte den „Oberschlesischen Wanderer“, Königshütte einen „Oberschlesischen Kurier“, Ratibor einen „Oberschlesischen Anzeiger“, Kattowitz die „Kattowitzer Zeitung“. Während der Jahre 1919/20 wurden neu gegründet: „Der Oberschlesier“, „Oberschlesische Landeszeitung“, „Oberschlesische Morgenzeitung“, „Oberschlesische Volksstimme“, „Oberschlesische Rundschau“ und die „Kreuzburger Nachrichten“. Als Gegenstück zum polnischen „Weißen Adler“ erschien deutscherseits ein „Schwarzer Adler“, der während der Abstimmungskampagne sehr geschickt der polnischen Agitation entgegentrat (und im September 1921 mit der „Oberschlesischen Warte“, Oberglogau/Breslau, vereinigt wurde).

Auch die sozialdemokratische Presse in Oberschlesien hatte sich im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich vermehrt. In Beuthen kam als Kopfblatt vom „Volksblatt“ in Hindenburg eine „Beuthener Tagespost“ heraus, die sechsmal in der Woche erschien. Eine „Bielitzer Volksstimme, Sozialdemokratisches Organ für Oberschlesien“ hatte keine allzu lange Lebensdauer. Gleiwitz war mit dem „Volkswille, Oberschlesische Freie Presse, Organ der SPD für den Agitationsbereich Oberschlesien“ seit 1914 vertreten. Hier hat 1919/20 auch ein USPD-Organ „Arbeiterpost“ existiert, im gleichen Zeitraum auch eine „Schlesische Arbeiterzeitung“, die bei Spaltungen in kommunistische Hände übergang. Hindenburg brachte ein „Hindenburgener Tageblatt“ heraus, das mit entsprechenden Zeitungen in Beuthen und Oppeln gekoppelt war; später ist diese Zeitung in Breslau gedruckt worden.

Kattowitz hatte schon früh verschiedene Presseorgane entwickelt. Vor 1914 erschien als Kopfblatt der Breslauer „Volkswacht“ eine „Freie Presse“, die aber den Ersten Weltkrieg nicht überlebte. Der beiden in polnischer Sprache erscheinenden sozialdemokratischen Organe „Gazeta Robotnicza“ und „Dziennik Robotnicza“ wurde bereits Erwähnung getan. Von 1916 ab erschien der „Volkswille“, welcher zunächst in Gleiwitz hergestellt wurde. Seit September 1921 gab es aber in Kattowitz eine moderne Druckerei. An anderer Stelle wird das Schicksal dieses Presseorgans behandelt werden, das nach der Abtretung dieses Gebietes an Polen weiterhin als Organ der „Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen“ erschien. Hier gab es dann Kopfblätter wie „Rybniker Anzeiger“, „Laurahütten-Siemianowitzer Zeitung“, „Anzeiger für den Kreis Pleß“ und „Myslowitzer Anzeiger“.

In Königshütte versorgte als Kopfblatt des Kattowitzer „Volkswille“ eine „Oberschlesische Freie Presse“ die Bevölkerung. Oppeln wurde durch das Blatt „Oberschlesischer Volksbote“ bedient, der die Kreise Oppeln, Kreuzburg, Rosenberg, Guttentag, Neiß, Grottkau, Falkenberg, Neustadt, Leobschütz, Groß-

Strehlitz und Cosel betreute. Als verantwortliche Redaktion zeichneten Ernst Zimmer-Breslau und Julius Richter-Oppeln. Als Wochenorgan gab es außerdem ein „Freies Wort, Sozialistische Wochenschau für Neiße, Grottkau, Neustadt und Falkenberg“.

Die Polen schufen sich eine Fülle von Publikationsmitteln. Ferner gelang es Korfanty, in den Jahren 1919 bis 1921 eine Anzahl deutschsprachiger Zeitungen aufzukaufen, so die „Oberschlesische Grenzzeitung“, „Kreuzburger Zeitung“, „Schwientochlowitzer Zeitung“, „Oderwacht Ratibor“ und „Oberschlesischer Wegweiser“. Schließlich verfügte Korfanty über 19 in deutscher Sprache gedruckte Presseorgane neben bereits vorhandenen Zeitungen in Beuthen, Gleiwitz, Oppeln, Ratibor und Rybnik¹⁰⁸.

Erwähnt seien noch auf deutscher Seite wirksame Presseorgane wie „Picron“ oder in polnischer Sprache „Wola Ludu“ und „Glos Gornslaski“.

Von kommunistischer Seite wurden von Breslau aus Zeitungen und Zeitschriften nach Oberschlesien infiltriert, so vor allem die „Schlesische Arbeiterzeitung“; in Gleiwitz kam eine „Oberschlesische Rote Fahne“ heraus.

Katholische Arbeiter konnten außer örtlichen, dem Zentrum nahestehenden Tageszeitungen zusätzlich das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ und eine speziell für sie bestimmte, in Neiße erscheinende „Ostdeutsche Arbeiterzeitung, Organ der katholischen Arbeitervereine Deutschlands“, lesen¹⁰⁹.

Wenn man Einblick in die in Beuthen herausgekommene „Ostdeutsche Morgenpost“ (3. Jahrg. 1921) nimmt, erhält man einen erschütternden Eindruck, wie die freie Willensäußerung der deutschen Bevölkerung beeinträchtigt, ja durch Gewaltakte unterdrückt wurde. Beinahe tagtäglich finden sich Notizen wie: am 5. März 1921 Versammlung aller deutschen Parteien und Gewerkschaften von Polen gesprengt, als gerade ein sozialistischer Vertreter sprach. Am 8. März wird ein Konzert des Lehrerengesangsvereins in Königshütte gestört, da „eine Handgranate geworfen“ wurde. Die Lokalnotizen im Mai und Juni tragen fast täglich die Überschrift „Aus dem ober-schlesischen Aufruhrgebiet“, berichten von Straßenkämpfen in Beuthen, Loslau und Rybnik, von Nachtgefechten, von Morden und anderen Gewalttaten. Am 15. Mai wird mitgeteilt: „Die Gewerkschaften für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien“, dafür enthalten dann die nächsten Zeitungsausgaben immer wieder weiße Stellen, welche durch Streichungen der interalliierten Zensurbehörden verursacht worden sind. Wochen und Monate dieses Jahres 1921 spiegeln die Unruhe und Ausnahmesituation in Oberschlesien wider^{109a}.

¹⁰⁸ Bernatt, Taddäus: Die politische Polenpresse Oberschlesiens. Phil. Diss. Leipzig. Beuthen 1924.

¹⁰⁹ Vogel, Rudolf: Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien. Phil. Diss. Leipzig. Beuthen 1931.

^{109a} Ostdeutsche Morgenpost, Beuthen, 3. Jahrgang 1921 im Besitz der Ostdeutschen Forschungsstelle des Landes NRW in Dortmund. Der Autor ist Herrn Professor Dr. Perlick zu Dank verpflichtet, der ihm kurz vor der Drucklegung des Buches noch die Einsichtnahme in den Jahrgang 1921 der Beuthener „Morgenpost“ ermöglichte.

„Hindenburg, den 10. August 1920

An den

Preußischen Minister des Innern

Berlin

In Oberschlesien ist die politische Situation durchaus nicht eindeutig. Von mehreren Seiten wird glaubhaft versichert, daß die Polen im Zusammenhange mit einer evtl. Neutralitätsverletzung der Entente einen Aufstand planen und polnische Truppen über die oberschlesische Grenze zu werfen beabsichtigen. Andeutungen dieser Art wurden mir auch von polnischen Sozialisten gemacht, die ich seit 20 Jahren kenne und die im sozialistischen polnischen Bergarbeiterverband sind.

Es fragt sich, was zur Abwehr getan werden kann. Ohne Zweifel werden die Polen durch die Franzosen stark ermuntert. Die Polen setzen alles auf eine Karte. Ich würde es für zweckmäßig halten, zur Abwehr eines etwaigen Aufstandes die Franzosen an ihrem sterblichsten Fleck anzufassen, nämlich die Kohlenförderung im Saarrevier stillzulegen. Das könnte natürlich nur mit Hilfe der beiden großen Bergarbeiterorganisationen geschehen, und es würde meines Erachtens gar nicht schaden, wenn die Franzosen wissen, daß wir nicht ruhig zusehen werden, wenn die Polen mit ihrer Hilfe ein Feuerchen in Oberschlesien anzünden.

Ich glaube, daß das beste Schutzmittel ist, gar keine Geheimniskrämerei zu treiben, sondern in der Presse gegen die polnischen Pläne und auch die französischen Unterstützungsabsichten Sturm zu laufen und etwaige Abwehrmaßnahmen zu besprechen.

Nach meiner mehrmonatlichen Beobachtung betreibt die polnische Berufsvereinigung, die leider immer noch der Arbeitsgemeinschaft angehört, wirtschaftliche Spionage im größten Maße. Auch mehrere andere Gewerkschaftsvertreter machten in zahlreichen Sitzungen der Gewerkschaftsverbände Beobachtungen der gleichen Art. Es wäre deshalb zu erwägen, ob man im Falle eines Aufstandsversuches nicht im Ruhrrevier und sonstwo Repressalien ausüben sollte. Vielleicht wäre die Vornahme von Haussuchungen in den Büros der polnischen Berufsvereinigungen sehr ergiebig. Auch die Verhaftungen einer Anzahl aktiver Personen müßte ins Auge gefaßt werden als Schutzmittel, da zweifellos in Oberschlesien jeder in führender Stellung sich befindliche Deutsche Racheakte zu befürchten hat, gegen die man sich vielleicht am besten durch Geiseln schützt.

Ich habe bisher eine Reihe von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen abgehalten, in denen ich neben den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Argumenten, die für den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reiche sprechen, besonders die Notwendigkeit betont habe, unsere Kohlenförderung zu steigern, die in Oberschlesien sehr vieles zu wünschen übrigläßt. Ich bin überzeugt, daß wir ohne größere Schwierigkeiten ein Überschichtenabkommen abschließen können. Ich werde aber veranlassen, daß vielleicht am übernächsten Sonntag eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter zu einem abzuschließenden Überschichtenabkommen Stellung nimmt. Da ich keinen offiziellen Auftrag habe, wäre es vielleicht zweckmäßig, wenn das Reichswirtschaftsministerium die Bergwerksunternehmer zu einer Stellungnahme auffordern würde, damit man

damit in einer gemeinsamen Besprechung zum Abschluß käme. Ob es sich jedoch empfiehlt, auch die poln. Berufsvereinigungen heranzuziehen, kann ich jetzt noch nicht sagen.

Das Zusammenarbeiten in Oberschlesien ist nicht mehr harmonisch. Die Träger der deutschen Bewegungen arbeiten zu wenig einander in die Hand und versuchen in viel zu weitgehendem Maße ihren Parteiinteressen Rechnung zu tragen. Ich habe eine ganze Reihe unverständlicher Dummheiten feststellen können, die bei einigem Können nicht möglich wären. Ich glaube nicht, daß böser Wille auf irgendeiner Seite vorliegt, aber die einzelnen Gruppen stehen sich mit größtem Mißtrauen gegenüber und das verhindert natürlich jede fruchtbare Arbeit. Ich habe von verschiedenen Seiten den Wunsch gehört, der Herr Minister möge doch einmal selbst nach Oberschlesien kommen, um bestehende Differenzen auszugleichen und alle Kräfte an denselben Karren zu spannen.

Mit ergebenster Hochachtung
Nikolaus Osterroth.“

Nikolaus Osterroth hat auch den Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes in Bochum durch ein Schreiben vom 13. August 1920 von der immer schwieriger werdenden Lage in Oberschlesien unterrichtet. Aus diesem Brief ist u. a. zu entnehmen, daß der Arbeitersekretär Danisch zur polnischen sozialdemokratischen Partei übergetreten ist. Osterroth bemerkt dazu: „Bei den Polen spielt das Geld gar keine Rolle. Ihr Korruptionsfonds wird nicht leer.“

Hatte der „Volkswille“¹¹⁰ bereits einen beschwörenden Artikel „Deutschland und Oberschlesien“ gebracht, in dem die wirtschaftliche Notwendigkeit des Verbleibens dieses Gebietes beim Deutschen Reich an Hand von nachweisbaren Zahlen aufgezeigt worden war, so schilderte ein weiterer Artikel „Der Kampf um Oberschlesien“ im „Volkswillen“¹¹¹ die inzwischen nach dem am 19. und 20. August erfolgten zweiten polnischen Aufstand trostlos gewordene Situation. Es heißt in diesem Zustandsbericht:

„Der polnische Aufstand breitet sich immer weiter aus. Die Insurgentenbanden, die von Tausenden polnischen Einwanderern und voll ausgerüsteten Soldaten der polnischen Hallerarmee unterstützt werden, haben fast alle Landorte besetzt und üben den furchtbarsten Terror aus. Über 30 Mitglieder des deutschen Bergarbeiterverbandes sind nach den Mitteilungen der Vertrauensleute erschlagen. Tausende von Arbeiterfamilien kampieren im Walde, Zehntausende sind geflüchtet, um dem Massaker zu entgehen. Auf den Zechen spielen sich fortgesetzt die furchtbarsten Szenen ab, da die bewaffneten Banden die Arbeiter an der Einfahrt verhindern.

Die Straßenbahnen und teilweise auch die Eisenbahnen werden von unreifen bewaffneten Burschen untersucht. In den Nachtstunden finden Angriffe auf die noch nicht besetzten Orte und die von interalliierten Truppen besetzten Städte

¹¹⁰ 5. Jg. Nr. 185 vom 13. August 1920.

¹¹¹ 5. Jg. Nr. 197 vom 27. August 1920.

statt. Letztere beschränkten sich bisher lediglich auf die Besetzung der größeren Städte, ohne daß etwas unternommen wird, um dem Treiben der Polen zu begegnen.

Nur in Myslowitz wurden Entwaffnungsversuche gemacht, die Polen leisten aber der Aufforderung auf Abgabe der Waffen nirgends Folge, und im entscheidenden Moment sind die Waffen einfach verschwunden, ohne daß Haussuchungen bei den Insurgenten vorgenommen werden. In fast allen von den Franzosen besetzten Städten wurde die Sicherheitspolizei von den Militärbefehlshabern kaserniert, obwohl sich die französischen Truppen weigern, Polizeidienste zu verrichten, weil sie offenbar bei ihrer numerischen Schwäche fürchten, sich allzusehr zu dezentralisieren.

Die Interalliierte Kommission gibt ihre Truppenstärke auf 11 000 Mann an. Bei dem verblüffenden Waffenreichtum der Polen, die fortgesetzt Zuzug und Waffennachschübe aus Polen erhalten, reicht diese Macht auch kaum aus zur Wiederherstellung der Ordnung, selbst wenn der gute Wille da wäre, den man aber mindestens bei den Franzosen bezweifeln darf, zumal vielfach die Beobachtung gemacht wird, daß französische Offiziere und Mannschaften mit den Polen fraternisieren. Merkwürdig ist doch, daß in Kattowitz, das seit vergangener Woche von italienischen Truppen besetzt ist, Ruhe herrscht, obwohl es der Ausgangspunkt der Aufstandsbewegung war.

Der deutschen Bevölkerung bleibt heute tatsächlich keine andere Wahl mehr übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen, da von der Interalliierten Kommission mehr als platonische Versicherungen nicht zu erlangen sind. Die Erregung der Arbeiterschaft ist aufs höchste gestiegen, während die deutschen bürgerlichen Kreise von einer lähmenden Angst ergriffen sind. Die 160 000 Mitglieder der deutschen Gewerkschaften, von denen etwa 140 000 den freien Gewerkschaften angehören, können sich nicht wehrlos von der polnischen Minderheit, in der unreife Burschen und landesfremde Abenteurer die Führung haben, vergewaltigen und abschlachten lassen.

Die beiden polnischen Gewerkschaftseinrichtungen, die kaum 60 000 Mitglieder in Oberschlesien haben, machen auf eigene Faust Generalstreik zur Durchführung des polnischen Aufstandes und besudeln sich täglich mit dem Blut ihrer deutschen Arbeitsbrüder. Sogar Frauen und Kinder deutscher Arbeiter werden in der brutalsten Weise mißhandelt. In Rokotnitz wurde sogar die Frau eines geflüchteten deutschen Gewerkschaftsfunktionärs, die einige Tage zuvor niederkam, mit ihrem Neugeborenen aus dem Bett geworfen und verprügelt. Frauen und Kinder werden hundertfach mit dem vorgehaltenen Revolver bedroht, damit sie den Aufenthaltsort des geflüchteten Vaters oder des Mannes angeben.

Die Situation ist ganz unerträglich. Nur mit Aufbietung aller Kraft konnten die erregten Arbeitermassen bisher abgehalten werden, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, was auch gefährlich wäre, da der deutsche Volksteil völlig unbewaffnet ist."

Die Volksabstimmung am 20. März 1921

Je mehr der Termin der Volksabstimmung herannahte, umso stärker stieg die Erregung bis zur Siedehitze. Kardinal Bertram sah sich veranlaßt, zur Besonnenheit zu mahnen:

„Die öffentlichen Gewalttaten, die in Oberschlesien in den letzten Wochen . . . verübt worden sind, haben mit Grund weit über Schlesiens Grenzen hinaus Schrecken und tiefe Entrüstung hervorgerufen . . . Nie soll die Kirche zum Schauplatz politischer Reden und Demonstrationen werden. Nie soll ein Priester an solchen politischen Demonstrationen sich beteiligen, die einen des Priesters unwürdigen, verhetzenden Charakter tragen.“

Endlich war es so weit. Am 20. März 1921 gaben die Abstimmungsberechtigten mit einer außergewöhnlichen Wahlbeteiligung von 97,7 % ihre Stimme ab. In den einzelnen oberschlesischen Kreisen wurden folgende Resultate erzielt:

Kreis	Stimm- berechtigt	Abgegebene Stimmen		Prozente	
		Deutsch	Polen	Deutsch	Polen
Beuthen					
Stadt und Land	152 553	73 531	73 055	50,2 %	49,8 %
Cosel	49 310	36 356	12 221	74,9 %	25,1 %
Gleiwitz Stadt					
Tost-Gleiwitz	88 885	53 077	35 510	59,9 %	40,1 %
Groß Strehlitz	46 437	22 390	23 023	49,3 %	50,7 %
Hindenburg	88 605	45 222	43 282	51,0 %	49,0 %
Kattowitz					
Stadt und Land	150 631	75 617	69 964	52,0 %	48,0 %
Königshütte Stadt	44 052	31 848	10 764	74,8 %	25,2 %
Kreuzburg					
einschl. Namslau	46 177	43 346	1 719	96,0 %	4,0 %
Leobschütz	66 000	65 128	256	99,6 %	0,4 %
Lublinitz	29 818	15 478	13 675	53,2 %	46,8 %
Neustadt (Oberglögau)	38 190	32 722	4 476	88,0 %	12,0 %
Oppeln					
Stadt und Land	105 553	77 031	25 827	74,9 %	21,1 %
Pleß	72 256	18 670	53 372	25,9 %	74,1 %
Ratibor					
Stadt und Land	71 063	48 277	20 630	70,0 %	30,0 %
Rosenberg	35 976	23 861	11 147	68,2 %	31,8 %
Rybnik	82 045	27 924	52 332	34,8 %	65,2 %
Tarnowitz	45 613	17 076	27 507	38,3 %	61,7 %
	1 213 164	707 554	475 760	59,7 %	40,3 %

Unerwartete Auslegung des Abstimmungsergebnisses

Nachdem sich 59,7 % der Abstimmenden für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland, 40,3 % für Anschluß an Polen ausgesprochen hatten, schien die oberschlesische Frage gelöst zu sein. Es sollte — im Gegensatz zur Handhabung bei den Abstimmungen im Westen und Nordosten des Deutschen Reiches — anders kommen, was einen Sturm der Entrüstung hervorrufen mußte.

Aufs äußerste erschwert wurde die ohnehin bis zum Zerreißen angespannte Lage noch durch den Ausbruch des dritten polnischen Aufstandes am 3. Mai

1921. Diesmal hatte Korfanty gründlich vorgesorgt; mit Unterstützung regulärer polnischer Truppen und umfassendster Ausrüstung versuchte er mit Gewalt zu nehmen, was das Abstimmungsresultat versagt hatte.

Es kam zu schweren Kämpfen, bei denen nicht nur auf beiden Seiten hohe Verluste eintraten, sondern auch unter den italienischen Besatzungen Opfer gefordert wurden. Ein Wendepunkt trat erst ein, als der deutsche Selbstschutz unter General Hofer am 21. Mai den Annaberg erstürmte¹¹². Das Eingreifen des französischen Generals Le Rond verhinderte den völligen Zusammenbruch der polnischen Insurgenten. Der damalige englische Premier Lloyd George hat dazu erklärt: „Der polnische Aufstand ist ein Verbrechen am Versailler Vertrag, der Polen die Freiheit gegeben hat.“

Nach mehrmonatigem Streit der Siegermächte wurde die endgültige Festlegung der oberschlesischen Grenzen einer vierköpfigen Kommission des Völkerbundes überlassen, die aus einem Belgier, einem Brasilianer, einem Chinesen und einem Spanier bestand. Sie fällte am 20. Oktober 1921 ihr Votum, das eine Zerreißung Oberschlesiens bedeutete. Polen erhielt 32 139 qkm mit 830 000 Einwohnern, dabei den größten Teil der Steinkohlen-, Zink- und Bleigruben, sämtliche Eisenerzgruben und Zinkhütten und mehr als die Hälfte aller Hochöfen, Stahl- und Walzwerke.

Am 15. Mai 1922 wurde ein „Genfer Abkommen“ geschlossen, das in seinen über 600 Artikeln Übergangsregelungen und Schutzbestimmungen traf. Einen Monat später erfolgte die Übergabe des Polen zugesprochenen Gebietes. 120 000 Deutsche verließen den polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens, die Verbleibenden mußten sich in neue Verhältnisse finden.

Damit hatte Oberschlesien außer dem ohne Abstimmung an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiet (das sogenannte Hultschiner Ländchen mit 316 qkm und 48 500 Einwohnern) den weitaus bedeutendsten Teil des Industriereviere abtreten müssen. Für die neue preußische „Provinz Oberschlesien“ verblieben 9 715 qkm mit 1,3 Mio. Einwohnern. Diese Entscheidung hat noch lange die Gemüter auf äußerste bewegt, sie ist als einseitige Fehlentscheidung zu Ungunsten Deutschlands empfunden worden. Allerdings hatten die Artikel 87/88 des Versailler Friedensvertrages in einem Anhang gesagt, daß nach Abschluß der Abstimmung die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen den alliierten und associierten Hauptmächten mitzuteilen sei, zugleich mit einem genauen Bericht über den Hergang der Stimmabgabe und mit einem Vorschlage über die Grenze Deutschlands in Oberschlesien, bei dem sowohl die von den Einwohnern ausgedrückte Willenskundgebung, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands angenommen werden sollte.

¹¹² Hofer, Karl: Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921. Berlin 1938.

Vergl. auch: Denkschrift über den 3. Polenaufstand Mai/Juni 1921 im Kreise Hindenburg/OS. Hrsgg. von den deutschen Parteien und Gewerkschaften des Kreises Hindenburg/OS. Hindenburg, Juli 1921

Die Gründung der Provinz

Der Aufbau der Behörden

Nach der Niederwerfung des Dritten polnischen Aufstandes ging die preußische Regierung sofort daran, alle Vorbereitungen zur Einrichtung einer Provinzialverwaltung in Oberschlesien zu treffen, um so die vor der Volksabstimmung gemachten Versprechungen einzulösen.

Die Behörde des Regierungspräsidenten in Oppeln wurde zu einem Oberpräsidium umgebildet und die zu einem solchen gehörenden Dezernate eingerichtet.

Eine Reihe von Gesetzen, die der neue Provinziallandtag möglichst bald beschließen mußte, wie das über die Schulen der polnischen Minderheit, wurde von der Landesregierung vorbereitet, weil deren Verabschiedung dringend geboten war, um den Bestand des deutschen Schulwesens im polnischen Staatsgebiet zu sichern.

Neugegliedert werden mußten die Kreise, die durch die Grenzziehung zerschnitten wurden. Es wurde auch die Reichsbahndirektion Kattowitz nach Oppeln verlegt und alle Zollämter von der alten zur neuen Grenze zurückgezogen. Auch ein Teil der Gerichte mußte aufgehoben und zu neuen Amts- und Landgerichten zusammengelegt werden.

Zu einem schwierigen Problem wurde die Weiterverwendung der Beamten, die von den Polen ihrer Dienststellungen enthoben wurden und nach Deutschland zurückkehren mußten. Da neue Beamtenstellen kaum eingerichtet wurden, die finanzielle Notlage des Staates ließ dies nicht zu, dauerte es lange, bis sie untergebracht waren.

Die wirtschaftliche Ausgangsbasis

Es bestand kein Zweifel daran, daß die wirtschaftliche Situation der Provinz sehr ernst werden würde. Bis zum 1. Juni 1922 hatten bereits rund 100 000 Deutsche das abzutretende Gebiet verlassen¹¹³. Die Flüchtlinge berichteten, daß in allen Orten bereits Tausende von Arbeitslosen aus Mittel- und Ostpolen angekommen wären, die die Arbeitsplätze der Deutschen übernehmen wollten¹¹⁴. Von 1922 bis 1925 wanderten weitere 117 000 Ostoberschlesier ins Reichsgebiet ab, von denen 51 034 in Oberschlesien blieben¹¹⁵. Heute erscheint uns diese Zahl belanglos, damals bedeutete sie für die Provinz eine schwere Belastung. Die Eingliederung der Optanten war eine Aufgabe, die bei der sich schnell verschlechternden Wirtschaftslage nicht befriedigend zu lösen war.

Als die schwerste Belastung des Landes wirkte sich die Zerschneidung des Industriegebietes durch die Grenzziehung aus¹¹⁶. Von 2 800 qkm Steinkohle-

¹¹³ Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros vom 7. Juni 1922.

¹¹⁴ „Göttinger Tageblatt“, 31. Mai 1922.

¹¹⁵ Jaeger, Fritz: Die Deutsch-Polnische Grenze. Langensalza 1928. Hier S. 38 ff.

¹¹⁶ Rogmann, S. 107—108.

feldern waren nur 600 bei Deutschland verblieben, von 67 Steinkohlengruben nur 14, von 3 030 Koksöfen nur 1 465. Von den 15 Zink- und Bleierzgruben waren zehn verloren gegangen, von den 22 Zinkhütten sämtliche. Auch bei den Hochöfen, den Eisen- und Stahlgießereien, den Stahl- und Walzwerken lagen die Verhältnisse ähnlich.

Überdies fielen alle diese die Wirtschaftsstruktur Oberschlesiens einschneidend beeinflussenden Umwälzungen in eine Zeit zunehmenden Niedergangs infolge der verheerenden Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages und mündeten schließlich in die Hochinflation von 1923. Es gehörten schon Optimismus, Durchhaltevermögen und Standfestigkeit dazu, um in so schwankender Zeit nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren. In zähem Aufbauwillen hat die oberschlesische Bevölkerung — und damit auch ihre Arbeiterschaft — dazu einen Beitrag geleistet.

Die Arbeit der Provinzialverwaltung und des -landtages

Als am 1. Juli 1925 Graf Praschma den 2. oberschlesischen Provinziallandtag eröffnete, begann er in Anwesenheit des Oberpräsidenten Dr. Proske sowie des Landeshauptmanns Piontek *zunächst mit einem bewegenden Nachruf auf den Reichspräsidenten Ebert*, der „mit besonderer Pflichttreue, mit seltenem Takt und Geschick die Interessen des Deutschen Reiches wahrgenommen hat“, mußte sich dann aber auf Grund einer Interpellation mit der Notlage der oberschlesischen Bevölkerung beschäftigen. Dabei stellte er fest, daß „die Folgen der Abstimmung und der Teilung noch lange nicht überwunden“ seien; Formulierungen wie „Flüchtlinge, Vertriebene, durch Aufstand Geschädigte“ spielten in den Debatten eine erhebliche Rolle¹¹⁷.

Nicht nur im Reichstag, sondern auch im Provinziallandtag hat Prälat Ulitzka eine überragende Position eingenommen¹¹⁸. Wertvolle Arbeit leisteten in der Verwaltung der Oberpräsident und gleichzeitige Regierungspräsident Dr. Hans Lukaszek, seine Vizepräsidenten Fischer und von Basse. Unter den Landräten traten Dr. Kurt Urbanek und Graf von Matuschka besonders hervor¹¹⁹.

Der Verdienste des Staatskommissars Hörsing und des kommissarischen Oberpräsidenten Bitta vom Zentrum ist bereits früher gedacht worden. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, in schwierigen Übergangsjahren Oberschlesien vor der Katastrophe zu bewahren und in normale Friedensverhältnisse überzuleiten. Bitta hat als erfahrener Parlamentarier, er gehörte dem preußischen Abgeordnetenhaus bereits seit 1910 an, auch nach 1919 in der Nationalversammlung mutig für Oberschlesien Stellung bezogen. Ebenso wie der Zentrums-

¹¹⁷ Webersinn, Gerhard: Die Provinz Oberschlesien. Ihre Entstehung und der Aufbau der Selbstverwaltung. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. Bd. XIV/1969.

¹¹⁸ derselbe: Prälat Karl Ulitzka. ebenda, Bd. XV/1970.

¹¹⁹ Zehn Jahre Provinz Oberschlesien. In: Die Provinz Oberschlesien. Herausgegeben von der Landeshauptmannschaft anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Provinz. November 1929.

abgeordnete Szczeponik auch unter polnischer Herrschaft stets für seine deutschen Landsleute in Oberschlesien eingetreten ist, hat Bitta nichts unversucht gelassen, um der neuen Provinz Oberschlesien ihr Lebensrecht zu sichern. Leider konnte er sein Amt nur kurze Zeit ausüben, da er bei der Übernahme der Hohheitsgewalt durch die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission seine Tätigkeit einstellen mußte. Ende 1921 war er auch von den Geschäften des kommissarischen Regierungspräsidenten in Oppeln entbunden worden, die einstweilen der bisherige Lublinitzer Landrat Brauweiler übernahm.

1923 wurde dann Dr. Alfons Proske, ein Oberschlesier, der zuletzt als Regierungspräsident in Marienwerder tätig gewesen war, Oberpräsident der neu geschaffenen Provinz Oberschlesien. Zu Recht ist dieser Mann, der bereits früher Erfahrungen als Oberbürgermeister von Ratibor sammeln konnte, „Provinzbaumeister Oberschlesiens“ genannt worden. Ihm zur Seite stand als sein Vertreter Landesrat Eugen Hirschberg, dem nach 1934 übel mitgespielt worden ist. Der Aufbau der provinziellen Selbstverwaltung, die Fürsorge für die vielen Heilstätten, Anstalten und sonstigen Einrichtungen, Hilfen für Wirtschaft und Verkehr und ebenso die Kulturpflege bleiben die Verdienste dieser Persönlichkeiten. Der Preußische Ministerpräsident Otto Braun hat dies zum zehnjährigen Bestehen der Provinz Oberschlesien mit den Worten anerkannt:

„Unentwegter Fleiß, seltene Zähigkeit und ein lebendiger und mutiger Geist zum Neuen haben dem selbstbewußten und glaubensstarken ober-schlesischen Volke über das Schwerste hinweggeholfen und ihm einen Namen geschaffen, von dem jeder mit Achtung und Dankbarkeit spricht.“

Aber nicht nur namhafte Persönlichkeiten, wie hernach Oberpräsident Lukaschek und Landeshauptmann Woschek allein, sondern auch viele namenlos gebliebene Oberschlesier, die Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Verbände gehören in diese Ehrenliste¹²⁰.

Jahre des Aufstiegs

Ungeachtet aller Anfangsschwierigkeiten begann die neue Provinz ihre wirtschaftliche Basis mit Hilfe des Reiches und Preußens zu verbessern. Vor Beginn der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit wurden im ober-schlesischen Revier 13 v. H. der gesamten deutschen Steinkohleförderung und 67 v. H. der Zinkerzausbeute gewonnen und weiterverarbeitet. Aber auch die Erträge der Landwirtschaft konnten wesentlich gesteigert werden.

Die Gewerkschaften leisteten auf ihrem Gebiet ein erhebliches Arbeitspensum. Nicht zuletzt ging es darum, die Rentenansprüche deutscher Optanten, die aus Oberschlesien kamen, zu verfechten und ihnen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz behilflich zu sein. Zu nennen wären hierfür die Namen von Ernst Trappe, Hawellek und von Riewel aus Beuthen für den politischen Bereich,

¹²⁰ Oberschlesische Zeitung vom 3. Februar 1930 „Werden und Wirken Dr. Pionteks“, Ulitz: Aus der Geschichte Oberschlesiens, S. 30 ff., Webersinn, Gerhard: Die Provinz Oberschlesien. In: Schles. Jahrbuch XIV/1969.

da sie auch dem Provinziallandtag und dem Stadtparlament angehörten, während für den gewerkschaftlichen Bereich in Beuthen Emanuel Moczana, Anton Bias und Ignaz Piecha zu nennen sind, die ebenfalls Mitglieder des oberschlesischen Provinziallandtages waren. Für Kattowitz ist vor allem Peter Sowa zu erwähnen, der auch während der polnischen Zeit die Interessen der Gewerkschaftler wahrnahm und dem Gemeindeparlament angehörte. Aus Neustadt verdienen Gottfried Pascheka als Parteisekretär und Heinrich Weiss für den ADGB Erwähnung, während Karl und Artur Müller sich um die Jugendarbeit verdient gemacht haben. Besonders zahlreich ist der Kreis verdienter Persönlichkeiten aus Oppeln. Janotta und Kühn wurden bereits früher erwähnt, als Arbeitersekretär wirkte Richard Weinitschke, im Kreistag saß Julius Richter, namhafte Vertreter der Gewerkschaften waren Friedrich Blättermann und Peter Stach.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Die große Weltwirtschaftskrise, die entscheidende politische Folgen haben sollte, begann mit dem berühmt gewordenen „Schwarzen Freitag der Wallstreet“ an der New Yorker Börse 1929. Da die Wirtschaft der einzelnen Völker noch weitgehend national aufgebaut war, wirkte sich dieses Ereignis erst Ende 1930 auf Deutschland aus, wurde hier aber 1931 durch den Zusammenbruch der „Nordwolle AG“ beschleunigt, die eine Bankenkrise auslöste, in die fast alle deutschen Großbanken verwickelt wurden. Zahlreiche angesehene Banken mußten die Schalter schließen und das Reich die Großbanken mit Hunderten von Millionen stützen.

Besonders gefährlich wurde die Lage in Oberschlesien. Hier war man nach 1922 gezwungen gewesen, ausländisches Kapital aufzunehmen, um die durch die Grenzzichung verstümmelte Schwerindustrie auf eine neue Basis zu stellen. Mit der weltweiten Börsenkrise gerieten die ausländischen Gläubigerbanken in so große Schwierigkeiten, daß von ihnen keine weiteren Kapitalhilfen zur Überbrückung der deutschen Krise zu erwarten waren.

Hier mußten das Reich und Preußen einspringen. Sie taten es mit der „Osthilfe für die Industrie“, einer Erweiterung der bis dahin hauptsächlich für die Landwirtschaft tätigen Osthilfe.

Wenngleich die dort aufgewendeten Summen Verbesserungen der Verkehrswege verschiedenster Art, Wohnungsbau und Siedlungsförderung, Ausbau des Genossenschaftswesens auf dem Lande und in den Kleinstädten und eine Umschuldungsaktion für selbständige Landwirte ermöglicht hatten, genügten angesichts der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise und des mit ihr verbundenen Anstiegs der Arbeitslosigkeit diese Maßnahmen aber nicht mehr. In Oberschlesien konnte eine erhebliche Zahl von Zusammenbrüchen in der Landwirtschaft und der Industrie nicht verhindert werden. Die Zahl der Arbeitslosen lag weit über dem Reichsdurchschnitt, zumal aus Ostoberschlesien abwandernde Deutsche jetzt keine Arbeit mehr finden konnten und das Heer der Erwerbslosen vergrößerten.

Die Abwanderung nach Westdeutschland setzte wieder verstärkt ein, brachte aber keine fühlbare Erleichterung, da die Arbeitsmöglichkeiten in Mittel- und Westdeutschland genauso beschränkt waren. Oberschlesien hat aber diesen Verlust an qualifizierten Facharbeitern nie wieder überwinden können, denn sie fehlten, als der Wirtschaftsaufschwung vor dem Zweiten Weltkrieg einsetzte.

Leider verhinderte die Bankenkrise eine Bereitstellung genügender Geldmittel, denn es sollte wohl über eine Milliarde Mark aufgewandt werden, aber die Stützungsaktion für die Großbanken zwang das Reich, die Hälfte der Gelder in andere Kanäle zu lenken¹²¹.

Die entscheidende Schwierigkeit entstand aber, als die Osthilfe in das Kreuzfeuer politischer Auseinandersetzungen geriet. Dabei ging es nicht nur um unterschiedliche Auffassungen, bei denen etwa die Sozialdemokraten die Industrie stärker unterstützt wissen wollten, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern, während der konservative Flügel der Deutschnationalen die Landwirtschaft eindeutig bevorzugt wissen wollte. Wieder andere forderten eine Ansiedlung der ostdeutschen großen Güter, weil Familienbetriebe krisenfester seien. Eine durchgreifende Hilfe konnte angesichts der beschränkten Mittel und der Tatsache, daß immer größere Gebiete des Reiches als notleidend angesehen werden mußten, nicht gewährt werden¹²².

Die politischen Parteien

Meinungsbildung und Wahlergebnisse

Die lange noch nachklingenden Erregungen der Abstimmungszeit, ständige Beunruhigungen durch die Wirtschaftslage, nicht abreißende Sorgen um Ernährung und Arbeitsplatz ließen die politischen Leidenschaften oft bis zur Siedehitze anschwellen. Oberschlesien blieb eine Basis des politischen Katholizismus (1,2 Millionen Katholiken, 144 377 Evangelische, 10 068 Juden) und damit auch des Zentrums. Mit ca. einer Viertelmillion Wählerstimmen, die fast ohne Einbußen bis 1933 gehalten werden konnte, brachte es das Zentrum auf etwa ein Drittel sämtlicher bei den Wahlen abgegebenen Stimmen. Unter ihren Reichstagsabgeordneten befand sich seit 1919 der Kattowitzer Gewerkschaftssekretär Franz Ehrhardt vom „Zentralverband christlicher Bauarbeiter“. Unter den Landtagsabgeordneten nahm der Vorschlosser Ernst Kreker aus Gleiwitz eine namhafte Position ein.

Die Deutschnationalen lagen anfänglich über der 100 000-Grenze, verloren jedoch in den Ausgangsjahren der Weimarer Republik über die Hälfte ihrer Wähler an die NSDAP. Die extreme Rechte stieg von 63 565 Stimmen und

¹²¹ Born, Erich: Die deutsche Bankenkrise 1931. Stuttgart 1968.

¹²² Niehaus, Heinrich: Die Osthilfe in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 187 ff.

Birke, Ernst: a. O. S. 181 ff.

Lucadou, von, Emil: a. O. S. 89 ff.

einem Mandat am 14. September 1930 auf 323 605 Stimmen und sechs Mandate am 5. März 1933. Damit buchte die NSDAP in Oberschlesien 42 % aller Wählerstimmen für sich.

Die Sozialdemokratie hatte 1919 über 200 000 Stimmen erhalten, erlitt 1924 aber einen geradezu katastrophalen Rückschlag, von dem sie sich auch in den besten Jahren der Weimarer Republik nicht mehr erholen sollte. Sowohl bei den Reichstags- als auch bei den Landtagswahlen erreichte sie 70 000, zum Schluß sogar nur 50 000 Stimmen und ein Mandat¹²³. Ihr parlamentarischer Vertreter im Reichstag war bis 1933 Johannes Stelling (geb. 1877 Hamburg, 1901 bis 1919 Redakteur am „Lübecker Volksboten“, MdR seit 1920, von 1919 bis 1924 Ministerpräsident von Mecklenburg, ermordet am 22. Juni 1933 in der sogenannten „Köpenicker Blutnacht“). SPD-Landtagsabgeordnete waren Franz und Nowak. Nachdem der oberschlesische Parteibezirk zunächst von Görlitz aus mitverwaltet worden war, erhielt er 1928 seine organisatorische Selbständigkeit. Zu diesem Zeitpunkt wies er 4 608 Mitglieder auf. Diese Zahl konnte bis 1930 auf 6 035, davon 1 466 Frauen, in 129 Ortsvereinen gesteigert werden. Die SPD stellte um diese Zeit zwei Oberbürgermeister, einen Bürgermeister, acht Stadträte, 61 Stadtverordnete, 44 Kreistagsabgeordnete und 316 Gemeindevertreter.

Für die Kommunisten zählte Oberschlesien zu den Hochburgen; 1932 wurde mit ca. 120 000 Stimmen das Doppelte der sozialdemokratischen Wählerzahl erzielt. Kommunistische Mandatsträger waren im Reichstag der Hütten- und Bergarbeiter Jadasch, der gleichzeitig Sekretär der KPD und ihrer gewerkschaftlichen „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ war. Im Landtag saßen anfänglich der Eisenbahner Friedrich Jendrosch aus Hindenburg und Rudolf Tunkel-Lobkowitz vom „Bund schaffender Landwirte“, ab 1932 der Metallarbeiter Paul Wojtkowski und der Hauer Roman Ligendza, beide aus Hindenburg.

Mit der Weltwirtschaftskrise begann auch die schnelle Radikalisierung des politischen Lebens. Wie überall im Reich wandten sich Wähler den Nationalsozialisten zu. Die Deutsche Volkspartei oder die Demokraten sanken bis zur Bedeutungslosigkeit herab, die Deutschnationalen büßten fast die Hälfte ihrer Wähler ein, während das Zentrum als einzige Partei des bürgerlichen Lagers sich nicht nur halten, sondern bei der letzten Wahl, an der die demokratischen Parteien teilnahmen, am 5. März 1933, sogar noch einige tausend Stimmen hinzugewinnen konnte. Die Verluste der Sozialdemokraten waren in Oberschlesien verhältnismäßig gering und betrug bei den Reichstagswahlen etwa 10 % der sonst durchschnittlich für sie abgegebenen Stimmen. Diese Wähler werden in der Hauptmasse zur KPD abgewandert sein, die 1932 in Oberschlesien fast doppelt soviel Wähler fand wie die SPD.

Unerklärbar bleibt das schnelle Anwachsen der Stimmen der Nationalsozialisten, das keineswegs allein auf ein Abwandern bürgerlicher Wähler zu dieser

¹²³ Janotta, Erhard: Sozialdemokratie und Provinz Oberschlesien. In: Die Provinz Oberschlesien. 1929.

Partei zurückzuführen ist, weil diese nur ein Viertel der für die NSDAP abgegebenen Stimmen ausmachten. Der Erklärungsversuch Birkes, daß Wählergruppen aus anderen Teilen Deutschlands zuwanderten, die zur politischen Radikalisierung Oberschlesiens beitrugen, trifft nicht den Kern der Sache¹²⁴. Er hat in erster Linie Angehörige der 1921 aufgelösten Freikorps im Auge. Aber die Gesamtstärke der in Oberschlesien eingesetzten Freikorps betrug im Höhepunkt des Dritten polnischen Aufstandes noch nicht einmal 2 000 Mann, alles andere waren einheimische Schlesier¹²⁵. Zwar findet man nach 1925 in den Reihen der SA und SS einige Tausend ehemaliger Freikorpskämpfer, nicht zuletzt Landsknechtsnaturen, die keinen Platz im Zivilleben fanden und sich oft auch gar nicht wieder eingliedern wollten. Als Wählerpotential fielen sie auf keinen Fall so stark ins Gewicht, daß sie die Wahlergebnisse einer ganzen Provinz beeinflussen konnten.

Vielmehr muß angenommen werden, daß es den Nationalsozialisten gelang, erhebliche Teile der großen Schar der Nichtwähler zu mobilisieren, während auf der anderen Seite viele demokratisch Gesinnte den sehr schnell aufeinander folgenden Abstimmungen aus Wahlmüdigkeit fernblieben. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Tatsache, daß Millionen die Hoffnungen begraben mußten, die sie noch bezüglich der Aufwertung ihrer in der Inflation verlorenen Ersparnisse gehegt hatten. Fast noch stärker war aber die Angst vor einer neuen Geldentwertung als Folge der Weltwirtschaftskrise. Die Nationalsozialisten haben diese Probleme in ihrer Propaganda geschickt ausgenutzt. Die finanzpolitischen Probleme haben im gesamten Reichsgebiet den Nationalsozialisten Millionen von Stimmen zugeführt. Auch in Oberschlesien, dessen wirtschaftliche Situation durch die Folgen der Grenzziehung besonders schwierig war, müssen die politischen Auswirkungen unter diesem Aspekt gesehen werden.

In Oberschlesien hatte die SPD nur einen Landtagsabgeordneten erhalten, es war dies bei beiden Wahlen der angesehene Oberbürgermeister von Hindenburg, Julius Franz (geb. 1881, Bergmann, vor 1918 Redakteur in Waldenburg, seit 1918 Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für Oberschlesien, 1927 Stadtrat in Gleiwitz, im gleichen Jahr dann Bürgermeister und später O.B. von Hindenburg).

Die Kommunisten hatten als ihre beiden Abgeordneten den Metallarbeiter Paul Wojtkowski und den Hauer Roman Ligendza, beide aus Hindenburg, durchgebracht. Auch der einzige Mandatsträger der DNVP, Fridolin Straube aus Ratibor (geb. 1877), war seit 1906 Arbeitersekretär.

Die Wahlergebnisse der Jahre 1930 bis 1933 zeigen folgendes Bild:

¹²⁴ Birke, a. a. O. S. 184.

¹²⁵ Hoefler, Karl: Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921. Berlin 1931.

Reichstagswählergebnisse in Oberschlesien 1930 bis 1933

Wahlkreis 9

Oppeln	SPD	Zentrum	DNVP	NSDAP	KPD
14. 9. 1930	62 125 = 1 MdR	234 893 = 4 MdR	101 568 = 2 MdR	63 565 = 1 MdR	110 533 = 2 MdR
31. 7. 1932	60 519 = 1 MdR	241 730 = 4 MdR	48 317 = 0 MdR	204 091 = 3 MdR	118 342 = 2 MdR
6. 11. 1932	60 727 = 1 MdR	238 613 = 4 MdR	53 429 = 1 MdR	178 319 = 2 MdR	112 354 = 1 MdR
5. 3. 1933	54 006 = 1 MdR	252 331 = 4 MdR	58 489 = 1 MdR	337 217 = 5 MdR	72 117 = 0 MdR
Landtagswahlen in Oberschlesien 1932 und 1933					
24. 4. 1932	52 765 = 1 MdL	248 885 = 5 MdL	52 172 = 1 MdL	212 536 = 4 MdL	85 405 = 2 MdL
5. 3. 1933	50 242 = 1 MdL = 6,5 %	237 943 = 4 MdL = 30,9 %	—	323 605 = 6 MdL = 42,0 %	70 673 = 1 MdL = 9,2 %

Am 24. 4. 1932 erhielten 6 andere Parteien 47 902 Stimmen = 0 Mandate, darunter Deutsche Staatspartei 3 673, Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) 1 823, Polnische Volkspartei 27 664 Stimmen.

Potempa und Ohlau

Im Jahre 1932 war es zu einer besonders starken Zuspitzung der politischen Gegensätze gekommen. Fünf Wahlgänge — zweimal zur Wahl des Reichspräsidenten, zwei Reichstagswahlen und ein Wahlgang zum preußischen Landtag —, das am 13. April verfügte Verbot der SA und SS und seine Aufhebung durch von Papen am 4. Juni, Wirtschaftsnot, Massenarbeitslosigkeit, all dies brachte die politische Stimmung oftmals bis zur Siedehitze. Versammlungen und Kundgebungen mußten von den Veranstaltern durch eigene Wehrverbände geschützt werden; an die Stelle von Argumentation und Diskussion trat immer mehr die körperliche Auseinandersetzung, die sich bis zur Straßenschlacht steigerte. Im Juni und Juli 1932 verging keine Woche, in der es nicht zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen mit Toten und Verwundeten kam. Die Reichsregierung erließ am 9. August eine Notverordnung gegen den überhandnehmenden politischen Terror, durch die für Totschlag, Brandstiftung, Sprengstoffvergehen und Eisenbahntransportgefährdung die Todesstrafe, für schwere Körperverletzung und Landfriedensbruch hohe Zuchthausstrafen angedroht wurden.

Am 22. August 1932 wurden in Schlesien zwei Gerichtsurteile gefällt, die fast zu einer Explosion führten. Vor einem Sondergericht in Beuthen wurden fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt, weil sie im oberschlesischen Potempa den kommunistischen Arbeiter Pietrzuch im Bett überfallen und vor den Augen seiner Mutter in bestialischer Weise, u. a. durch Zertreten des Kehlkopfes, umgebracht hatten.

In Brieg hatte ein Sondergericht Reichsbannerleute zu Zuchthaus bis zu vier Jahren verurteilt, weil sie nach vorausgegangenen Provokationen bei der Sprengung eines nationalsozialistischen Demonstrationzugs am 10. Juli in Ohlau zugegen waren, wobei es vier Tote, unter ihnen zwei SA-Leute, und 34 Verletzte gegeben hatte. So unerfreulich beide Tatbestände an sich waren, in ihrem Ablauf gab es dennoch erhebliche Unterschiede. Die Nationalsozialisten fühlten sich in Weißglut versetzt. Im Gerichtssaal von Beuthen tobte der Fememörder Heines, später Polizeipräsident von Breslau, lauthals gegen das Urteil. Adolf Hitler sandte den verurteilten Nationalsozialisten folgendes Telegramm:

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre —, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dies möglich war, unsere Pflicht.“

In einem Aufruf zog er folgenden Vergleich zwischen dem Beuthener und dem Brieger Urteil:

„Während die Mörder und Peiniger unserer Ohlauer Parteigenossen mit geringen Strafen davonkamen, obwohl wir in diesem Überfall zwei Tote und 27 Schwerverletzte zu beklagen hatten, haben die Gerichte des Herrn von Papen fünf Nationalsozialisten zum Tode verurteilt.“

Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung“ stellte dazu fest: „In Ohlau handelte es sich um eine offene Straßenschlacht, in Beuthen um einen mit Vorbedacht bei Nacht im Zimmer auf einen Schlafenden ausgeführten Überfall, der zum Tode geführt hat. Jede Verwischung dieses Tatbestandes kommt den zum Tode Verurteilten so wenig zugute, daß sie ihnen nur schadet.“

Reichskanzler von Papen sagte dazu in München:

„Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregierung, es gelte, den Rechtsstaat zu verteidigen.“

Darauffhin schrie Hitler im Berliner Hotel Kaiserhof:

„Wer für Deutschland lebt und stirbt, hat alles Recht, und wer sich gegen Deutschland wendet, hat gar kein Recht!“

Am 2. September 1932 begnadigte die kommissarische Preußenregierung die Mörder von Potempa zu lebenslänglichem Zuchthaus. Wenige Monate später waren sie frei und konnten sich als „alte Kämpfer“ feiern lassen. Herr von Papen, der sich vernichtend über Hitler geäußert hatte, war jetzt sein Vizekanzler!

Die Gewerkschaften

In der arbeiterreichen Provinz Oberschlesien gab es eine Vielzahl gewerkschaftlicher Organisationen, die häufig in scharfer Konkurrenz zueinander standen. Die freien Gewerkschaften waren namentlich unter den Berg- und Metallarbeitern gut vertreten. Sie unterhielten besondere Arbeitersekretariate in Hindenburg, Kattowitz, Königshütte, Kreuzburg, Ratibor und Rybnik sowie in Oppeln. Die freien Gewerkschaften hatten in Oberschlesien 1914 in 19 Ortsausschüssen 1 480 Mitglieder, bei der Abtretung 1922 waren es in 37 Ortsausschüssen 4 904 Mitglieder. In den nachfolgenden Jahren des „Todeskampfes der Mark“ folgte eine „Periode des organisatorischen Niedergangs und kommunistischer Zerstörungsarbeit“. Zur Unterstützung der in Polnisch-Oberschlesien bei den deutschen Gewerkschaftsorganisationen verbliebenen Mitglieder mußte der ADGB wiederholt (siehe Jahrbuch ADGB 1923)

„an die polnischen Gewerkschaften nochmals die Mahnung richten, die wir schon im vorigen Jahrbuch ausgesprochen haben, sich mit Eifer und gutem Willen für die Rechte der Minderheiten einzusetzen, weil daraus allein sich eine harmonische Zusammenarbeit der Gewerkschaften beider Länder ergeben kann — zum Wohle der Gesamtarbeiterschaft der beiden Länder.“

Erst mit dem allmählichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg erhöhten sich auch in Oberschlesien die Mitgliederstärken der freien Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften zählten 1922 allein im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter in ganz Schlesien nach Angabe des „Zentralblattes“¹²⁶:

1913 = 63 129 Mitglieder,
1918 = 140 601 Mitglieder,
1921 = 172 754 Mitglieder.

¹²⁶ „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, 22 Jg. 1922, Nr. 11 vom 29. Mai 1922

Gemeinsam mit den freien Gewerkschaften traten die christlichen Gewerkschaften für eine besonnene Taktik im Ringen um bessere Lohn- und Lebensbedingungen der oberschlesischen Arbeiterschaft unter Abwehr dauernder kommunistischer Streikversuche ein, wie dies in einer Notiz des Zentralblatts¹²⁷ 1924 zum Ausdruck kommt: „Während dank der gewerkschaftlichen Führung der Arbeitskampf im Ruhrgebiet mit einem annehmbaren Ergebnis für die Arbeiterschaft endete . . . zeigt sich in Oberschlesien das gerade Gegenteil. Hier bestimmten radikale Betriebsräte Kampfbeginn und Kampf­taktik unter Ausschaltung der Gewerkschaften.“ Als Resultat solcher verfehlten Taktik wird „Teilnahmslosigkeit“ befürchtet, ja festgestellt: „Arbeiter betteln jetzt an den Fabrik­toren um Einlaß.“

Die Arbeiterwehren

Als es in verschiedenen Teilen Deutschlands im Laufe des Jahres 1923 zu Unruhen kam, die von den rheinischen Separatisten, den Kommunisten in Thüringen und Sachsen und durch Hitler in Bayern fast bis zum Bürgerkrieg ausgeweitet wurden, der nur durch ein schnelles Eingreifen der Reichsregierung verhindert werden konnte, spiegelten sich diese auch in Schlesien wider.

Deshalb ging man hier im Sommer 1923 daran, in Oberschlesien „Republikanische Arbeiterwehren“ zu gründen, weil allgemein die Ansicht vertreten wurde, daß die katastrophale Verschlechterung der Mark, die mit dem Ruhrkampf endgültig in die Inflation gemündet hatte, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge haben würde, der von den separatistischen sowie rechts- oder linksradikalen Verbänden zu einem gewaltsamen Umsturz ausgenutzt werden könnte.

Unter den Meldungen, die bei der Reichsregierung einliefen, befanden sich auch solche des Inhalts, daß ehemalige Freikorpsangehörige, die in Oberschlesien gefochten hatten, versuchten, zwischen rechtsradikalen Gruppen in Oberschlesien und Bayern Verbindungen herzustellen. Wie es sich später herausstellte, waren dies namentlich Angehörige des bayerischen Freikorps „Oberland“, das zu Hitler gestoßen war.

Die „Republikanischen Arbeiterwehren“ wurden, wie es 1929 in einem Rückblick hieß¹²⁸, gegründet:

„ . . . mit dem Zweck, die Republik zu schützen und sich republikanischen Behörden, besonders dem Polizeipräsidenten in Gleiwitz, für die Stunde der Gefahr als Hilfstuppe bzw. Hilfspolizei zur Verfügung zu stellen.“

Die Wehren stützten sich nicht auf die politischen Parteien, sondern auf die freien Gewerkschaften. Unter der Führerschaft wären für Oberschlesien besonders Gebhardt und Hille zu nennen, die gemeinsam mit dem zu den Kommunisten gegangenen Czija die Organisation über die Provinz auszubreiten suchten.

¹²⁷ ebenda, 24. Jg. 1924, Nr. 12 vom 23. Juni 1924.

¹²⁸ „Das Reichsbanner“ vom 23. Februar 1929.

Gefördert wurden diese Arbeiten von Anfang an auch von führenden Männern der Deutschen Demokratischen Partei. Als man mitten im Aufbau war, brach der Hitlerputsch in München aus, der ein schnelles Ende fand.

„Infolgedessen setzte sehr schnell eine gewisse Beruhigung ein, die weitere organisatorische Maßnahmen verhinderte. Im übrigen hatte es sich bald gezeigt, daß eine politische Abwehrorganisation, die sich allein auf die Gewerkschaften stützt, keinen Bestand haben kann. Während nämlich die sozialistischen Führer streng das offizielle ‚Schutz der Republik‘ innehielten, suchten naturgemäß die kommunistischen Führer, die gleichfalls den freien Gewerkschaften angehörten, die Entwicklung weiterzutreiben unter dem Motto ‚Kampf dem Kapital‘ und suchten aus den republikanischen Abwehrverbänden eine revolutionäre Kampftruppe zum Sturz des bestehenden Systems zu machen. Wenn diese Bestrebungen zunächst auch nur in den Anfängen sichtbar waren, so waren sie doch im Keim vorhanden.“

Nach dem Hitler-Putsch schlofen alle diese Bestrebungen allmählich ein. Als von Magdeburg aus das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet wurde, lebten die republikanischen Arbeiterwehren im Reichsbanner in veränderter Form wieder auf. Kein Zufall war es, daß die Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Oberschlesien dieselben Personen wurden, die vorher schon die republikanischen Arbeiterwehren geleitet hatten, nämlich Hille und Gebhardt.

Die Arbeitersportbewegung

Der Arbeitersport spielte im oberschlesischen Industriegebiet eine sehr bedeutende Rolle, bedeutete er in jenen Jahren doch für viele die einzige Erholungsmöglichkeit, da die Wirtschaftskrise jeden zur äußersten Sparsamkeit zwang.

Der Fußball stand in den großen Städten bei weitem an der ersten Stelle. Die Spiele der Arbeitersportler zogen Tausende von Zuschauern an, und es verging kein Jahr, in dem nicht ein oberschlesischer Verein im Endspiel um die Meisterschaft des Sportgaus Schlesien stand. Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg waren Hochburgen des Arbeiter-Fußballs.

Viele Freunde hatten auch die anderen Rasenspiele gewonnen, von denen aber nur der Handball eine Bedeutung gewonnen hatte, die weit über die Grenzen der Provinz hinausging.

Die Leichtathletik trat auf großen sportlichen Wettkämpfen stärker als sonst in Erscheinung, weil viele Mitglieder natürlich nur Sport trieben, um körperlich leistungsfähig zu bleiben.

Im Jahre 1932 gab es in Oberschlesien 27 Sportplätze, die Eigentum von Arbeitersportvereinen waren. Alle waren von den Mitgliedern in Eigenleistung gebaut worden, wobei sie selbstverständlich ihre eigenen Werkzeuge, Schubkarren usw. verwandten und das Material, soweit nur irgend möglich, selbst heranführten. Die finanziellen Unkosten wurden von den Vereinskassen und aus Spenden der Mitglieder und Anhänger aufgebracht. Zuschüsse der Städte

oder staatlicher Dienststellen waren damals ganz undenkbar. War der Sportplatz fertig, ging man meist sofort daran, ein Vereinsheim auf ihm zu errichten, das bei Bedarf auch anderen Vereinen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stand.

Da jeder Pfennig, der in den Vereinskassen war, für den Sportplatz- und Heimbau verwendet wurde, mußten die Sportler bei Auswärtsspielen Fahrtkosten und Verzehr aus der eigenen Tasche bezahlen, Spesen gab es nicht.

Für die Wassersportler galt sinngemäß das gleiche. Sie waren allerdings durchweg auf die kommunalen Frei- und Hallenbäder angewiesen. Neben dem Schwimmen spielte der Wasserball und der Rudersport eine wichtige Rolle. Vertreter der oberschlesischen Wassersportler nahmen an allen großen Veranstaltungen der Arbeitersportbewegung teil.

Der Wintersport wurde ebenfalls gepflegt, man war aber meist gezwungen, ins Gebirge zu fahren, was gern mit Winterwanderungen verbunden wurde¹²⁹.

Die Arbeiterpresse

Sozialdemokratische Zeitungen

Es war für sozialdemokratische Zeitungen schwer, in Oberschlesien Fuß zu fassen. Die 1891 in Breslau gegründete „Volkswacht“ drang langsam vor. Sie begnügte sich zunächst damit, Nachrichten aus Oberschlesien zu bringen.

Im Jahre 1915 konnte in Gleiwitz die „Oberschlesische Freie Presse“ gegründet werden, die aber bald einen linken Kurs einschlug, was nicht zuletzt auf den Einfluß ihrer prominentesten Mitarbeiter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zurückzuführen ist. Sie wurde 1920 in „Volkswille“ umbenannt und führte den alten Namen im Untertitel weiter. Sie schwenkte aber in dieser Zeit wieder auf den Kurs der Sozialdemokraten ein.

Ein schwerer Schlag war es für die Arbeiterbewegung, daß mit der Abtretung Ostoberschlesiens die Druckerei der Kattowitzer SPD-Zeitung „Volksstimme“ verlorenging, denn diese war damals die modernste Schlesiens. Für die kleine Arbeiterbewegung Ostoberschlesiens war es natürlich ein großer Vorteil, eine so leistungsfähige Druckerei als Startkapital übernehmen zu können.

Da die Inflation das kleine Vermögen des oberschlesischen Parteibezirks zerfließen ließ, war es in den folgenden Jahren unmöglich, neue größere Redaktionsstäbe zu schaffen. Man mußte sich damit begnügen, Kopfblätter zu gründen. Der politische Teil wurde von der „Volkswacht“ aus Breslau bezogen, während der lokale, in dem auch Nachrichten aus Oberschlesien in stärkerem Maße berücksichtigt werden konnten, am Erscheinungsort entstand.

¹²⁹ „Volksblatt“, Göttingen, Rubrik Arbeitersport. Die Zeitung brachte zahlreiche Notizen über die oberschlesischen Sportergebnisse.

Wert wurde in Oberschlesien auf eine gute Sportberichterstattung gelegt und auf die Beilagen für die Hausfrau und die Kleingärtner, die je einmal wöchentlich erschienen.

An die Landbevölkerung wandte sich der seit 1907 erscheinende „Landbote für Schlesien und Polen, Monatszeitung für Landarbeiter“. Nach 1919 grenzte sich diese Zeitung auf Schlesien ein, war aber nach wie vor ein wichtiges Organ.

Die Gewerkschaftspresse

Die Freien Gewerkschaften besaßen als Organ das „Oberschlesische Gewerkschaftsblatt des Bezirkskartells der Freien Gewerkschaften Oberschlesiens“. Daneben gab es noch das „Oberschlesische Angestelltenecho, Zeitschrift für die Interessen der oberchlesischen Angestellten“.

Die christlichen Gewerkschaften hatten als Organ den „Sozialpolitischen Beobachter des Landesausschusses der christlichen Gewerkschaften für den Bezirk Oberschlesien“, ein Blatt, das bei der zahlenmäßigen Bedeutung der christlichen Gewerkschaften weite Verbreitung fand.

Die kommunistische Presse

Stark war in Oberschlesien auch die kommunistische Presse vertreten. Es war der KPD schon früh gelungen, das Blatt der USPD, die von Dezember 1919 bis März 1920 in Gleiwitz erscheinende „Arbeiterpost“ und das Mitteilungsblatt der USPD „Zukunft Oberschlesiens“, woraus die „Schlesische Arbeiterzeitung“ entstanden war, in ihre Hände zu bekommen. Unter Titeln wie „Arbeiter-Zeitung“, „Oberschlesische Rote Fahne“ oder auch „Die oberchlesische rote Fahne“ erschien dieses Blatt als „Organ der KPD, Bezirk Oberschlesien“. Daneben gab es eine Fülle von Presseerzeugnissen, die sich speziell an die Gewerkschaftler wandten. Für Oberschlesien waren feststellbar: „Der Kumpel in Schacht und Hütte, Kommunistische Betriebszeitung für das oberchlesische Industriegebiet“, ferner der „O.S.-Bergmann, Organ der Kumpels der Castellengo-Grube“, in polnischer Sprache „Szerwonny Sztander“ (Rote Fahne der KP Oberschlesiens), „Union“, Organ der „Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands für den Bezirk Oberschlesien, angeschlossen der Roten Gewerkschaftsinternationale“.

Zwischen 1933 und 1945

Bei der sogenannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten spielten sich in Oberschlesien vielfach dieselben empörenden Vorfälle ab wie im übrigen Schlesien. Unter Hitler wurden die Rechte der selbständigen Provinz eingeschränkt, durch Gesetz vom 21. März 1938 Oberschlesien und Niederschlesien zu einer Provinz vereinigt. Nach dem Polenfeldzug wurde am 9. Oktober 1939 „unter Einbeziehung angrenzender Gebietsteile in der Provinz Schlesien der Regierungsbezirk Kattowitz“ gebildet. 1941 wurde noch einmal alles um-

gemodelt: zwei Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien mit den Regierungsbezirken Oppeln und Kattowitz wurden geschaffen.

Oberschlesien erlebte während der Nazizeit dasselbe wie das übrige Schlesien: die Polen wurden zu Heloten, die Juden waren vogelfrei. Wie man mit den Anhängern der Demokratie verfuhr, schildert Otto Ulitz¹³⁰:

„Das Rechtsempfinden der Bevölkerung wurde durch Maßnahmen getroffen, die sich gegen Männer richteten, deren Verdienst um Oberschlesien geschichtskundig waren. Dr. Hans Lukaschek wurde seines Amtes als Ober- und Regierungspräsident, Dr. Kurt Urbanek seines Amtes als Landrat enthoben, Prälat Karl Ulitzka der Aufenthalt in der Heimat verboten. Karl Okonsky ist in ein KZ gesteckt, bewährte Kommunalbeamte wurden aus den Ämtern verdrängt.“

In der Nacht zum 1. September 1939 wurde unter dem erlogenen Vorwand eines polnischen Überfalls auf den Reichssender Gleiwitz von Hitler der Krieg gegen Polen und damit der Zweite Weltkrieg ausgelöst.

Welche außergewöhnlichen Tragödien der Russeneinmarsch hervorrief, geht aus der Schilderung von Johannes Kaps hervor. Er stellt fest¹³¹:

„In Oberschlesien hatte der Gauleiter Bracht alle Evakuierungsmaßnahmen verboten, so daß dort fast die ganze Bevölkerung zurückgeblieben war. Niemand durfte seinen Arbeitsplatz verlassen, um die Produktion des einzigen intakten deutschen Industriegebiets nicht absinken zu lassen. Die russischen Armeen umfaßten das Industriegebiet vom Norden und vom Süden her. Um den 22./23. Januar 1945 drangen sie in Gleiwitz und Beuthen ein. Auf den Zechenhalden wurde schon gekämpft, als die Bergleute noch in den Stollen arbeiteten.“

Als am 27. Januar 1945 die Russen in Kattowitz einrückten, war die Geschichte eines deutschen Oberschlesiens beendet. Zahlreiche Deutsche waren „überrollt“ worden, so daß in vielen Städten und Dörfern ein hoher Anteil an deutschsprachiger Bevölkerung verblieb.

Noch vor der allgemeinen Kapitulation vom 8. Mai 1945 sind Zehntausende von oberschlesischen Arbeitern zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert worden, viele andere kamen in russische oder polnische Lager, während ihre Frauen zu Hause dahingevegetierten und zu Hunderten starben. Manchen, zumal wenn sie „Spezialisten“ im Bergbau oder in der Industrie waren, gelang nach langen Jahren, mitunter sogar erst nach einem Vierteljahrhundert, die Vereinigung mit ihren Angehörigen und alten Freunden.

¹³⁰ Ulitz, Otto: Aus der Geschichte Oberschlesiens. Münster 1962.

¹³¹ Kaps, Johannes: Die Tragödie Schlesiens 1945/46. dtv Bd. 62.

Literaturverzeichnis

- Abmeier, Ludwig: Otto Landsberg. Gedenkblatt anlässlich seines 100. Geburtstages. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XIV/1969. Würzburg 1969.
- Bernatt, Taddäus: Die politische Polenpresse Oberschlesiens. Phil. Diss. Leipzig. Beuthen 1924.
- Bernhardi, Friedrich: Gesammelte Schriften. Kattowitz 1909.
- Birke, Ernst: Schlesien. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 150 ff.
- Bruhns, Julius: Der ober-schlesische Industriebezirk. In: Die neue Zeit. 23. Jg. II. Bd. Stuttgart 1905
- Brzoska, Emil: Oberschlesien im Kraftfeld der Geschichte. In: Oberschlesische Schriftenreihe Heft 6, Bonn 1962.
- „ : Das deutsche Antlitz Oberschlesiens. In: Oberschlesische Schriftenreihe Heft 8. Bonn 1963.
- Ehren, H.: Graf Franz von Ballestrem. Ein Lebensbild. Breslau 1935.
- Geisenheimer, Paul: Das Berg- und Hüttenwesen des ober-schlesischen Industriebezirks. In: Die deutsche Ostmark. Lissa 1913. S. 360—391.
- Groba, Kurt: Wirtschaftswende im schlesischen Raum. In: Schlesisches Jahrbuch 1940. S. 61 ff.
- Grundmann, Günther: Friedrich Wilhelm Grundmann, ein Begründer der ober-schlesischen Großindustrie. Monographie aus der ober-schlesischen Gründerzeit. Kitzingen 1953.
- Hahn, Günther: Die deutsche Publizistik im Kampf um Oberschlesien. Phil. Diss. Berlin 1940.
- Hawranek, Franziszek: Die deutsche Sozialdemokratie in der Provinz Oberschlesien in den Jahren 1929—1933. Breslau 1971.
- Hein, Alfred: Die Seele des Oberschlesiens. In: Köhler, Erich: Oberschlesien. Seine Entwicklung und seine Zukunft. Berlin 1925.
- Hirsch, Max: Die gegenseitigen Hilfskassen. 1876.
- Hoefler, Karl: Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921. Berlin 1938.
- Hoffmann: Geschichte der Stadt Kattowitz. Kattowitz 1895.
- Jaeger, Fritz: Die Deutsch-Polnische Grenze. Langensalza 1928.
- Jaekel, Maria: Die kultur- und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Ost-Oberschlesien von 1919 bis 1932. Phil. Diss. Köln 1933.
- Janotta, Erhard: Sozialdemokratie und Provinz Oberschlesien. In: Die Provinz Oberschlesien. Oppeln 1929.
- Ketteler, Frhr. v.: Die Arbeiterfrage und das Christentum. 4. Aufl. Mainz 1890.
- Laubert, Manfred: Die ober-schlesische Volksbewegung. Beiträge zur Tätigkeit der Vereinigung heimattreuer Oberschlesier 1918—1921. Breslau 1938.
- Liebknacht, Wilhelm: Die Sozialdemokratie in Oberschlesien. Eine Er-widerung. In: Sozialistische Monatshefte. 2. Jg. Berlin 1898.

- Liesenhoff, A.: Freiherr Karl von Oeynhausen. Ein Lebensbild. In: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Jg. 43/1895.
- Majowski, W.: Kreis Kattowitz. Deutscher Lebens- und Wirtschaftsraum Oberschlesien. Salzgitter-Bad 1964.
- Martin, Robert: Die Eisenindustrie in ihrem Kampf um den Absatzmarkt. Bochum 1904.
- Meinhardt, Günther: Oberschlesien 1918/19. Die Maßnahmen der Reichsregierung, Behörden und Gewerkschaften zur Sicherung Oberschlesiens. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. Bd. XVI/1971. S. 215—231.
- " : Der Schlesische Weberaufstand von 1844. Ebenda, Bd. XVII/1972. S. 91—112.
- Müller, Theodor: Unser Parteiveteran in Oberschlesien. Lebensbild des Genossen August Langer in Falkenberg O/S. Festgabe zum 50jährigen Parteijubiläum. Breslau 1925.
- Neubach, Helmut: Parteien und Politiker in Oberschlesien zur Bismarckzeit. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XIII/1968.
- " : Franz Graf von Ballestrem und Paul Löbe — zwei Reichstagspräsidenten aus Schlesien. In: Schlesische Studien, Festgabe für K. Schodrok. München 1970.
- Okonsky, Karl: Die oberschlesische Autonomiefrage. Zaborze 1922.
- Osterroth, Nikolaus: Ein absterbendes Bergrevier. In: „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Berlin. 1913.
- Perlick, Alfons: Landeskunde des oberschlesischen Industriegebietes. Breslau 1943.
- " : Das oberschlesische Revier. In: Schlesisches Panorama. München 1966. S. 44 ff.
- " : Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Kitzingen 1953.
- Philippi, Max: Niederschlesische Bevölkerung und Güterproduktion in ihren Verflechtungen mit der deutschen Wirtschaft. In: Preußisches Statistisches Landesamt. Berlin 1930.
- Przewlocki, Jan: Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission in Oberschlesien 1920—1922. Breslau 1970.
- Rister, Herbert: Bibliographie zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des gesamtoberschlesischen Industriegebietes 1935—1951. Waldbröl. o. J.
- Schmolders, Günther: Die westoberschlesische Eisenindustrie. In: Deutsche Wirtschaftszeitung. Berlin 1924, S. 117 ff.
- Schmoller, Gustav: Über einige Grundfragen des Rechtes und der Volkswirtschaft. Berlin 1875.
- Schumann, Wolfgang: Zur Rolle der Räte in der Novemberrevolution in Oberschlesien. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin 1956.
- Skoczowski, Eduard: Die Lage der oberschlesischen Bergarbeiter insbesondere während der Jahre 1914—1919. Diss. Breslau 1922.
- Ulitz, Arnold: Zwei Heimatstädte. In: Leben in Schlesien. München 1962. S. 43 ff.

- U l i t z , O z z o : Aus der Geschichte Oberschlesiens. In: Oberschlesische Schriftenreihe Heft 4. Bonn 1962.
- U r b a n e k , Kurt: Plebiszitkommissar in Oberschlesien. In: Leben in Schlesien. München 1962, S. 29 ff.
- V o g e l , Rudolf: Deutsche Presse und Propaganda des Abstimmungskampfes in Oberschlesien. Diss. Leipzig, Beuthen 1931.
- W e b e r s i n n , Gerhard: Dr. Hans Herschel. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XII/1967.
- " : Die Provinz Oberschlesien. Ihre Entstehung und der Aufbau der Selbstverwaltung. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XIV/1969.
- " : Prälat Karl Ulitzka. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XV/1970.
- " : Thomas Szczeponik. In: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. XVI/1971.
- W i n t e r , August: Die „Gleichheit“ des deutschen Reichstagswahlrechts. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1893.
- " : Die feudalste Ecke des Reiches. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1893.
- " : Die Sozialdemokratie in Oberschlesien. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1898.
- Z i m m e r - V o r h a r s , Dorothea: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im O-S-Steinkohlebergbau 1914—1924. Diss. Breslau 1924.
- o. V.: 10 Jahre Provinz Oberschlesien. In: Die Provinz Oberschlesien. November 1929.
- " : Der „Oberschlesische christliche Arbeiter-Verein gegenseitiger Hilfe“ zu Beuthen O/S. Sein Entstehen, seine Entwicklung und seine Tätigkeit in den ersten 10 Jahren 1889—1899. Beuthen 1899.
- " : Die Lösung der ober-schlesischen Frage. Bericht der vom Internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Delegation. Amsterdam 1921.
- " : Denkschrift über den 3. Polenaufstand Mai/Juni 1921 im Kreise Hindenburg O/S, hrsgg. von den deutschen Parteien und Gewerkschaften des Kreises Hindenburg O/S. Juli 1921.
- " : Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens.
- " : Mitteilungen des Beuthener Geschichts- und Museumsvereins.
- " : „Vorwärts“ 37. J., Nr. 420 v. 24. 8. 1920, darin: Reichsregierung und Oberschlesien.
- " : „Volkswille“ 5. J., Nr. 197 v. 27. 8. 1920, darin: Der Kampf um Oberschlesien.
- " : „Oberschlesien“, Jg. 1906—1908,
- " : „Der Bergwerksfreund“, Eisleben, Jg. 1863—66.
- " : Zeitschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins für Oberschlesien. Jg. 1887, 1906, 1916—19 (einzelne Nummern).